

VOLKSKAMMER

DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

10. Wahlperiode

- 4. Tagung -

Freitag, den 20. April 1990

(Stenografische Niederschrift)

Beginn: 9.00 Uhr

Geburtstagsgratulation für Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl	S.65
Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner	S.66
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne zur Ergänzung der Tagesordnung	S.66
Abg. Platzeck (Bündnis 90/Grüne)	S.66
Abg. Dr. Günther Krause (CDU/DA)	S.66
Abg. Thierse (SPD)	S.66
Abg. Prof. Dr. Ortleb (Liberale)	S.66
Abg. Dr. Meyer-Bodemann (DBD/DFD)	S.66
Abg. Platzeck (Bündnis 90/Grüne)	S.66
Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner	S.66

1. Aussprache zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten de Maizière

Abg. Dr. Maleuda, Vorsitzender der Fraktion der DBD/DFD	S.67
Abg. Frau BIRTHLER, Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Grüne	S.68
Abg. Prof. Dr. Ortleb, Vorsitzender der Fraktion der Liberalen	S.70
Abg. Prof. Dr. Walther, Vorsitzender der Fraktion der DSU	S.71
Abg. Dr. Gysi, Vorsitzender der Fraktion der PDS	S.73
Abg. Thierse, Sprecher der Fraktion der SPD	S.76
Abg. Dr. Günther Krause, Vorsitzender der Fraktion der CDU/DA	S.77

Pause

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner	S.80
Abg. Lubk (CDU/DA)	S.80
Abg. Prof. Dr. Steinitz (PDS)	S.80
Abg. Nitsch (CDU/DA)	S.81
Abg. Dr. Ringstorff (SPD)	S.82
Abg. Prof. Dr. Reich (Bündnis 90/Grüne)	S.83
Abg. Bechstein (CDU/DA)	S.83
Abg. Frau Bencze (DBD/DFD)	S.84
Abg. Dr. Altmann (CDU/DA)	S.84
Abg. Frau Barbe (SPD)	S.85
Abg. Frau Deneke (PDS)	S.86
Abg. Dr. Douffet (CDU/DA)	S.87
Abg. Dr. Elmer (SPD)	S.88
Abg. Frau Barbe (SPD)	S.88
Abg. Frau Wollenberger (Bündnis 90/Grüne)	S.89
Abg. Helmut Krause (Liberale)	S.90
Abg. Prof. Dr. Heuer (PDS)	S.90
Abg. Krziskewitz (CDU/DA)	S.91
Abg. Hacker (SPD)	S.92
Abg. Nowack (DSU)	S.92
Abg. Dr. von Essen (CDU/DA)	S.93
Abg. Dr. Höpcke (PDS)	S.94
Abg. Dr. Wiczorek (CDU/DA)	S.95
Abg. Dr. Misselwitz (SPD)	S.95
Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner	S.96

Bekanntgabe des Termins der 5. Tagung der Volkskammer am 26. April 1990, 10.00 Uhr

(Ende der Tagung: 13.40 Uhr)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Meine Damen und Herren! Ich bitte die Abgeordneten, Platz zu nehmen.

Bevor ich diese 4. Tagung der Volkskammer eröffne, habe ich eine angenehme Pflicht zu erfüllen, die uns vielleicht auch daran erinnert, daß es in den sich überstürzenden Zeiten auch noch natürliche Rhythmen des Lebens gibt.

(Heiterkeit)

Unsere Frau Präsidentin hat Geburtstag.

(Die Abgeordneten erheben sich und spenden herzlichen Beifall)

Dazu möchte ich im Namen des Hohen Hauses alles Gute wünschen.

Was wir auf unseren Wegen brauchen, sind vor allem gute Begleiter. Und darum wünsche ich Ihnen, daß Sie Freundinnen und Freunde haben, die Sie auf diesem nächsten Lebensweg begleiten.

Ich wünsche Ihnen auch, daß Sie eine Familie haben, die Sie mit viel Verständnis begleitet.

Ich denke, wir alle können ihr heute versprechen, daß wir als Kollegen dieses Hohen Hauses versuchen werden, sie als unsere Präsidentin gut zu begleiten.

Und schließlich wissen wir beide auch als Christen, daß es Dinge gibt, die man nicht in der Hand hat und die man nicht machen kann, und darum wünsche ich Ihnen jetzt auch die gute Begleitung Gottes, oder wie man auch sagt, Gottes Segen.

(Beifall)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich möchte mich ganz herzlich für die Glückwünsche bedanken und hoffe, daß ich sehr, sehr viele Freunde auch hier in der Volkskammer haben werde. Denn für das, was wir hier tun und in der Zukunft machen wollen, brauchen wir, glaube ich, auch viel Verständnis füreinander. Und das ist eigentlich mein großer Wunsch für das nächste Lebensjahr.

(Beifall)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Meine Damen und Herren! Die 4. Tagung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik ist eröffnet.

Unter uns weilen wiederum zahlreiche in- und ausländische Gäste, darunter Herren und Damen des Diplomatischen Korps, die ich auf das herzlichste begrüße.

Verehrte Abgeordnete! Ihnen liegt die Tagesordnung vor. Sie enthält einen einzigen Punkt, die Aussprache zur Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Lothar de Maizière.

Dem Präsidium ist darüber hinaus bis gestern abend 18.00 Uhr ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne zugegangen mit der Bitte, ihn heute auf die Tagesordnung zu setzen. Dies ist gemäß unserer Geschäftsordnung möglich, bis 18.00 Uhr des Vortages Änderungsanträge zur Tagesordnung zu stellen.

Wir haben zunächst zu entscheiden, ob dieser Antrag auf die Tagesordnung der heutigen Tagung der Volkskammer kommen soll oder nicht. Zur Entscheidung darüber hat jetzt jede Fraktion die Möglichkeit, in maximal drei Minuten Stellung zu nehmen. Danach werden wir abstimmen, ob dieser Antrag auf die Tagesordnung kommt oder nicht.

Ich habe gesagt, jede Fraktion hat die Möglichkeit, maximal drei Minuten; ich gehe davon aus, daß nicht jede Fraktion drei Minuten benötigt, um ihre Stellungnahme dazu vor diesem Hohen Hause zu sagen.

Ich bitte zunächst den Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Grüne um sein Votum dazu.

Abg. Platzeck (Bündnis 90/Grüne):

Frau Präsidentin! Hohes Haus! Die Wahlkommission der Stadt Berlin hat gestern abend noch bei uns und hat eine Notsituation angezeigt. Am 22. April muß die Bildung der Wahlvorstände abgeschlossen sein. Dies wird in Berlin nicht möglich sein. Es fehlen über die Hälfte der dazu benötigten Personen. Das hieße, wenn man es ganz streng nimmt, daß die Wahl am 6. Mai in Gefahr ist. Als Hauptgrund wurde uns genannt, daß in vielen Betrieben nicht akzeptiert wird, daß die Mitarbeiter in diesen Wahlvorständen am Montag einen arbeitsfreien Tag in Anspruch nehmen können. Das Wahlsystem bedingt, daß die Auszählung 6 bis 10 Stunden dauern wird, das heißt, die in den Wahlvorständen Tätigen werden bis spät in die Nacht bzw. in den Montag früh hinein arbeiten und sind natürlich nicht bereit, am Montag früh gleich wieder ihrer beruflichen Tätigkeit nachzugehen. Wir haben den Antrag deshalb eingebracht. Er muß in dieser Form nicht beschlossen werden, darauf bestehen wir nicht, es müßte aber in irgendeiner Form etwas geschehen, aber jetzt, da wir annehmen, daß das auch auf andere Wahlbezirke zutrifft, nicht nur für Berlin, daß noch einmal ein Aufruf ergeht, daß alle Parteien ihre Mitglieder aktivieren, in diese Wahlvorstände zu gehen und daß die Betriebe, die Betriebsleiter, darauf hingewiesen werden, daß es die Möglichkeit nach dem Arbeitsgesetzbuch gibt, diesen Montag den Leuten, die in den Wahlvorständen sind, als arbeitsfreien Tag zu gewähren. Es ist leider in vielen Fällen nicht so. Das ist eigentlich der Sinn dieses Antrages, und ich bitte, daß wir in irgendeiner Form als Volkskammer hierzu Stellung nehmen.

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Danke schön. Der Vertreter der Fraktion der CDU/DA hat das Wort.

Abg. Dr. Günther Krause (CDU/DA):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Anliegen dieses Antrages ist verständlich, doch hat die Volkskammer nicht die Möglichkeit, so wie unter Punkt 2 hier formuliert, den Wahlvorständen prinzipiell arbeitsfrei zu geben. Das ist eine gesetzgeberische Maßnahme, die natürlich durch die Regierung entsprechend zu bearbeiten ist. Wir sind durchaus damit einverstanden, nochmals im Konsens des Hohen Hauses darauf hinzuweisen, daß jeder Mann und jede Frau in unserem Land unbe-

dingt die Durchführung der Kommunalwahlen unterstützen sollten. Aus diesem Sinn heraus muß natürlich die Frage gestellt werden, ob der Antrag in dieser Form überhaupt diskutiert und debattiert werden kann, eben des Punktes 2. Deshalb würden wir meinen, wir sollten diesen Antrag in dieser Form nicht behandeln.

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Danke schön. Es spricht der Vertreter der Fraktion der SPD.

Abg. Thierse (SPD):

Wir unterstützen das inhaltliche Anliegen dieses Antrages, aber gewiß kann die Volkskammer hier nur einen nachdrücklichen Appell an die Mitwirkung der Bürger an diesen Wahlen erlassen. Diesen Appell unterstützen wir nachdrücklich. Die Regierung sollte prüfen, ob und inwieweit sie einen solchen freien Tag durch eine Verordnung erlassen kann. Das ist, glaube ich, Sache der Regierung und weniger der Volkskammer. Ich weise im übrigen darauf hin, daß es das außerordentlich komplizierte, um nicht zu sagen höchst unverständliche Wahlgesetz ist mit drei Stimmen, die zu solchen Schwierigkeiten als endlosen Auszählungen führt. Ich fürchte auch, es wird bei den Wahlhandlungen selbst endlose Verwirrungen geben. Dieses Wahlgesetz ist wahrhaftig kein sonderlich demokratischer Dienst.

(Sehr richtig! Beifall)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Bitte, der Vertreter der Fraktion der PDS? - Wünscht nicht das Wort. DSU? - Auch nicht. Fraktion der Liberalen?

Abg. Prof. Dr. Ortleb (Liberalen):

Meine Damen und Herren! Die Liberalen, ich denke, alle Parteien und auch das Volk, das uns zusieht, haben den Appell gehört. Wir unterstützen den Appell, also die Sache, und nicht den Antrag.

(Beifall, vor allem bei den Liberalen)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Fraktion der DBD?

Dr. Meyer-Bodemann (DBD/DFD):

Meine Damen und Herren! Die Fraktion DBD/DFD unterstützt den Antrag ebenfalls von der Sache her, und wir sind der Meinung, daß dem Anliegen unbürokratisch und ohne übertriebene Beachtung der Form Rechnung getragen werden sollte.

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Danke schön. Bitte!

Abg. Platzeck (Bündnis 90/Grüne):

Wir würden zurückziehen, da das Anliegen erreicht ist. Wir wollten es unbedingt heute öffentlich machen, weil die Zeit drängt. Ansonsten, habe ich angedeutet, ziehen wir den Antrag zurück in dieser Form und würden die Regierung bitten, auf geeignete Weise zu wirken, daß das möglich gemacht wird, was sinngemäß darin steht.

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Danke schön. Die Möglichkeit, einen Antrag zurückzuziehen, besteht zu jedem Zeitpunkt des Verfahrens der Beratung eines Antrages, auch bevor er auf der Tagesordnung steht. Damit ist eine weitere Abstimmung über diesen Antrag nicht mehr erforderlich.

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen uns nicht vor. Ich kann also aufrufen den einzigen und damit auch ersten Tagesordnungspunkt:

Aussprache zur Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Lothar de Maizière.

Wir haben uns im Präsidium darauf geeinigt, daß zunächst jede Fraktion, unabhängig von ihrer Größe, die Möglichkeit hat, 15 Minuten zu dieser Regierungserklärung zu sprechen. Wir beginnen mit der Fraktion DBD/DFD. Ich bitte den Abgeordneten Dr. Günter Maleuda, das Wort zu nehmen.

Abg. Dr. Maleuda, Vorsitzender der Fraktion DBD/DFD:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit der gestrigen Regierungserklärung hat der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Herr de Maizière, ein Programm seiner Regierung vorgestellt, das den Weg zur Herstellung zur deutschen Einheit markiert. Ausgehend vom Willen unserer Mitglieder und Wähler findet dieses Programm die Zustimmung der Fraktion der Demokratischen Bauernpartei und des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands.

Unsere Fraktion wird alle Maßnahmen der Regierung unterstützen, die unter Beachtung der Lebensinteressen der Menschen unseres Landes ergriffen werden. Wir treten dafür ein, daß das Volk der Deutschen Demokratischen Republik erhobenen Hauptes in die Einheit Deutschlands geht. Wir stimmen der Absicht der Regierung zu, mit klaren Positionen, die den Erfordernissen und Bedingungen der DDR entsprechen, in die bevorstehenden Verhandlungen mit der Bundesregierung zu gehen. Das ist auch deshalb notwendig, weil seit dem 18. März zehntausende Bürger auf Kundgebungen und Demonstrationen ihre Vorstellungen und Forderungen dazu deutlich zum Ausdruck gebracht haben.

So manche Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes wird immer wieder durch unakzeptable Äußerungen von Politikern und Spekulationen in der Presse der Bundesrepublik hervorgerufen. Kaum ein Tag vergeht ohne Ankündigung von Vorhaben mit nachfolgenden Dementis.

Wir stimmen den entscheidenden Zielsetzungen in der Regierungserklärung zu, möchten aber folgendes hervorheben:

1. Die untrennbare Verbindung von Währungs- und Wirtschaftsunion mit einer Sozialunion, die das Abdrängen von Teilen der Bevölkerung, insbesondere der Rentner, der Behinderten, der Alleinstehenden, der Alleinerziehenden mit Kindern und anderen in das soziale Abseits verhindert.

2. Die unbedingte Umstellung der Löhne, Renten und Sparguthaben im Verhältnis 1 : 1 zu frühestmöglichem Termin.

3. Der Schutz unserer Wirtschaft, vor allem auch der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft vor unlauteren Verdrängungswettbewerb durch westliche Unternehmen.

4. Die kurzfristige Erarbeitung von Lösungen zur Umbewertung der Fonds, Kredite und Guthaben der Betriebe, die ihre Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit unter den neuen Bedingungen sichern.

5. Die Sicherung der Eigentums- und Nutzungsrechte der Bürger, Betriebe und Genossenschaften entsprechend den seit 1945 in unserem Land entstandenen Eigentumsverhältnissen.

6. Die Unantastbarkeit der Ergebnisse der demokratischen Bodenreform, die Klärung von unrechtmäßigen Eigentumswechseln und die Haftung des Staates für Wiedergutmachung, damit altes Unrecht nicht durch neues Unrecht beglichen wird. Und schließlich die schrittweise Angleichung der Rechtsnormen der DDR und der Bundesrepublik, was eine generelle und kritiklose Übernahme bundesdeutscher Gesetze und Rechtsvorschriften für das Gebiet der DDR ausschließt. Letztgenanntes Problem gewinnt angesichts der bekundeten Absicht der Regierung und der gestrigen Diskussion zum Verfassungsentwurf besondere Bedeutung.

Verehrte Abgeordnete! Große Erwartungen werden von Bäuerinnen und Bauern, den Arbeiterinnen und Arbeitern der Land-

Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft an die neue Regierung gestellt. Die Bauerndemonstration während der 2. Volkskammertagung in der vorigen Woche hat das deutlich zum Ausdruck gebracht. Unsere Fraktion ist bereit, ihre Sach- und Fachkompetenz in die Lösung der anstehenden Aufgaben einzubringen, behält sich aber kritische Wertungen zu Entscheidungen vor, die nicht den Interessen der Landbevölkerung entsprechen sollten.

Nicht aufschiebbar ist die Sicherung der Abnahme von Schlachtvieh, Eiern und Milch zur Gewährleistung einer stabilen Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, die aus eigenem Aufkommen zur Verfügung stehen. Das gilt auch für Gemüse, Obst, Zierpflanzen und Schnittblumen. Zu diesem Problem haben wir klare Aussagen in der Regierungserklärung vermisst.

(Unruhe bei CDU/DA und DSU)

Die Bäuerinnen und Bauern sowie die Beschäftigten in der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft unseres Landes fordern, die ungesetzlichen und unkontrollierten Einfuhren von Agrarerzeugnissen aus der Bundesrepublik zu verhindern. Die Bauern befinden sich in den Startlöchern, um Straßen und Grenzübergänge zu blockieren, wenn der Binnenmarkt nicht geschützt wird. Es geht um wirksame Sofortmaßnahmen.

Unverständlich ist für Bürger, daß die Erzeugnisse der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft nicht abgenommen werden, aber gleichzeitig die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs nicht immer und überall gesichert ist. Wir halten es für erforderlich und wollen mitwirken, das desolate Handelssystem in Ordnung zu bringen.

Dringender Handlungsbedarf besteht zur weiteren Ausgestaltung der rechtlichen Regelungen zum Schutz des persönlichen und genossenschaftlichen Eigentums der Bauern an Grund und Boden, aber auch der Besitzer von Eigenheimen bzw. von Grundstücken für Erholungszwecke. Die staatliche Hoheit für die Nutzung des Bodens muß gewährleistet werden. Das ist übrigens auch in der Bundesrepublik so.

Umgehend sind die ökonomischen und juristischen Rahmenbedingungen für eine gesicherte Perspektive der Genossenschaften, anderer Betriebe und Unternehmen aller Eigentumsformen beim Übergang zur sozialen und ökologisch orientierten Marktwirtschaft zu schaffen. Dazu gehören neue Gesetze für die Genossenschaften und die Unternehmensgründung. Dazu gehört die Entschuldung der Genossenschaften und Betriebe zur Sicherung der Chancengleichheit, und schließlich gehören dazu auch entschiedene Maßnahmen zur raschen und durchgreifenden Verbesserung der materiell-technischen Bedingungen in den Betrieben der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft.

Das schließt eine vernünftige Subventionspolitik und vertretbare Quotenregelung ein. Wir nehmen zustimmend zur Kenntnis, daß die Regierung für die Landwirtschaft einen mehrjährigen Übergangs- und Anpassungszeitraum an die hohen Qualitäts- und Effektivitätsanforderungen auf dem EG-Markt gewährleisten will.

Unsere Fraktion wird sich dafür einsetzen, daß der Übergang zur Marktwirtschaft nicht zur Vernichtung bäuerlicher Existenzen und zu sozialer Unsicherheit in den Dörfern führt.

Verehrte Abgeordnete! Die Lebensinteressen der Menschen unseres Landes erfordern, dem Schutz und der Erhaltung der Natur und Umwelt sowie der rationellen Nutzung der Naturressourcen einen hohen Stellenwert beizumessen. Die Fraktion der DBD/DFD hebt die Notwendigkeit hervor, daß die Einheit von Ökologie und Ökonomie erreicht werden muß. Umweltschutzverträglichkeitsprüfungen bei allen Investitionsmaßnahmen und das Verursacherprinzip müssen konsequent durchgesetzt werden.

Mit der Überarbeitung bestehender und neuer rechtlicher Regelungen ist durch die Volkskammer und die Regierung der DDR eine umfassende Umweltschutzgesetzgebung zu beschließen.

Wir bekräftigen die Haltung der Regierung zur landeskulturellen Bedeutung des Waldes. Wir sind für die Rückgabe des Bauernwaldes und für die staatliche Hoheit über die Waldnutzung. Wir fordern ein neues Jagdgesetz.

Was das neue Energiekonzept betrifft, so möchten wir mit Nachdruck auf die Notwendigkeit verweisen, landwirtschaftliche Nutzflächen, Dörfer und Siedlungen vor Devastierung durch den Braunkohleabbau zu bewahren. Wo dennoch Devastierungen unabdingbar werden, muß qualitativ guter Ersatz geschaffen werden.

Vermißt haben wir in der Regierungserklärung eine Aussage zu den Bürgerinnen und Bürgern sorbischer Nationalität. Notwendig ist, die Interessen der Sorben zu achten und zu fördern. Das betrifft auch den Gebrauch und die Pflege ihrer Sprache, Kultur und Tradition.

Meine Damen und Herren! Verbreitet sind unter der Bevölkerung Befürchtungen, daß der Übergang zur Marktwirtschaft mit dem Abbau bisheriger Sozialleistungen verbunden sein könnte. Die DBD und der DFD gehören nicht zu jenen, die diese Ängste schüren. Unterbunden werden müssen jedoch alle Versuche, geltendes Recht zu ignorieren oder zu unterlaufen.

Das gilt vor allem im Hinblick auf das Arbeitsgesetzbuch, des gesetzlichen Schutzes von Behinderten, Schwangeren oder anderen Personengruppen. Solche Ungesetzlichkeiten sind nicht nur juristisch, sondern auch moralisch zurückzuweisen.

Für dringend erforderlich hält unsere Fraktion die umgehende Schaffung der ökonomischen Rahmenbedingungen für Kommunen und Betriebe, die es ihnen ermöglichen, auch unter marktwirtschaftlichen Bedingungen Kinderkrippen und -gärten, Schulspeisung und Hort zu erhalten und zu verbessern. Allen Kindern, deren Eltern es wünschen, müssen diese sozialen Leistungen auch weiterhin zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung stehen.

In der Bewahrung dieser sozialen Leistungen sehen wir zugleich entscheidende Bedingungen für eine echte Chancengleichheit von Frau und Mann. Reale rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter ist nur dann zu erreichen, wenn alles, was in diesem Land für Frauen bereits selbstverständlich war, erhalten und verteidigt wird.

Verehrte Abgeordnete! Die Fraktion DBD/DFD unterstützt nachdrücklich die erklärte Absicht der Koalitionsregierung, den Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten untrennbar in die Gestaltung eines friedlichen Hauses Europa und in die Abrüstung einzubinden.

Die Zustimmung der Völker unseres Kontinents zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen stellt uns in die Verantwortung, alles zu tun, damit von deutschem Boden niemals eine Bedrohung für andere Staaten ausgeht. Im Sinne der gemeinsamen Erklärung aller Fraktionen des Hohen Hauses von der 2. Tagung der Volkskammer sollte es die wichtigste Aufgabe des außenpolitischen Wirkens dieser Regierung sein, friedliche, gutnachbarliche Beziehungen mit allen Staaten der Welt anzustreben und zu pflegen. Ich danke Ihnen.

(Beifall vor allem bei DBD/DFD, PDS und vereinzelt bei der SPD)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höpner:

Als nächste spricht für die Fraktion Bündnis 90/Grüne Marianne Birthler.

Abg. Frau Birthler, Sprecherin von Bündnis 90/Grüne:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, im Namen der Fraktion Bündnis 90/Grüne für diese Regierungserklärung danken zu können. Der Beifall kam aus allen Fraktionen und war, wie jeder spüren konnte, ehrlich. Hervorheben möchte ich, was vor allem den Beifall unserer Fraktion ausgelöst hat. Ihre Rede, Herr Ministerpräsident, zeugt von Besonnenheit und dem Bewußtsein, daß unsere Probleme mit dem Geschick

Europas wie dem aller Länder der Welt aufs engste verflochten sind und daß die vor uns liegenden Aufgaben sowohl der Vergangenheit als auch der Zukunft verpflichtet sind. Besonders wichtig war für mich, daß daran erinnert wurde, daß niemand anders als die Bürger der DDR Auftraggeber der Regierung sind.

(Beifall)

Der Wille zu selbstbewußter Politik im Interesse der DDR-Bürger, das Bewußtsein unserer in der DDR gewachsenen Identität und der Wunsch, gleichberechtigt am europäischen und deutschen Einigungsprozeß teilzunehmen, waren überzeugend. Daß Sie, Herr Ministerpräsident, die Qualität unseres Weges zur Einheit Deutschlands nicht am Tempo und an der Opportunität, sondern an der Bewahrung der Grundwerte der Gesellschaft messen, verdient Hochachtung und wird möglicherweise in den Reihen der Regierungsparteien eher Widerspruch hervorrufen als in der Opposition.

(Beifall bei der Fraktion Bündnis 90/Grüne und bei der PDS-Fraktion)

Die historische Wertung des Umbruchs, seiner Voraussetzungen und Ergebnisse ist differenzierter und genauer als bisherige Äußerungen und Stellungnahmen der Koalition. Auf einige Fragen zur Vergangenheitsbewältigung, die für die Gestaltung der Zukunft von großer Bedeutung sind, komme ich später zurück.

Zuvor aber zu dem, was im Moment für viele Menschen von größtem Interesse ist: jene Fragen, die mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zusammenhängen. Nach wie vor ist unsere Fraktion der Meinung, daß ein Stufenprogramm von Wirtschaftsreformen, Preisreform und Währungsverbund der sozial risikoärmere Weg zur Währungsunion gewesen wäre. Die Bürger der DDR haben sich für die schnelle Währungsunion entschieden. Wieweit dabei eine Rolle spielte, daß sie im Unklaren über manche Konsequenzen gelassen wurden, will ich jetzt nicht thematisieren. In jedem Falle ist diese Entscheidung zu respektieren. Für jene, die politische Verantwortung tragen, heißt das, daß alles getan werden muß, die sozialen Härten dieses Weges zu sehen und - wo immer es geht - abzuschwächen.

Die zu erwartende Zahl der Arbeitslosen, das für längere Zeit bestehende Einkommensgefälle zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie die sich den bundesrepublikanischen Verhältnissen angleichenden Lebenshaltungskosten erfordern eine starke Verhandlungsposition gegenüber der Bundesregierung. Der Appell an die Bürger der Bundesrepublik wird nichts daran ändern, daß die Bundesregierung Mühe damit hat, ihren Wählern klarzumachen, daß der Einigungsprozeß Geld kostet. In diesem Zusammenhang wäre ein Appell an die Bundesregierung in Sachen Glaubwürdigkeit und Einhaltung der Wahlversprechen sinnvoller gewesen. Dieser findet sich in der Regierungserklärung leider nicht.

Der erste Entwurf zum Staatsvertrag, der von der Bundesregierung ausgearbeitet wurde, spricht eine deutliche Sprache. Hier ist nicht von gleichzeitiger Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion die Rede, sondern von Währungsunion einerseits und Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft andererseits. Ich denke, diese andere Formulierung ist kein Zufall. In diesem Papier werden die Rechte der Bundesregierung und die Pflichten der Regierung der DDR geregelt. Hier wird beschrieben, wer das Sagen hat. Ich zitiere:

„Dieser Vertrag, einschließlich der in Ausführung des Vertrages geltenden oder in Kraft zu setzenden Rechtsvorschriften gehen entgegenstehendem Recht, einschließlich Verfassungsrecht der Deutschen Demokratischen Republik, vor.“

Hier wird die unterschiedliche Interessenlage der beiden Regierungen deutlich. Was gedenkt die DDR-Regierung zu tun, wenn die Bedingungen für die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion einseitig zum Nachteil der DDR-Bürger festgeschrieben werden sollen, wenn notwendige - für uns notwendige! - Vereinbarungen, Anpassungs- und Übergangsregelungen nicht durchzusetzen sind? Wie soll die Mitwirkung des Parlaments

und der Bevölkerung in diesem Verhandlungsprozeß gewährleistet werden? Angesichts der Tatsache, daß Anschubfinanzierungen, Finanzausgleich und Kredite weder vom Himmel fallen noch bedingungslos zur Verfügung gestellt werden, stellt sich die Frage, wie die in der Regierungserklärung formulierten sozialen Sicherungen und politischen Ziele aufrechterhalten werden können.

Wir meinen, daß das Recht auf eine gesunde Umwelt, das Recht auf Wohnung, der Kündigungsschutz für Alleinerziehende oder Geschädigte, die Sicherung einer ausreichenden Zahl von Kinderbetreuungsplätzen und weitere in der Regierungserklärung genannte Notwendigkeiten geschützt werden müssen, damit sie den entstehenden Sachzwängen nicht zum Opfer fallen. Diese Rechte und Sicherheiten dürfen nicht zur Disposition stehen, sie müssen so schnell wie möglich festgeschrieben werden. Und wirksamer als alle Zusagen und Willenserklärungen ist die verfassungsmäßige Festschreibung dessen, was wir zum Leben brauchen.

Leider wird aber eine neue Verfassung von Teilen des Parlaments als eine unzulässige Verzögerung auf dem Weg zur Einheit gesehen. Hier wird deutlich, in welchem engen Zusammenhang die beiden Tagesordnungspunkte der gestrigen Volkskammertagung stehen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben davon gesprochen, wie wichtig es ist, zu vermeiden, daß die DDR-Bürger in dem Gefühl leben, zweitklassige Bundesbürger zu sein. Nur, hier geht es nicht um die Vermeidung unangenehmer Gefühle, sondern um Bedingungen, die vermeiden, daß wir zweitklassige Bundesbürger sind.

(Beifall vor allem bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Diese Zweitklassigkeit droht ja nicht nur angesichts wirtschaftlicher und finanzieller Defizite, sondern weil die Konditionen der Vereinigung uns zu Hinzugekommenen, Aufgenommenen machen. Hier liegt eins von vielen Risiken der Anwendung des Artikels 23.

Für den inneren Frieden des künftigen Deutschlands, der eine wichtige Voraussetzung für die Friedensfähigkeit nach außen bildet, brauchen wir den deutsch-deutschen Annäherungsprozeß in Augenhöhe. Echte Partnerschaft bei ungleichen Verhältnissen ist schwierig, aber machbar. Sie setzt den Willen des Stärkeren zu wirklich partnerschaftlichen Lösungen und den Verzicht auf Machtausübung durch Stärke voraus.

(Beifall vor allem bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Wir möchten von hier aus die Bundesregierung auffordern, im Interesse einer gemeinsamen guten Zukunft die Regierung der DDR als gleichberechtigten Verhandlungspartner ernst zu nehmen.

(Beifall vor allem bei PDS, Bündnis 90/Grüne und SPD)

Im Schulunterricht der Zukunft soll kommenden Generationen die Geschichte der Bundesrepublik und die Geschichte der DDR als eigene Geschichte vermittelt werden. Erst wenn beide als Wurzeln künftiger gemeinsamer Geschichte gesehen werden, erst dann ist Spaltung wirklich überwunden. Die Weichen für dieses spätere Geschichtsbild werden jetzt gestellt.

Nun zu unserem Teil der Geschichte, zur Aufarbeitung der Vergangenheit. Die Art und Weise, in der in der Regierungserklärung davon gesprochen wurde, hebt sich wohltuend ab vom Text der Koalitionsvereinbarung, der die Verantwortung auf die SED reduziert und als Rezept die Offenlegung der Finanzen fordert. Zu Recht wird die Mitverantwortung der jetzigen großen Regierungspartei genannt, und zu Recht wird jeder einzelne aufgefordert, sich der eigenen Vergangenheit zu stellen. Es ist wahr, wir müssen uns gegenseitig helfen, freie Menschen zu werden, gesellschaftlich erwachsen zu werden, die Mechanismen von Zwang und Druck zu überwinden. Aber wer etwas zu betrauern hat, wer Wunden offenlegen und heilen will, braucht Zeit. Und hier deutet sich Widerspruch an, den auch die Regie-

rungserklärung nicht aufzulösen vermag. Hier das vernünftige Maß für die Zeit, die wir brauchen, um uns auf uns selbst zu besinnen, dort die Fast-food-Mentalität, das Ich-will-alles-und-zwar-sofort, eine Haltung, die unter Ausnutzung von Ungeduld und Ausweglosigkeit in den Zeiten des Wahlkampfes in unverantwortlicher Weise gefördert wurde.

(Unmutsäußerungen vor allem bei CDU/DA)

Zur Staatssicherheit. Das Bewußtsein der Tatsache, daß viele der Täter zugleich Opfer waren, fordert Sorgfalt und die Bereitschaft, Menschen eine Chance zum Neuanfang zu geben. Die Verantwortung gegenüber den Opfern fordert aber auch, daß jene, die viele Menschen unglücklich gemacht haben, die verfolgt haben und vertrieben haben, in den Gerichtssaal gehören.

(Beifall)

In der Regierungserklärung heißt es, daß die Tätigkeit der Bürgerkomitees einen rechtsstaatlich verordneten Abschluß finden solle. Dazu ist zu bemerken, daß die Staatssicherheit die Bevölkerung in einem unerhörten Maß kontrolliert hat. Ich meine, daß daraus der Bevölkerung das Recht erwächst, die Auflösung der Staatssicherheit zu kontrollieren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Grüne)

Dieses Recht wird von den Bürgerkomitees wahrgenommen, die über Sachkenntnis verfügen und unbedingt weiter arbeiten müssen. Die Bürger haben sich am 18. März für eine schnelle Währungsunion, aber nicht für eine schnelle Entmündigung entschieden. Sie haben inzwischen gelernt, sich gegen Entmündigung zu wehren.

(Schwacher Beifall)

Eine dritte Bemerkung zum Thema Staatssicherheit. Es darf nicht nur, wie es in der Regierungserklärung heißt, keine zentrale Stelle geben, die unkontrolliert Informationen über das Privatleben und das Denken der Bürger sammelt. Das Sammeln solcher Daten ist unter allen Umständen unmoralisch und verwerflich, kontrolliert oder nicht!

(Beifall bei PDS, SPD und Bündnis 90/Grüne)

Meine Damen und Herren! Die eng bemessene Zeit zwingt zur Beschränkung auf wenige Themen. Trotzdem oder gerade deswegen möchte ich an dieser Stelle einige Bemerkungen zur Situation der Jugendlichen in der DDR sagen, die meines Erachtens sehr kompliziert ist und zu wenig Beachtung findet. Ich freue mich für meine eigenen Kinder und ihre Altersgefährten, daß sie nicht, wie seinerzeit wir, in einem Alter eingesperrt werden, in dem der Wandertrieb zum elementaren Bedürfnis wird.

(Beifall)

Ich freue mich, daß sie von vielen Zwängen befreit sind, die unsere Generation verdorben haben. Aber das ist nur die eine Seite. In einer Lebensphase, in der Orientierungsmöglichkeiten von besonderer Bedeutung sind, stehen sie insofern vor dem Nichts, als sie für eine Gesellschaft erzogen wurden, die es plötzlich nicht mehr gibt. Hinzu kommen Sorgen um den Arbeitsplatz, um die Ausbildung, Probleme, auf die niemand von ihnen eine Chance hatte, sich vorzubereiten.

Hier genügt nicht offene Jugendarbeit, für die es ohnehin viel zu wenig Ausgebildete gibt. Hier reicht auch nicht die Förderung von Jugendorganisationen und der Erhalt von Freizeiteinrichtungen aus, so wichtig das alles auch ist. Hier ist intensive Arbeit nötig, Beratungsmöglichkeiten und vor allem breite und vielfältige Bildungsangebote, die die Umstellung auf eine veränderte Gesellschaft erleichtern, die Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt ausgleichen und Versagensängste mildern. Das Gefühl, den neuen Herausforderungen nicht gewachsen zu sein, das ich bei vielen Jugendlichen beobachte, kann sie in die gesellschaftlichen Ecken drängen und sie veranlassen, alte Zeiten, in denen sie sicherer gelebt haben, zu glorifizieren. So wie jedes gesellschaftliche Defizit am deutlichsten bei Jugendlichen in Er-

scheinung tritt, wird auch die Unsicherheit der gegenwärtigen Situation für sie die stärksten Auswirkungen haben.

Zum Schluß einige Bemerkungen zur Arbeit dieses Parlaments. Vor dem Hintergrund des In-die-Schranken-gewiesen-Werdens der Opposition durch Vertreter der Koalitionsparteien, wie das gestern eindrücklich vom Abgeordneten Schwarz vorgeführt wurde, beeindruckt die demokratische Haltung des Ministerpräsidenten, der die Bedeutung der neuen, demokratischen Gruppen würdigt und uns alle, auch das Parlament, mahnt, gesellschaftlich erwachsen zu werden.

(Beifall bei PDS, SPD und Bündnis 90/Grüne)

Die meisten der versammelten Abgeordneten haben wenig Erfahrung in diesem Geschäft, und seit Jahren im Parlament zu sein, ist in diesem Land durchaus kein Indiz für das Vorhandensein demokratischer Gewohnheiten.

(Beifall)

Der Verweis auf die Mehrheitsverhältnisse im Parlament, der mit gewisser Drohgebärde schon des öfteren zu hören war, ist insofern überflüssig, als wir diese Mehrheitsverhältnisse immer wieder deutlich zu spüren bekommen. Die Mehrheitsverhältnisse im Präsidium z. B. ermöglichen es, die Redezeit der nicht an der Regierung beteiligten Fraktionen beliebig zu kürzen

(Beifall besonders bei der Fraktion der PDS)

und dies in diesem besonderen Fall, da es um die Auseinandersetzung mit der Regierungserklärung geht!

(Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner mahnt mit Klingelzeichen)

(Abg. Dr. Gysi, PDS: überstimmt, überstimmt!)

Noch einmal möchte ich den Ministerpräsidenten zitieren: „Wir sind dabei, uns die Demokratie zu erarbeiten.“

Schließt das nicht ein, daß die Öffentlichkeit ein Recht darauf hat, unterschiedliche im Parlament vertretene Positionen zu kennen, den Weg zum Kompromiß mit zu verfolgen und sich auf diese Weise ein Urteil über die Politik einzelner Fraktionen zu machen? Die Vereinbarungen der Koalition beinhalten, daß im Vorfeld der Parlamentsarbeit wichtige Fragen abgestimmt werden, und daß Abstimmungen mit wechselnden Mehrheiten nicht zulässig sind. Soweit ist das, glaube ich, übliche Praxis bei Koalitionen. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß dadurch die Öffentlichkeit von der Entscheidungsfindung der 3/4-Mehrheit des Parlaments ausgeschlossen wird, weil diese hinter verschlossenen Koalitionstüren stattfindet. Zugeschaut werden darf dann erst bei der Auseinandersetzung der Opposition mit dem zustandekommenen, inzwischen unerschütterlichen Kompromiß. - Ich danke Ihnen.

(Beifall besonders bei den Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Als dritter Redner spricht der Vertreter der Liberalen; der Abg. Prof. Dr. Ortleb.

Abg. Prof. Dr. Ortleb, Vorsitzender der Fraktion der Liberalen:

Meine Damen und Herren! Wir Liberalen stimmen der Regierungserklärung zu. Sie benennt die Probleme und Aufgaben, die gelöst werden müssen auf dem Wege der politischen, wirtschaftlichen und moralischen Gesundung unseres Volkes und der würdigen Vereinigung der Deutschen in einem Vaterland. Es bedarf eines selbstbewußten Parlamentes und einer starken Regierung. Die Regierung de Maizière kann eine starke Regierung sein,

(Beifall besonders bei der Fraktion der CDU/DA)

denn sie ist getragen von einer breiten Koalition, deren Übereinstimmung in Grundfragen in zähen, weil gründlichen Verhandlungen erarbeitet wurde. Entschlossen, an Vereinbarungen, die die Regierungserklärung richtig widerspiegelte, festzuhalten und sie durchzusetzen, betrifft es für uns Liberale vor allem geordnete Vereinigung auf vertraglicher Grundlage, eingebettet in europäische Prozesse; den dringend erforderlichen wirtschaftlichen Aufschwung im Interesse der Bürger; den weiteren Ausbau der Demokratie und die Schaffung wirklich rechtsstaatlicher Verhältnisse.

Die Regierung braucht Vertrauen und Vollmacht, nötige Entscheidungen zu treffen und auf den Weg zu bringen. Die Kraft der Regierung kommt aus dem Vertrauen der Koalition in sie und der demokratischen Kontrolle durch das ganze Parlament. Es sei bemerkt an dieser Stelle - aufgreifend die Regierungserklärung von gestern - die Empfehlung, die Legislaturperiode der Bezirkstage mit den Kommunalwahlen zu beenden, daß dazu im Gleichklang dieses Hohen Haus beschließen sollte, auch Regierungsvertreter als Regierungsbeauftragte anstelle der Vorsitzenden der Räte der Bezirke zu setzen, die dann von diesem Hohen Haus bestätigt werden können.

(Beifall besonders bei der Fraktion der CDU/DA und der Fraktion der Liberalen)

Die geordnete Vereinigung auf vertraglicher Grundlage und ohne Verzögerung betonen wir in dieser Formel, weil wir die Anschlußbestrebungen - was eine Fehldeutung von Artikel 23 ist - auch ablehnen. Wir sind aber auch gegen Verzögerungsmanöver der verschiedensten Art. Manche Antragsfreudigkeit scheint uns übertrieben in diesem Hohen Haus. Wir sind dafür, im Zusammenhang mit der Herbeiführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion auch über eine gemeinsame deutsche Staatsbürgerschaft zu entscheiden. Das würde Prozesse erleichtern und beschleunigen.

Geordnete Vereinigung schließt für uns rechtzeitige, umfassende, kontrollierende und bestimmende Einbeziehung des Parlaments in die Entscheidungsprozesse selbstverständlich und unabdingbar ein.

Der Herr Ministerpräsident hob die Rechtsstaatlichkeit hervor und verwies unter anderem auf Verwaltungsgerichtsbarkeit und Verfassungsgericht. Es ist uns Veranlassung zu sagen, daß die Republik dringend gesetzliche Rahmenbedingungen braucht, die verfassungsähnlichen Charakter haben, und dabei sind wir bei dem Thema, das uns gestern schon beschäftigt hat. Sie werden benötigt dafür, weitreichende politische Entscheidungen zu treffen. Wir können nicht permanent die jetzige Verfassung ändern und ergänzen, sondern wir brauchen sie als Instrument der Vereinigung, aber durchaus nicht zuletzt als Grundgesetz des täglichen Handelns.

Wie gehen wir das aber an? Vor mir sprachen die Grünen. Das regt mich an zu formulieren: Wenn man auf einen schweren Wanderweg geht, sollte man das nicht mit neuen, ungebrauchten Schuhen tun.

(Beifall bei den Liberalen und CDU/DA)

Und deswegen meinen wir, so ehrlich und gut der Vorschlag des Runden Tisches gemeint ist, wir haben nicht die Zeit, die neuen Schuhe einzulaufen.

(Beifall bei den Liberalen und CDU/DA.
Zwischenruf vom Bündnis 90/Grüne:
Aber auch nicht barfuß!)

Wir müssen uns gute gebrauchte suchen.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Grüne)

Und wer das tun soll, sollte ein Verfassungsausschuß dieses Hohen Hauses sein, und dieser Verfassungsausschuß sollte sich nicht zu viel Zeit nehmen.

Lassen wir es wieder mit einem Bild bewenden: Wenn man

von einem hohen Baugerüst fällt, ist es nicht eine Frage, den Anzug dafür zu ordnen, wie man unten ankommt, sondern die Frage, wie man den Fallschirm auslöst, damit man unten ankommt.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Grüne.
Beifall bei den Liberalen, CDU/DA und der DSU)

Und, meine Damen und Herren, die Zeit dafür wird nicht allein durch den Willen, sondern durch die Fallgesetze bestimmt!

(Heiterkeit. Beifall bei der CDU/DA, der DSU und den Liberalen)

Wir Liberale . . .

(Zwischenruf vom Bündnis 90/Grüne: Es geht doch aufwärts!)

Ich freue mich, wenn Sie eines Tages nach oben fallen.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir Liberalen werden Druck machen, um rechtsstaatliche Verhältnisse rasch herbeizuführen; wegen der Bürger, die wissen müssen, woran sie sind, auch was ihre staatsbürgerlichen Verpflichtungen angeht; wegen der Wirtschaft, denn ohne Rechtssicherheit kann es keinen Aufschwung geben; wegen der öffentlichen Ordnung und im Interesse des Schutzes jedes Bürgers.

Dazu gehört unseres Erachtens auch die Einführung eines Beamtenrechts. Nicht, um erneut eine Schicht von Privilegierten zu schaffen, und auch nicht, um heute politisch untragbare Staatsfunktionäre in die neue Zeit zu retten, sondern allein mit dem Ziel, eine überparteiliche, nur den Parlamenten und dem Bürgerwohl verpflichtete Verwaltung zu schaffen. Wir gehen davon aus, daß es uns gelingen wird, unsere Koalitionspartner für eine derartige Regelung zu gewinnen.

Wir erheben diese Forderung auch deshalb, weil die nach dem 6. Mai dringend benötigten, in dieser Wahl loyalen Verwaltungskräfte ihrer beruflichen und sozialen Perspektiven sicher sein müssen.

Auch ein Rahmengesetz für den Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung sollte Vorrang haben.

Die Deutsche Demokratische Republik braucht ferner und nicht zuletzt eine Asyl- und Ausländergesetzgebung.

Was zur Wirtschaftspolitik gesagt wurde, entspricht weitgehend unseren programmatischen Forderungen und Vorstellungen. Unser Hauptanliegen: Wirtschaft ankurbeln.

Lenken sie das Augenmerk auf drei Voraussetzungen:

1. Es müssen unverzüglich alle Hindernisse für freie unternehmerische Betätigung beseitigt werden.
2. Wir müssen das gedeihliche Zusammenwirken von Kapital und Arbeit ermöglichen. Das heißt, wir brauchen ein Betriebsverfassungsgesetz nach westeuropäischem Modell, also weg mit dem Gewerkschaftsgesetz.

(Beifall bei der CDU/DA, DSU und den Liberalen - vereinzelt bei der SPD)

Denn das ist nach dem alten sozialistischen Strickmuster angefertigt.

(Abg. Bernd Meier, PDS: Da werden sich die Millionen Gewerkschafter aber freuen!)

3. Wir brauchen rasch einen stimmungsmäßigen Umschwung in großen Teilen der Bevölkerung, vor allem zu erreichen durch Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen und auch durch staatlich finanzierte Umschulungsprogramme. Und wir brauchen ferner Garantie dafür, daß am Tage X Erspartes, Löhne und Renten in würdigem Verhältnis, also insbesondere 1 : 1 umgetauscht wer-

den. Der Wähler muß am 6. Mai wissen, woran er ist und woran er war.

Nur wenn so verfahren wird, können wir vermeiden, Kostgänger der Bundesdeutschen zu sein. Und das widerspräche unserer Würde.

Ferner, unabdingbar für uns, Wirtschafts- und Währungsunion zeitgleich mit dem Sozialverbund. Anderenfalls entsteht hier ein soziales Konfliktpotential, das Linken und Rechten gerade recht käme, um von ihnen politisch benutzt zu werden. Das kann kein Demokrat wollen.

(Beifall, vor allem bei der Fraktion der CDU/DA)

Wir unterstreichen, was in der Regierungserklärung zur Bedeutung und Entwicklung des Mittelstandes gesagt wurde. Liberale sind diesem Wirtschaftsbereich besonders verpflichtet. Wir werden daher darauf dringen, daß Handwerk und Gewerbe auch wirkungsvoll unterstützt werden, vor allem in der Anlauf- und Aufbauphase. Hier müssen Kreditregelungen und steuerpolitische Maßnahmen her.

Wenn laut Regierungserklärung der Ministerpräsident dazu neigt, das ist wörtlich formuliert, eine Neigung, auch die Inlandsschulden der privaten und genossenschaftlichen Betriebe zu streichen, dann vermerken wir das mit Genugtuung, denn die Differenzierung dieser Bewertung - darauf haben die Liberalen in den Koalitionsverhandlungen gedrungen.

Wir werden mit großem Nachdruck auch weiter darauf setzen, diese Neigung zu praktischer Politik werden zu lassen.

Wir erwarten weiter, daß die Fusionierung großer Betriebe mit westdeutschen Firmen, von der man jetzt beinahe jeden Tag in den Zeitungen lesen kann, sich nicht auf Kosten des Mittelstandes und des Handwerks vollzieht. Wir erwarten auch, daß Recht und Gesetz da greifen, wo ehemalige Leiter sich als designierte Eigentümer dieser Betriebe verstehen.

(Beifall)

Es entspricht ganz und gar liberalen Anliegen, wenn der Ministerpräsident drastische ausrüstungs- und sicherheitspolitische Schritte ankündigt. Unter drastisch, um dieses Wort auf die Personalstärke der Armee zu beziehen, verstehen wir in absehbarer Zeit weitaus weniger als hunderttausend Soldaten. Wir sind überzeugt, daß bei der Lösung der Probleme auf verteidigungspolitischem Gebiet ein Wehrbeauftragter, eingesetzt durch das Hohe Haus, sehr behilflich sein könnte. Meine Fraktion wird sehr bald auf diesen Punkt zurückkommen.

In der Außenpolitik unterstreichen wir vor allem drei Säulen:

1. Es gibt ein europäisches Deutschland als Ergebnis der Vereinigung.
2. Wir müssen die legitimen Interessen der Sowjetunion respektieren und unter keinen Umständen uns dem innenpolitischen Vorwurf aussetzen, daß wir nicht mehr die Freunde des Landes Gorbatschows wären.

(Vereinzelt Beifall)

3. Unabdingbar sind für uns auch Grenzfragen festgelegt, und das betrifft insbesondere die Oder-Neiße-Grenze, gleich, wer es anzweifelt, mit welchem Ton, woher. - Danke.

(Beifall)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Danke schön. Als nächster spricht der Vertreter der Fraktion der DSU, Prof. Dr. Hansjoachim Walther.

Abg. Prof. Dr. Walther, Vorsitzender der Fraktion der DSU:

Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Ich möchte namens der DSU-Fraktion Herrn de Maiziè-

re für die Regierungserklärung danken. Wir stimmen im wesentlichen mit dieser überein, wollen aber von dieser Stelle aus einige zusätzliche Gedanken unserer Fraktion vortragen.

Wir verstehen uns auch als eine der neuen demokratischen Gruppierungen, deren Mitglieder mit Entschiedenheit die Fesseln der Vergangenheit gesprengt haben, wie Sie, Herr Ministerpräsident, ausführten. Auch Mitglieder unserer Partei wurden beispielsweise in Dresden im Herbst 1989 niedergeknüppelt von den Bütteln, die die Lokalfürsten von der Kette gelassen hatten.

Unser Dank muß deshalb, Herr Ministerpräsident, an die ehemalige Regierung Modrow etwas anders ausfallen. Entgegen einer von der SED-PDS gepflegten Verklärung hat die Regierung Modrow weniger zur Stabilität als mehr zur Instabilität dieses Landes beigetragen,

(Vereinzelt Beifall)

und die Regierung Modrow war auch keineswegs überparteilich oder gar demokratisch. Sie nutzte die Zeit, um Beschlüsse zu fassen und Gesetze zu verabschieden, die ehemaligen Funktionären weitere Privilegien einräumen sollten.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA, DSU und SPD.
Zwischenruf: Es soll zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gesprochen werden!)

Ich habe 15 Minuten Zeit, Monsieur!

So erließ die Regierung Modrow am 18. 12. 1989 einen Ministerratsbeschuß über den Verkauf von staats- und parteieigenen Liegenschaften, der auf einer Geheimen Verschußsache Nr. 0008-21/86 des ehemaligen MfS, Unterschrift Mielke, basiert. Bezeichnenderweise gab die vorangehende Regierung die Anweisung, diesen Beschuß nach der Realisierung zu vernichten. Warum wohl?

Weiterhin wurde von der vorangegangenen Regierung am 20. 3. 1990 ein Beschuß gefaßt, die Tantiemen der Mitarbeiter des Staatsapparates drastisch zu erhöhen. Und Herr Modrow insbesondere - er ist leider nicht da - verdient auch deshalb unsererseits keinen Dank, weil er dem Stasi-Chef des Bezirkes Dresden maßgeblich Anweisungen in den Jahren seiner Tätigkeit als Vorsitzender der Bezirksleitung der SED gab.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA, DSU und SPD)

Und auch als Regierungschef der Übergangsregierung verdient er wohl nicht nur Dank, da wesentliche Probleme im Zusammenhang mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion nicht oder viel zu spät angepackt wurden. Als in den Augen von Teilen der Öffentlichkeit weniger belasteter Spitzenfunktionär wurde er von der SED eingesetzt, um den zusammengerafften Nachlaß entsprechend dieser Partei in die neue Zeit hinüber zu retten.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA, DSU und SPD)

Wieso war es möglich, daß, obwohl vielfach dementiert, Akten der Stasi verschwanden und nicht ausreichend gesichert wurden?

Aus den genannten Gründen ist die DSU allenfalls in der Lage, den letzten SED-Regierungschef dieses Landes als den besten unter allen SED-Regierungschefs zu bezeichnen, die diese Partei uns 40 Jahre lang beschert hat.

(Vereinzelt Beifall. Zwischenruf: Zur Sache, Herr Abgeordneter!)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Sie sprachen die Sicherung der Eigentumsrechte sowie der Eigentumsübertragung nach Treu und Glauben an. Wird aber diese Formel den realen Tatbeständen in diesem Land voll gerecht? Muß man nicht zeitlich und sachlich differenzieren? Es geht doch wohl nicht an, das Praktiken aus der unmittelbaren Zeit nach 1945 auf die letzte Enteignungswelle Anfang der siebziger Jahre übertragen werden konnten. Letztendlich war die gesamte Geschichte der DDR

begleitet von einer nie abreißenden Kette von massiven Brüchen des Eigentumsrechts.

Bereits mit dem unter unsäglichen Umständen zustande gebrachten Volksentscheid in Sachsen zur sogenannten Enteignung der Kriegsverbrecher verschaffte man sich eine Scheinlegitimation, um gegen den Privatbesitz als Ganzes schrittweise und systematisch vorgehen zu können.

(Zurufe von der PDS)

Den vom Klassenhaß verdüsterten Gehirnen der SED-Kommunisten

(Beifall, vor allem bei CDU/DA, DSU, und SPD)

erschien Privateigentum als verbrecherisch. Entsprechend wurden zuerst Schuldige wie Unschuldige und später nur noch letztere um ihr Vermögen gebracht.

(Zuruf von der PDS: Zur Sache, Herr Abgeordneter!)

Die soziale Nivellierungswut dieser Partei und ihres Staates traf große, mittlere und kleinere Unternehmer und Landwirte ebenso wie freipraktizierende Ärzte und selbst Sammler von Kunst- und Kulturgut.

(Zwischenruf: Konstruktivität bitte!)

Die Liste der betroffenen Personengruppen ließe sich beliebig fortsetzen. Wie wir alle wissen, schreckte die Nichtachtung des Eigentums zuletzt auch nicht mehr vor dem Eigentum des Volkes und des Staates zurück.

(Stellvertreter des Präsidenten, Dr. Höppner: Herr Abgeordneter! Sie haben die letzte Zeit verwendet, um zu einem Satz der Regierungserklärung, nämlich zu dem zu sprechen, daß Ihr Dank an Herrn Modrow nicht so intensiv ausfallen würde. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn sie die restliche Zeit auch noch anderen Themen widmen könnten.)

(Beifall, vor allem bei der PDS und SPD)

Herr Ministerpräsident! Wir unterstützen Ihr wirtschaftliches Konzept hinsichtlich der Gestaltung der sozialen Marktwirtschaft voll und ganz. Kartellamt und Gewerbeaufsichtsrat als Regulatoren der Marktwirtschaft sind unumgänglich und sofort zu bilden.

Meine Damen und Herren! Die kommunale Selbstverwaltung muß ebenfalls schnellstens hergestellt werden, so daß die Eigenwirtschaftlichkeit der Kommunen durch Steuereinnahmen aus den im Territorium liegenden Betrieben, vor allem im Bereich der Handwerker, der mittelständischen Industrie und des Dienstleistungsgewerbes sichergestellt werden kann.

Die Selbstverwaltung muß ebenfalls für das neue Genossenschaftsrecht zutreffen. Dieses Recht für die Landwirtschaft muß die Möglichkeit privater Kooperationsformen beinhalten und die Reprivatisierung eingebrachten Landes und Waldes in freier Selbstbestimmung ermöglichen.

Wir unterstützen von ganzem Herzen die Absicht, den Schwachen der Gesellschaft zu helfen, insbesondere den Behinderten, die auf materielle sowie andere notwendige Heil- und Hilfsmittel angewiesen sind. Unser Vorschlag geht dahin, ein entsprechendes Sofortprogramm zu erarbeiten. Als Schwache der Gesellschaft sehen wir z. B. auch diejenigen an, die unter katastrophalen Haftbedingungen und eventuell zu revidierenden Urteilen in Strafvollzugsanstalten einsitzen.

(Beifall)

Deshalb bitten wir, in das Regierungsprogramm nachträglich eine Strafvollzugsreform aufzunehmen.

Wir begrüßen die Umstrukturierung der Volksarmee in eine territoriale Schutzmacht und betrachten die Angehörigen der

Armee als Bürger in Uniform. Den im Verlaufe der Umgestaltung ausscheidenden Personen ist eine gesicherte Eingliederung in das zivile Berufsleben zu ermöglichen. Dabei bietet sich die Zusammenarbeit mit dem Bund der Berufssoldaten an, der in seinem Programm Umschulungsmaßnahmen anspricht.

Im Rahmen des Abrüstungsprogramms ist es unseres Erachtens jedoch im Gegensatz zur Regierungserklärung nicht erforderlich, die politische Arbeit im Warschauer Vertrag zu intensivieren, da sich mit dem Fall der Mauer im besonderen und dem Verschwinden des „Eisernen Vorhangs“ im allgemeinen die Konstellation der Blöcke grundlegend gewandelt hat. Es gilt, den Blick auf ein gemeinsames europäisches Haus zu richten.

Verehrte Abgeordnete! Frei von politischer Beeinflussung in Schule und Kindergarten die Erziehung unserer Kinder zu gewährleisten - dieser Aussage des Herrn Ministerpräsidenten können wir nur beipflichten. Alle stalinistischen Schulräte, Direktoren und Lehrer, die bis heute nicht begriffen haben, daß in diesem Lande eine Revolution stattgefunden hat, müssen aus ihren Ämtern entfernt werden.

(Beifall bei CDU/DA, DSU und SPD)

Sie können weder den Kindern noch den Eltern zugemutet werden. Ein bescheidener Anfang wäre z. B. die Wahl der Schuldirektoren durch das Lehrerkollegium.

(Zuruf: Und die Eltern)

Gerade im Bildungsbereich wirkten sich die Verbrechen der alten Machthaber am schlimmsten aus. Bespitzelung und Denunziation - gefordert und begünstigt - führten zu bewußt gewollten Diskrepanzen sowie Mißtrauen zwischen Eltern und Kindern. Der Lehrer soll Pädagoge und nicht Sach- oder Personenverwalter einer Partei sein. Auch im Universitäts- und Hochschulbereich sind umfangreiche Reformen erforderlich. Die jahrelang von der SED betriebene sogenannte Kaderpolitik führte dazu, daß vor allem Willfähige und nicht fachlich Ausgewiesene zu Ordinarien berufen wurden. Das neuerliche nicht ...

(Heiterkeit und Beifall. Zuruf: Wie Sie!)

Ich bin kein Ordinarius.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bin nur ein sogenannter außerordentlicher Professor.

(Heiterkeit)

Aber Sie kennen den Unterschied zwischen außerordentlichem und ordentlichem Professor: Der ordentliche Professor leistet nichts Außerordentliches und der außerordentliche nichts Ordentliches.

(Heiterkeit und Beifall)

Das neuerliche Nicht-mehr-Erscheinen von Parteizugehörigkeit in Personalbögen deutet darauf hin, daß auch bei Neuberufung vorrangig ehemalige oder noch gegenwärtige Parteimitglieder der SED/PDS in höchste Stellen lanciert werden sollen.

(Protest bei der PDS)

Wir fordern deshalb, im Jahre 1990 keine Neuberufung auszusprechen.

(Beifall bei CDU/DA und DSU)

Meine Damen und Herren. Meine Zeit ist zu Ende.

(Beifall und Heiterkeit bei PDS, Bündnis 90/Grüne und SPD)

Aber sie werden mich in Zukunft noch öfter hier vorn sehen,

(Heiterkeit)

und ich hoffe, ich bereite Ihnen weiterhin einiges Vergnügen, damit das Leben nicht so trist bleibt.

Die Fraktion der DSU wird die große Regierungskoalition mit allen Kräften unterstützen und wünscht der Regierung viel Erfolg bei ihrem schwierigen Tun

(Zuruf eines Abgeordneten vom Bündnis 90/Grüne:
Herzliches Beileid für die Regierung!)

und erbittet insbesondere für Sie, Herr Ministerpräsident, Gottes Segen.

(Beifall bei CDU/DA)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner :

Als nächster spricht der Vertreter der Fraktion der PDS, Dr. Gysi.

Abg. Dr. Gysi, Vorsitzender der Fraktion der PDS:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich hatte eigentlich gehofft, Sie machen eine kurze Pause.

(Beifall bei PDS und SPD)

Ich hätte sie irgendwie nötig gehabt. Und nachdem ich den Vertreter der DSU gehört habe, verstehe ich den ursprünglichen Beschluß der SPD, keinesfalls mit ihr zu koalieren, wirklich gut. Ich verstehe bloß nicht, wie man das ändern konnte.

(Beifall bei PDS)

Zunächst, Herr Ministerpräsident, möchte ich Ihnen erklären, daß die Kürze meiner folgenden Ausführungen nichts mit einer Geringschätzung Ihrer Regierungserklärung oder gar Ihrer Person zu tun hat, sondern einzig und allein darauf zurückzuführen ist, daß mir das Präsidium keine längere Redezeit eingeräumt hat. Ich glaube, an dieser Stelle könnten wir wirklich einmal vom Bundestag lernen, in dem es undenkbar wäre, daß dem Vorsitzenden der Fraktion der stärksten Oppositionspartei die Redezeit zu einer Regierungserklärung nach einer Neuwahl auf 15 Minuten beschränkt wird.

(Vereinzelt Beifall, besonders bei PDS. Zuruf eines Abgeordneten Bündnis 90/Grüne: Sehr richtig)

In diesen Rahmen paßt es auch, daß eine von uns für heute ordnungsgemäß nach der Geschäftsordnung beantragte Aktuelle Stunde vom Präsidium abgelehnt wurde.

Herr Ministerpräsident! Sie werden bereits während Ihrer Erklärung bemerkt haben, daß es häufig auch Beifall von den Bänken der PDS gab, weil bestimmte humanistische, demokratische, rechtsstaatliche Positionen und Auffassungen zu internationalen Verpflichtungen geäußert wurden, die sich mit unseren Positionen decken. Im Unterschied zu dem Geschehen in anderen Parlamenten werden wir uns bemühen, den Sachstreit nur dort zu suchen, wo er auch angebracht ist. Soweit es Übereinstimmungen gibt, werden wir keine Hemmungen haben, diese auch darzustellen.

Auf diese Art und Weise können wir in die Zukunft auch ein Stück mehr an politischer Kultur einbringen. Hier könnte dann der Bundestag von uns lernen.

(Heiterkeit und Beifall bei der PDS)

An der Wiege des ersten, in geheimen Wahlen frei gewählten Parlaments in der Geschichte der DDR stehen viele, vor allem die Teilnehmer der Volksbewegung vom Herbst 1989, die Sie ausdrücklich hervorgehoben haben, darunter nicht wenige, die heute Mitglied der PDS sind. Sind auch nicht alle Hoffnungen aufgegangen - die Wahl der neuen Volkskammer ist zweifellos das Verdienst dieser Volksbewegung.

Wir anerkennen, daß Sie die Teilnehmer des Zentralen Runden Tisches und der anderen Runden Tische gewürdigt haben.

Auch wir gehen davon aus, daß wir hier neue Erfahrungen im demokratischen und kulturvollen Miteinander sammeln konnten. Auch wir danken den Vertretern der Kirchen für ihren besonnenen und bedeutenden Beitrag in dieser Zeit.

Für die Mitglieder unserer Partei wurde in diesem Prozeß besonders deutlich, wie sich christliche und sozialistische Ideale zumindest stark ähneln.

(Bewegung bei CDU/DA und Beifall bei PDS)

Dann müssen Sie sich mal eingehender damit beschäftigen; dann werden Sie das auch feststellen. Aber vielleicht ist es sogar besser, Sie lassen es.

(Beifall bei PDS)

Herr Ministerpräsident! Wir stimmen mit Ihnen überein, daß die Regierung den Interessen aller Bürgerinnen und Bürger dieses Landes verpflichtet ist und eben nicht denen früherer Wahlkampf helfer. Die PDS weiß um die Verantwortung der SED für die Geschichte des Landes. Sie trägt diese nicht allein, aber unsere Partei stellt sich der Geschichte, der antifaschistischen Herkunft ebenso wie stalinistischen Fehlentwicklungen.

Die Geschichte des Landes war widerspruchsvoll. Sie ist mit Sicherheit auch, aber nicht ausschließlich eine Kette von Fehlleistungen, Lug und Betrug. Es wäre unverantwortlich, ganze Generationen ins Abseits zu stellen.

Unsere Partei ist dabei, ihre und die Geschichte des Landes in all ihren Seiten differenziert aufzuarbeiten. Das ist nicht einfach. Viele Mitglieder der PDS erlebten und erleben auch in ihrer Partei eine Befreiung. Aber fast 1,9 Millionen Wähler haben uns als neue demokratische Partei legitimiert, eine Tatsache, die auch durch die Abgeordneten der Volkskammer respektiert werden sollte.

Und dem Abgeordneten der DSU, der gestern betonte, sich von uns in Fragen Demokratie nicht belehren lassen zu wollen, sei gesagt, wir haben nicht die Absicht, andere zu belehren. Wir lassen uns aber auch nicht den Mund verbieten, zumal wir unserem demokratischen Wählerauftrag verpflichtet sind.

(Beifall bei PDS)

Wir stehen in einem Erneuerungsprozeß, der viel mehr ist als eine Wende. Und die Mehrzahl der ehemaligen SED-Mitglieder hat nicht PDS gewählt, während die Mehrzahl unserer Wähler nie Mitglied der SED war - zumindest laut Infas -, und wen die anderen Ehemaligen gewählt haben, das entzieht sich unserer Kenntnis.

(Gelächter bei CDU/DA)

Na, vielleicht wissen Sie es ja besser. Das ist schon denkbar.

Das Streben nach freier Selbstbestimmung des Volkes darf nicht durch Kolonialisierung, wie teilweise im Wahlkampf geschehen, erdrückt werden. Die Fraktion der PDS betrachtet es als große Verantwortung der Regierung, Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen des Volkes in die eigene Kraft zu stärken. Unsere Fraktion wird entschieden dafür wirken, Rechtsstaatlichkeit herzustellen und vielen Menschen Ängste vor Ausgrenzungen und undemokratischen Behandlungen zu nehmen. Wir sollten gemeinsam gegen Intoleranz, wo sie auch auftritt, angehen - auch, wenn sie hier im Hause auftritt.

Wir begrüßen Ihre Ausführungen, Herr Ministerpräsident, die Sie zu guter Nachbarschaft und zur Freundschaft mit den Völkern im Osten und im Westen und insbesondere mit denen der Sowjetunion gemacht haben. Wir begrüßen auch Ihre Feststellung, daß die Probleme der Dritten Welt in sozialer und ökologischer Hinsicht unvorstellbar viel größer sind als unsere eigenen Probleme, und daß wir verpflichtet sind, einen Beitrag zu einer gerechten Weltwirtschaftsordnung zu leisten.

Wir begrüßen Ihre offensichtliche Absicht, eine souveräne Regierung der DDR zu leiten. Diesbezüglich werden Sie immer un-

sere Unterstützung haben. Diese Unterstützung und ein hoher Grad an Souveränität werden nötig sein, wenn man bedenkt, wie sehr das Interesse des Bundeskanzlers an den Wählern in der DDR nach dem 18. März 1990 nachgelassen hat. Dies wird auch in den Diskussionen zum Umtauschkurs im Rahmen einer Währungsunion besonders deutlich. Keinesfalls darf eine Situation eintreten, in der Sie nach dem 6. Mai, d. h. nach den Kommunalwahlen, gezwungen wären, einzuräumen, daß ein Kurs von 1 : 1 in den Verhandlungen mit der Regierung der BRD nicht durchsetzbar war.

Lassen Sie mich nun aus der Sicht der Opposition und daher kritisch zu einigen Aspekten der Regierungserklärung Stellung nehmen. Dabei geht es um Dinge, die nicht gesagt wurden oder bei denen die Ausführungen als ungenau bezeichnet werden müssen oder wir Widersprüche zur schriftlichen Vereinbarung der Koalitionspartner erkannten.

Wir gehen davon aus, daß die Frage der deutschen Einigung in der Regierungserklärung nicht ausreichend in den europäischen Einigungsprozeß eingeordnet worden ist. Die Völker Europas haben aber ein Recht darauf, keine Angst vor einem geeinten Deutschland zu haben. Durch ein neues Deutschland darf es auch keine Verschiebung im Kräfteverhältnis zwischen Ost und West geben. Für uns ist deshalb die Vorstellung unannehmbar, daß ein künftiges, größeres Deutschland der NATO angehört. Es muß nach unserer Auffassung entmilitarisiert sein.

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Damit entfällt auch die Zugehörigkeit zu militärischen Blöcken. Sicherlich sollte gleichzeitig die Auflösung der militärischen Blöcke angestrebt werden. Aber wenn dies nicht gelingt, darf von einem neuen Deutschland trotzdem keine militärische Gefahr mehr ausgehen. Eine hyperökonomische Hegemonie in Europa kann nicht noch durch eine militärische ergänzt werden. Und dafür ist nun einmal das sicheres Mittel eine international kontrollierte und garantierte Entmilitarisierung. Zu einem solchen Ziel haben Sie sich in Ihrer Regierungserklärung nicht bekannt. Sie haben aber davon gesprochen, daß Deutschland eine Brücke zwischen Ost und West darstellen soll. Mit einer solchen Formulierung können wir uns identifizieren. Im Widerspruch dazu steht aber die Koalitionsvereinbarung, die für das neue Deutschland zumindest vorübergehend eine NATO-Mitgliedschaft vorsieht. Die Tatsache, daß Sie, Herr Ministerpräsident, sich zu dieser Frage nicht äußerten, kann deshalb nicht zwingend zu der Schlußfolgerung führen, daß Sie eine NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands ausschließen wollen. Dies wäre aber im Interesse der Sicherheit der europäischen Völker von grundlegender Bedeutung, und anders kann eine Brücke zwischen Ost und West durch Deutschland auch nicht gebildet werden.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Tatsache, daß Sie sich mit Ihrer Regierungserklärung zur Frage der Wehrpflicht nicht geäußert haben. Wir gehen nach wie vor davon aus, daß die Abschaffung der Wehrpflicht in der DDR noch im Jahre 1990 ein wichtiger Beitrag zur Entmilitarisierung wäre. Sie hätte auch Vorbildwirkung für adäquate gesetzgeberische Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland. Da Sie sich dazu nicht äußerten, haben wir die Hoffnung, daß ein entsprechender Gesetzesentwurf auch die Zustimmung der Koalitionsparteien finden wird. Ansonsten sollte sich die Regierung offen dazu bekennen, daß sie für die Beibehaltung der Wehrpflicht ist.

Keine Einigkeit werden wir in der Frage des Weges zur deutschen Einheit erzielen.

Namens der PDS-Fraktion erkläre ich, daß wir entschieden gegen einen Beitritt der DDR gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland eintreten. Ein solcher Schritt ist nach unserer Auffassung mit erheblichen politischen, juristischen und psychologischen Nachteilen verbunden. Zur Überwindung der Spaltung gehört, sich mit der Geschichte der Spaltung ausreichend zu beschäftigen. Diese Spaltung vollzog sich zu keinem Zeitpunkt als einseitiger Akt. Es ist unbestritten, daß auch die damalige Bundesregierung unter Kanzler Adenauer einen wesentlichen Anteil daran hatte, der selbst erklärte, lieber

das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb zu wollen.

(Zuruf aus der CDU/DA-Fraktion: In Freiheit aber!)

Schon aus diesem Grunde ist es politisch gerechtfertigt, daß beide deutsche Staaten aufeinander zugehen und einen neuen Staat bilden, statt daß sich der eine Staat dem anderen einfach anschließt und damit auch unterordnet.

Juristisch sind die Nachteile ebenfalls erheblich. Natürlich können im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der DDR Bedingungen für einen Beitritt ausgehandelt werden. Diese Bedingungen kann aber nur die Regierung der DDR mit der Bundesregierung der BRD vereinbaren. Mit dem vollzogenen Beitritt ist dann die DDR und damit auch der Vertragspartner der Regierung der BRD untergegangen. Niemand könnte ein deutsches Parlament daran hindern, diese Bedingungen wieder aufzuheben.

Deshalb ist es unrichtig, wenn von Ihnen das Beispiel des Saarlandes benannt wird. Hier gab es am 23. 10. 1954 als Teil der Pariser Verträge ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der Regierung der Französischen Republik über das Saar-Statut. Darüber hinaus gab es am 27. 10. 1956 den Abschluß der sogenannten Luxemburger Staatsverträge durch die Außenminister der BRD, des Saarlandes und Frankreichs. Also auch nach Eingliederung des Saarlandes in die BRD blieb ein Vertragspartner übrig, der die Befugnis hatte, die Einhaltung der völkerrechtlichen Verträge durchzusetzen. Dieser Vertragspartner war Frankreich.

Im Falle eines Beitritts der DDR zur Bundesrepublik Deutschland gäbe es einen solchen Vertragspartner nicht. Damit stehen sämtliche vorher ausgehandelte Bedingungen auf sehr schwachen juristischen Füßen. Wir streben deshalb eine deutsche Einigung an, bei der ein neuer deutscher Staat entsteht, der nicht nur besser ist als die bisherige DDR, sondern auch besser als die heutige BRD. Dieses neue Völkerrechtssubjekt müßte die Rechtsnachfolge der DDR und der BRD antreten. Alle Vereinbarungen sollten völkerrechtlichen Charakter tragen. Dabei ist für uns klar, daß insbesondere die Eigentums- und Nutzungsrechte von Bürgern der DDR und der BRD so bestehen bleiben müssen, wie sie nach dem jeweils geltenden Recht des einen oder des anderen Landes wirksam zustande gekommen sind.

In einem solchen Prozeß wäre auch klar, daß die deutsche Einigung damit abgeschlossen ist und gegen niemand in Zukunft mehr Gebietsansprüche durch Deutschland erhoben werden dürfen. Nicht zu unterschätzen in diesem Prozeß ist auch die psychologische Seite. Es macht einen Unterschied, ob unsere Bevölkerung beiträgt und damit von der Bevölkerung der Bundesrepublik aufgenommen wird, und zwar in einer irgendwie gearteten großzügigen Geste, und deshalb von Anfang an mit einem Minderwertigkeitsgefühl behaftet ist. Kritischen Äußerungen von ehemaligen DDR-Bürgern zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der größeren Bundesrepublik könnte immer mit dem Einwand begegnet werden, daß sie ja schließlich nicht hätten beitreten müssen, und wenn sie schon beigetreten sind, sich auch mit den gegebenen Verhältnissen abzufinden haben. Ein solcher psychologischer Nachteil muß unbedingt verhindert werden.

Angestrebt werden muß, daß die Bürger in beiden deutschen Staaten eine neue Identität finden. Wie aktuell dieses Problem ist, ergibt sich schon daraus, daß der Bundesregierung ein kompletter Entwurf eines Staatsvertrages zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vorliegt, bei dem sie offensichtlich den Standpunkt vertritt, daß unsere Regierung ihn im Prinzip zu akzeptieren hat. Dieser Vertrag nimmt aber unserer Regierung von vornherein so viele Souveränitätsrechte, daß das Regieren dann nur noch in einem äußerst engen Spielraum möglich ist.

Und wir haben doch auch Forderungen, und dabei denke ich nicht nur an Reparationsleistungen und Ausbildungskosten, sondern auch an die Tatsache, daß wir in erheblichem Umfang seit Januar 1990 Waren und Dienstleistungen subventionieren, die durch Bundesbürger und Westberliner in Anspruch genom-

men werden. Es wäre doch das Mindeste, daß die Bundesregierung das erstattet!

(Beifall vor allem bei PDS und Bündnis 90/Grüne. Gelächter bei CDU/DA)

Ja, wir denken eben nicht nur an die Interessen der Bundesregierung, wir denken ja auch noch ab und zu an die Interessen der Bürger der DDR.

(Beifall vor allem bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Wenn ich gestern hier immer wieder in der Diskussion gehört habe, daß allein entscheidend ist, in welchem Tempo die deutsche Einigung erzielt wird, dann muß ich darauf erwidern, daß entscheidend die Qualität eines solchen Prozesses ist. Denn jeder Fehler, der in diesem Einigungsprozeß begangen wird, kann sich für Jahre, wenn nicht für Jahrzehnte auf das Schicksal der Bürger in diesem Land und in der Bundesrepublik auswirken, gegebenenfalls auch auf das Schicksal anderer Völker Europas.

Herr Ministerpräsident! Bitte sorgen Sie dafür, daß die Bürgerinnen und Bürger der DDR eine Chance bekommen, in die deutsche Einigung mit aufrechter Haltung zu gehen, damit wir nicht auf Jahre den aufrechten Gang verlernen.

(Gelächter bei CDU/DA. Beifall vor allem bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Den haben manche in meiner Partei schwerer erkämpft als viele in Ihrer.

(Protestrufe; Beifall)

Das kann ich Ihnen belegen, und da brauche nicht einmal ich mich zu verstecken.

(Zuruf: Gestatten Sie eine Frage?)

Nein, ich habe ja bloß 15 Minuten, wissen Sie.

Im übrigen umfaßte Ihre Regierungserklärung ein Programm, das mindestens auf eine volle Legislaturperiode angelegt ist. Dies spricht immerhin für Realitätssinn.

(Vereinzelt Beifall)

Gestatten Sie mir, noch kurz zu einigen anderen Aspekten der Regierungserklärung einiges zu sagen. Sie sprachen von Rechtsstaatlichkeit, aber nicht von einer neuen Verfassung. Der Grund wurde dann in der gestrigen aktuellen Stunde deutlich. Ich glaube aber, ...

(Stellvertreter des Präsidenten

Dr. Höppner: 30 Sekunden haben Sie noch! Unruhe, Heiterkeit bei CDU/DA und DSU)

Sie unterbrechen mich schon, bevor die Zeit zu Ende ist. Also, ich werde dann einfach aufhören.

(Unruhe, Beifall bei CDU/DA und DSU)

Ich hätte Ihnen natürlich gerne etwas gesagt über Ihr Demokratieverständnis. Wie gesagt, 15 Minuten für den Vorsitzenden der Fraktion der stärksten Oppositionspartei im Parlament nach einer über zweistündigen Regierungserklärung halte ich für etwas wenig.

(Stellvertreter des Präsidenten

Dr. Höppner: Ich kann Ihnen gerne 30 Sekunden geben.)

Wenn Sie die Unterbrechungen vielleicht mit abziehen, kommen noch zwei Minuten heraus.

(Unruhe, Heiterkeit)

Es ist meines Erachtens aus rechtsstaatlicher Position völlig unhaltbar, einerseits zu erklären, daß man eine Verfassung nicht

anerkennt und gleichzeitig zu erklären, daß man eine neue nicht annehmen wird

(Beifall vor allem bei PDS und beim Bündnis 90/Grüne)

und damit sich ja immerhin damit abfindet, daß die Verfassung von 1968 weiter gilt. Ich finde es schon merkwürdig, wenn CDU, DA und DSU dafür sind, daß diese Verfassung in Kraft bleibt, während die PDS für eine neue eintritt.

(Vereinzelt Beifall, Unruhe)

Aber das zeigt eben die Veränderung der Prozesse in diesem Land.

Ich hätte Ihnen gerne noch etwas zu den Marktmechanismen gesagt. Ich hätte Ihnen gerne etwas dazu gesagt, daß wir auch dafür eintreten, daß sie im sozialen Sinne wirken und nicht wuchern; daß wir mehr davon brauchen, ist unstrittig, daß wir aber auch Sorgen haben, wenn wir sehen, wie die Mediengiganten zum Beispiel um ihre Marktanteile kämpfen, und dabei sind ihnen natürlich die sozialen Interessen von Journalisten, Setzern und Druckern der DDR völlig egal.

(Unruhe)

Deshalb brauchen wir auch entsprechende Rahmenbedingungen. Gleiches gilt für die Landwirtschaft und für die Wirtschaft überhaupt. Solche Rahmenbedingungen schaffen sich auch andere Länder, um ihren eigenen Binnenmarkt zu schützen.

(Vereinzelt Beifall)

Und hier sind schnelle Maßnahmen notwendig.

(Zuruf: 40 Jahre sind genug!)

Ich gestatte mir deshalb, zum Abschluß - unter Auslassung all dieser Fragen wie Fragen der Wissenschaft, Forschung, Lehre, Kultur und vielem anderen mehr - Ihnen zu sagen, daß die wichtigste Aufgabe der Opposition in der Kontrolle der Regierungstätigkeit besteht. Sie werden uns deshalb zugestehen müssen, daß wir die Regierungspolitik anhand Ihrer Regierungserklärung messen werden. Ich habe den Eindruck, daß wir in vielen Passagen mehr mit Ihnen übereinstimmen als die DSU.

(Beifall bei der PDS)

Deshalb haben wir nach einigen Äußerungen aus den Reihen Ihrer Koalition auch Sorge, daß Sie einsam werden könnten. Verstehen Sie deshalb unsere Erklärung auch als Ausdruck des Respekts Ihnen gegenüber.

(Heiterkeit, vereinzelt Beifall)

Die PDS-Fraktion wird alles unterstützen, was dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger der DDR, dem Frieden, der Sicherheit, der allgemeinen Abrüstung und vor allem auch der Lösung globaler Menschheitsprobleme dienen wird. Und das werden wir auch unabhängig davon tun, ob es der DSU gefällt oder nicht.

(Beifall vor allem bei der PDS)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höpner :

Als nächster hat das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Thierse.

Abg. Thierse, Sprecher der Fraktion der SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD ist in die Koalition eingetreten, sie trägt das Regierungsprogramm mit, sie stellt sieben Minister in dieser Regierung. Diese Entscheidung, mit der wir es uns für wahr nicht leichtgemacht haben, ist sowohl innerhalb als auch außerhalb der SPD angefochten worden. Es gibt in diesem Zusammenhang haltlose Verdächtigungen, an denen sich leider auch Politiker dieses Hauses beteiligt haben, die wir lieber zu den seriösen gezählt hätten.

Deshalb sage ich ausdrücklich: Die Entscheidung für die Koalition ist in unserer Partei umstritten. Wir schämen uns dessen nicht. Im Gegenteil. Gäbe es bei uns keinen Streit, keine Diskussion über eine so wichtige Frage, wäre unsere Partei ihres Namens nicht würdig, ebenso wenig der Tradition, in die sie sich stellt, der Tradition der Freiheit und der Toleranz, der moralisch-politischen Ernsthaftigkeit und der Solidarität.

Wir werden deshalb - wiewohl wir zu verlässige, seriöse Koalitionspartner sein wollen - den Streit nicht unterbinden, Diskussionen in unseren Reihen nicht niederwalzen. Dies wird, hoffe ich, auch künftig unser Profil, das Profil der SPD ausmachen, daß wir eine diskutierende Partei sind, daß wir abweichende Meinungen zulassen, daß wir - eigentlich etwas höchst Selbstverständliches - auch nach innen eine demokratische Partei sein wollen.

(Beifall besonders bei der Fraktion der SPD)

Das Institut der Parteidisziplin haben wir nicht, wer uns also Herumeierei, Zögern, Schwanken vorwirft, verrät seine abgründige Bindung an die Vorstellungswelt von Einheitspartei und Meinungsdiktatur.

(Beifall besonders bei der Fraktion der SPD)

Auch in einer großen Koalition wird die SPD also kenntlich bleiben, dafür wird die Fraktion, für die ich hier spreche, schon sorgen! Kenntlich bleiben als eine linke Volkspartei in der frischen Tradition des Herbstes 1989. Denn, liebe Freunde vom Bündnis 90, gegen einen latenten Monopolanspruch auf diesen Herbst sei es gesagt: Auch wir, die SPD, auch wir waren dabei - vielleicht weniger prominent, weniger sichtbar, weniger laut, aber doch mit gleichem heißen Herzen, gleicher politischer Leidenschaft und dem gleichen elementaren Erlebnis von Befreiung.

(Zuruf von der Fraktion Bündnis 90/Grüne: Das wurde nie bestritten)

Wir möchten, wenn Ihr es erlaubt, diesem Herbst verpflichtet bleiben.

Das schließt natürlicherweise Meinungsverschiedenheiten zwischen uns nicht aus, sondern durchaus ein.

Die SPD hat sich gegründet und zur Wahl gestellt nicht um ihrer selbst willen, sondern um einiger, uns allerdings elementar wichtiger Ziele willen. Wir wollten den Weg zur deutschen Einheit auf eine vernünftige und verantwortliche Weise gehen. Wir wollten die Befreiung von der realsozialistischen Parteidiktatur gestalten und festmachen in einem demokratischen und rechtsstaatlichen Gemeinwesen. Und wir wollten in den konfliktreichen, aber notwendigen Umbruchprozessen von einer zentralistischen Kommandowirtschaft zu einer sozialen Marktwirtschaft die Werte der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität nicht untergehen lassen, sondern verteidigen.

Vor dem Hintergrund dieser Ziele müssen wir Sozialdemokraten angesichts der Koalitionsvereinbarung und der Regierungserklärung nicht rot werden vor Scham. Wir brechen gewiß auch nicht in lauten Jubel aus - dazu sind die Aufgaben und Probleme zu groß. Aber es ist allen, die hinsehen wollen, sichtbar: Koalitionsvereinbarung und Regierungserklärung tragen auch und nicht in geringem Maße sozialdemokratische Handschrift. Sie sind gewiß zugleich auch ein Kompromiß, aber kein unanständiger oder jedenfalls nur für die, die Kompromisse immer für faul halten. Ich aber denke, daß die Fähigkeit zum Kompromiß eine demokratische Urtugend ist.

(Beifall)

Die SPD hat sich in der Koalitionsvereinbarung weiterhin zum Artikel 23 des Grundgesetzes als dem realistischsten Weg zur deutschen Einheit bekannt.

(Beifall besonders bei der CDU/DA)

Wir begrüßen die entsprechende Aussage in der Regierungserklärung. Das mag manchem befremdlich erscheinen.

(Zuruf von der PDS-Fraktion: Ja!)

Um neuerlichen Legendenbildungen entgegenzuwirken, erläutere ich die Gründe:

1. Nur wenn die Volkskammer sich den Artikel 23 vorbehält, kann sie verhindern, daß Teile der DDR ausscheren und für sich den Artikel 23 beanspruchen. Wir haben, wenn wir die Option für Artikel 23 haben, anderen diese Option versperrt. Auch deshalb treten wir - im übrigen - dafür ein, daß die Verfassung der DDR formell weiter gilt. Gälte sie nicht mehr, könnte jeder Kreis, jede Stadt, jedes Land einfach seinen Beitritt zur BRD erklären.

(Abg. Prof. Dr. Heuer, PDS: Nein, das ist strafbar!
Ist Hochverrat!)

Wenn die Verfassung gilt ...

(Abg. Prof. Dr. Heuer, PDS: Das Strafgesetzbuch
gilt auch! Danach geht das auch nicht!)

Wir aber wollen einen geordneten Weg zur Einheit Deutschlands.

2. Der Artikel 23 kann durchaus verschieden angewendet werden. Entweder als Kapitulation: Da habt ihr uns, macht mit uns, was ihr wollt, oder in einem viel mühsameren Verfahren: vor dem Beitritt werden die Beitrittsbedingungen ausgehandelt.

Deshalb sind für uns die Konditionen, die der angekündigte Staatsvertrag für die DDR enthält, von existentiellem Interesse, um die Belange der DDR-Bevölkerung zu bewahren.

3. Wenn wir für den Weg zur deutschen Einigung den Artikel 23 als Eintrittstür benutzen wollen, dann nicht mit der Illusion, daß mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik das Ende aller verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Geschichte erreicht sei. Wir denken, daß Artikel 23 und Artikel 146 einander nicht ausschließen, daß auch das Grundgesetz revidierbar ist und daß die sozialen Sicherungsrechte, das Recht auf Arbeit, auf Wohnung, auf Bildung usw., Bestandteile einer gesamtdeutschen Verfassung werden sollten. Dafür werden wir kämpfen.

(Beifall bei der SPD, vereinzelt bei CDU/DA)

Die DDR hat ihre Vergangenheit, wir alle haben unsere Vergangenheit. Ihr aktuelles Stichwort, nicht das einzige, wahrhaftig, aber das bedrängendste Stichwort heißt „Staatssicherheit“. Wir können und dürfen diese Vergangenheit, die nicht vergehen will, weder verdrängen wollen, noch unkontrollierbare Macht über uns gewinnen lassen. Beides wäre ein später Sieg der SED oder wie immer sie heißen mag.

(Beifall bei der SPD, CDU/DA, DSU
und bei den Liberalen)

Hier hilft nur der gemeinsame Versuch aller demokratischen Kräfte, rechtsstaatliche Verfahren zu finden und anzuwenden, um ein Terrorsystem endgültig zu zerschlagen, die Strukturen der Verquickung von Unrechtsapparat und allmächtiger Partei aufzudecken, persönliche Verstrickungen und Verschulden fair und gerecht zu behandeln. Vergebung und Versöhnung setzen Schulderkenntnis und Schuldanerkenntnis voraus.

(Beifall)

Hier darf nichts vorschnell vergessen, unterbunden, verdeckt und vernichtet werden! Wir sehen deshalb mit einigem Entsetzen, wie sich die PDS als Partei der fröhlichen Unschuld und der entschlossenen Gedächtnislosigkeit gebärdet.

(Gelächter bei der SPD, der CDU/DAS und den Liberalen)

Und wir hören mit wachsender Besorgnis Äußerungen des neu-

en Innenministers über das Ende der Bürgerkomitees, über die notwendige Vernichtung von Akten.

(Sehr richtig! beim Bündnis 90/Grüne. Beifall bei der SPD)

Die Fraktion der SPD wird mit Argusaugen beobachten, welche Taten diesen Worten folgen werden.

(Beifall bei der SPD, vereinzelt beim Bündnis 90/Grüne)

Die SPD tritt nachdrücklich für den zeitlichen und inhaltlichen Zusammenhang von Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ein. Sie begrüßt deshalb die entsprechende Aussage der Regierungserklärung und die darin angekündigten sozialen Sicherungsmaßnahmen. Sie gehören für uns Sozialdemokraten zu den wichtigsten Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen. Diese enthalten gewiß keine hehren Visionen, aber sie sind Elemente einer Politik, die sich auf den Alltag einläßt und das Machbare aufzufinden versucht, um es dann auch wirklich zu machen.

Der Traum von einer sozial gerechten Welt wird gewiß den Bankrott des realen Sozialismus überleben, weil die Gründe für diesen Traum immer noch bestehen.

(Beifall bei der SPD)

Aber jetzt, in dieser geschichtlichen Stunde, geht es nicht darum, die Menschen erneut zum Material einer Utopie zu machen, sondern darum, den wuchernden, sich beschleunigenden Umbruchprozessen ein größtmögliches Maß vernünftiger Kontrolle aufzuprägen.

Eine vergleichsweise unpathetische Aufgabe, aber wenn ihre Lösung mißlingt, sind die Folgen von erheblicher Tragik. Hier, genau hier liegt der Kernpunkt des Konsens, der in den Koalitionsgesprächen erreicht worden ist, eine gemeinsame Verantwortung, der wir uns nicht meinten entziehen zu können. Es ist doch eine Absurdität angesichts des hohen, für uns auch überraschenden Maßes von sachpolitischer Übereinstimmung, von der SPD verlangen zu wollen, sie solle in die Koalition nicht eintreten wegen zweier DSU-Minister. So wichtig - im Positiven wie im Negativen - ist die DSU wahrhaftig nicht.

(Beifall bei der SPD-Fraktion)

Wichtig ist eine Regierung, die mit Selbstbewußtsein und Zähigkeit die Interessen der Menschen in diesem Lande vertritt. Deshalb ist die SPD in die Regierung gegangen.

(Beifall bei der SPD-Fraktion)

Wichtig ist, daß diese Politik hier in Berlin gemacht und nicht von Bonn oder München einfach diktiert, sondern in Kooperation gestaltet wird. Deshalb beteiligt sich die SPD an dieser Koalition.

(Sehr richtig! Beifall)

Wir tragen diese Regierung mit. Wir begrüßen die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten nachdrücklich. Wir wünschen der Regierung Glück - um ihretwillen und um unser aller willen. Danke.

(Beifall, vor allem bei der SPD und CDU/DA)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Danke schön. Als nächster spricht für die Fraktion CDU/DA Dr. Krause.

Abg. Dr. Günther Krause, Vorsitzender der Fraktion CDU/DA:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Abgeordnete! Unser Land ist auf dem Weg zu einer Gesellschaftsordnung, deren Grundwerte mit den Begriffen Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden zusammengefaßt werden können. Wir alle sind gefordert, im Rahmen der neu gewonnenen Möglichkeiten unsere politische Verantwortung für unser Volk wahrzunehmen.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten ist eine klare Antwort, wie diese Regierung für den einzelnen Menschen und eine auf Recht und Gerechtigkeit beruhende Gemeinschaft einzutreten gedenkt.

Die Fraktion der CDU und des Demokratischen Aufbruch - hier sei bemerkt, wir sind eine Fraktionsgemeinschaft - steht zu dieser Regierung und begrüßt die in die Zukunft gerichteten Aussagen des Regierungsprogramms. Wie stehen bei unseren Wählern im Wort. Sie haben uns gewählt und uns zur stärksten Fraktion dieses Hohen Hauses gemacht, weil sie uns vertrauen, daß wir nicht nur den Prozeß der demokratischen Erneuerung zügig voranführen, sondern ebenso zügig den Weg zur deutschen Einheit gehen und unserem Volk die Perspektive aufzeigen können.

(Beifall bei der CDU/DA)

Liebe Abgeordnete! Die SED hat diesem Land übel mitgespielt. Eine materielle und ideelle Schadensbilanz werden wir erst in einiger Zeit vorliegen haben, aber, das kann man heute schon sagen:

1. Das SED-Regime hat das Land im Ganzen ramponiert und in vielen Teilen ruiniert.
2. Das SED-Regime hat sich selbst alle denkbaren Vorrechte zugeteilt und zugleich dem Volk seine natürlichen Rechte verweigert.

(Zuruf: Gab es da nicht auch noch Block-Parteien?)

Fühlen Sie sich angesprochen? Ich habe von der alten Partei eben gesprochen, aber wahrscheinlich haben Sie doch noch eine Beziehung zu der alten Partei.

(Beifall von der CDU/DA)

3. Das SED-Regime hat blindes, bedingungsloses Vertrauen für sich selbst rigoros eingefordert und gleichzeitig Mißtrauen gegen jedermann wie eine ansteckende Krankheit verbreitet.
4. Das SED-Regime hat einen Schießbefehl gegen alle Bürger erlassen, die nur vor Deutschland nach Deutschland gehen wollten. Es hat damit Mord befohlen und so das Gewissen vieler junger, unerfahrener Grenzsoldaten unerträglich belastet.

(Vereinzelt Beifall. Unverständlicher Zuruf)

Melden Sie sich doch zu Wort, wenn Sie gefragt sind. Ich habe jetzt 15 Minuten.

5. Das SED-Regime hat unzählige Menschen um ihr Lebensglück betrogen und sie gleichzeitig über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft wider besseres Wissen getäuscht.
6. Das SED-Regime hat in abstoßender Weise Kinder und Jugendliche auf Feindbilder festgelegt und vielen älteren Menschen in unserem Land einen würdigen Lebensabend verweigert.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA und DSU)

Ich bitte, daß nicht zuviel Beifall ist, weil sonst die Redezeit nicht einhaltbar ist.

(Heiterkeit)

Dieses Regime hat diesen Widersprüchen zum Trotz keine Gelegenheit vorbeiziehen lassen, sich selbst zu feiern. Es hat einen Personenkult betrieben, der blamabel, spießbürgerlich und oft genug peinlich war.

Die alternative Entwicklung wurde mit dem Satz „Wir sind das Volk“ eingeleitet, und wir, die CDU, stehen für den Ruf „Wir sind ein Volk“. Von diesen Forderungen lassen wir uns leiten. Die zügige Herstellung der deutschen Einheit bei fortdauernder Erneuerung unserer Gesellschaft, das ist unsere vordringlichste Aufgabe.

Die These von der sogenannten sozialistischen Nation, die auf dem Boden der DDR entstanden sei, hat sich auch durch beschwörende Wiederholung nicht durchsetzen lassen. Sie blieb, was sie war, eine Lüge.

(Zwischenruf: Die CDU hat das mitgetragen!)

Da bin ich doch viel zu jung dazu, um das mitgetragen zu haben.

(Zwischenruf: Die Gnade der späten Geburt!?)

Sie blieb, was sie war, eine Lüge. Ich wiederhole, vielleicht nehmen Sie es zur Kenntnis.

Es gab und gibt nur eine deutsche Nation, die Verbundenheit aller Deutschen durch Sprache, Kultur und Geschichte - daraus resultiert unsere Politik, die deutsche Einheit so schnell wie möglich herbeizuführen.

Nicht ein einziges Relikt der verfehlten SED-Politik darf länger das öffentliche Leben prägen. Wir brauchen nicht länger das Emblem der DDR, keinen 7. Oktober als 41. Staatsfeiertag, kein Sonderkennzeichen „DDR“ an unseren Fahrzeugen.

(Beifall von CDU/DA und DSU)

Wir wollen, daß „Einigkeit und Recht und Freiheit“ endlich auch zu unserer Nationalhymne werden kann.

(Beifall von CDU/DA und DSU)

Immer, wenn in der deutschen Geschichte eine starke Zentralmacht durchgesetzt wurde, war es verhängnisvoll. Aus diesem Grund fordern wir die Wiederherstellung von Ländern auf dem Gebiet der jetzigen DDR, damit sich ein föderalistisches System möglichst rasch entwickeln kann. Damit wird eine Voraussetzung für die deutsche Einheit und für die Beseitigung zentralistischer Machtstrukturen geschaffen. Zur Entfaltung kultureller Vielfalt und zur Erhaltung regionaler Besonderheiten ist den Ländern die Kulturhoheit möglichst vollständig zu übertragen.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das im übrigen durchaus Ergänzungen und Aktualisierungen zuläßt, hat sich in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung seit 40 Jahren bewährt. Es hat ja heute schon mal einer ausgedrückt, daß natürlich auf Schusters Rappen auch Erfahrungen gelten sollten. Deshalb treten wir für einen Vollzug der deutschen Einheit nach Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Versagen der sozialistischen Planwirtschaft ist in allen Ländern des sogenannten sozialistischen Wirtschaftssystems offensichtlich. Deshalb meinen wir: Nie wieder sozialistische Experimente.

Selbst die damaligen Verteidiger dieses Systems konnten sich in den letzten Monaten nur noch als Konkursverwalter betätigen. Deshalb treten wir für eine konsequente Verwirklichung einer sozial und ökologisch ausgewogenen Marktwirtschaft ein.

Keiner soll sich einreden lassen, daß unsere gegenwärtigen wirtschaftlichen, sozialen und menschlichen Probleme diejenigen seien, die schon Folgen des neuen Wirtschaftssystems sind. Im Gegenteil, sie sind das direkte Ergebnis sozialistischer Mißwirtschaft,

(Lebhafter Beifall, vor allem bei CDU/DA, DSU den Liberalen und SPD)

Ausdruck eines maroden Systems, das geprägt war durch Parteibuchpolitik, durch Korruption und Inkompetenz und das von einer großenwahnsinnig gewordenen Clique realitätsfremd geführt wurde. Abhilfe kann nur die unverzügliche Verwirklichung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der Bundesrepublik Deutschland schaffen, Abhilfe, um eine soziale Verelendung zu vermeiden. Das müssen wir hier festhalten.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA und DSU)

Früher hat man gern von der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik gesprochen. Jetzt erleben wir diese Einheit: schlechte Wirtschaft, wenig soziale Errungenschaften - das ist die Wirklichkeit in unserem Land und keine andere.

In den letzten Wochen wurde durch eine Diskussion um den sogenannten Umtauschsatz im Rahmen der Währungsunion viel Angst und Unsicherheit verbreitet. Natürlich treten die Christdemokraten für einen Umtausch der Löhne und Gehälter im Verhältnis von 1 : 1 ein. Es geht uns um eine spürbare Erhöhung der Renten. Herr Gysi, und hier möchte ich deutlich auf Ihren Beitrag antworten: Das, was 40 Jahre lang unseren Rentnern in Mark der DDR verwehrt wurde, hoffen wir, mit der Wirtschafts- und Währungsunion in der Bundesrepublik zu erkämpfen.

(Beifall bei CDU/DA, DSU und SPD)

Es ist unser Ziel, in einem vereinten Deutschland stufenweise - allerdings auch gemessen an der Entwicklung der Produktivität der eigenen Wirtschaft - das Rentensystem und auch die Löhne und Gehälter an das Niveau der Bundesrepublik Deutschland anzugleichen. Im wirtschaftlichen Bereich geht es uns darum, unbedingt ein Betriebsverfassungsgesetz vorzulegen, welches sichert, der Willkür frühkapitalistischer Art, wie sie gegenüber Arbeitern und Angestellten jetzt in so manchen Betrieben durch offensichtlich unbelehrbare Stalinisten praktiziert wird, ein Ende zu bereiten.

(Beifall bei CDU/DA, DSU und SPD)

Soziale Marktwirtschaft heißt, daß die Werktätigen in diesem Lande eine Mitbestimmung erhalten, wie es sie bisher nicht gab. Es entspricht unseren Aussagen im Wahlkampf, besonders auch unseren Bauern gegenüber, daß in der Regierungserklärung eindeutig festgeschrieben ist, daß die Ergebnisse der Bodenreform nicht in Frage gestellt werden können. Auch darum werden wir in den Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland natürlich kämpfen und auch dafür eintreten.

Wir Christdemokraten stehen zu der Forderung, alle Eigentumsformen in der Land- und Forstwirtschaft gleichzustellen, um in Verbindung mit Übergangsbestimmungen die Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen der EG wiederherzustellen.

Wettbewerb brauchen wir auch im Bereich der Presse- und Medienpolitik. Hier hat unser Land besonders stark gelitten. Zwar sind die Herren Herrmann und Schnitzler weg, aber noch zu oft müssen wir den Eindruck haben, daß ihre gelehrigen Schüler noch am Werk sind.

(Beifall bei CDU/DA, DSU und SPD)

Wir aber wollen, daß von jetzt ab auch in unserem Land Unabhängigkeit bedeutet, wirklich unparteiisch zu sein. Bei all unserer Sorge angesichts des Marktgerangels westlicher Pressemonopole hier im Lande vergessen wir nicht eine weitere Altlast: Die alten SED-, aber auch die neuen PDS-Bezirkszeitungen haben sich in 40 Jahren ein flächendeckendes Monopol aufgebaut, unter anderem, um im kommunalen Bereich wirksam zu werden.

(Zuruf von der PDS: Wir haben keine Bezirkszeitung.)

Freilich.

(Heiterkeit)

Aus den Zeiten des Übergangs wird Ihnen noch der Begriff SED/PDS bekannt sein, auf den habe ich eben Bezug genommen, da gab es noch solche Zeitungen.

(Zwischenruf von der PDS)

Wir können ja mal eine aktuelle Stunde zu den Medien realisieren. Das können wir machen.

(Zwischenruf: Sehr gern, morgen schon.)

Deshalb fordern Christdemokraten eine freie, wirklich überparteiliche Regional- und Heimatpresse. Deshalb sind wir für einen freien Zugang der Kirchen zu den Medien. Wir sind für die parlamentarische Kontrolle der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten. Die umfassende wirksame gesellschaftliche Kontrolle der privaten Anbieter geht aber letztlich vom Markt aus. Es ist der einzelne Leser, der Hörer oder Zuschauer, der durch sein Verhalten bestimmt, was meinungsbildend wirken kann und soll.

Verehrte Abgeordnete! Einen besonderen Stellenwert hat in christdemokratischer Politik die Bewahrung der Schöpfung; denn die Schöpfung ist etwas Einzigartiges. Sie ist uns gegeben, nicht um sie auszubeuten. Ich kenne aus meiner Schulzeit, Herr Gysi, übrigens den Vergleich zwischen Christ sein und Sozialist werden, entsprechende Vergleiche über die Ausbeutung der Natur, auch nicht, um sie egoistisch auszunutzen, sondern um sie zu bewahren - für uns und die, die nach uns kommen.

Umweltschutz ist deshalb für uns keine Aufgabe neben oder gar unter anderem, sondern ein unbedingtes Staatsziel. Auch das ist für die Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland für uns wichtig.

(Beifall bei CDU/DA)

Für uns sind durchgängige Umwelterziehung, Förderung umweltbewußten Verhaltens und gesetzliche Begrenzung von Schadenseinfluß wesentliche Voraussetzungen für die notwendige Verringerung oder Vermeidung von Umweltbelastung.

Auf spezielle Erfordernisse gilt es kurzfristig und entschlossen zu reagieren. Das bedeutet für uns Sanierung oder Stilllegung solcher Industrieanlagen, von denen akute Gefährdung für Leben und Gesundheit von Menschen ausgehen. Es geht um die Einheit von Ökonomie und Ökologie.

Das ist für uns nicht nur eine politische Forderung, sondern ein durchzusetzendes moralisches und rechtliches Axiom. Deshalb unterstützen wir alle Vorschläge und Maßnahmen, etwa zur Lösung des Gülleproblems der Landwirtschaft, zur Sicherung und Erweiterung von Natur- und Landschaftschutzgebieten und natürlichen Biotopen.

Bei der Bewirtschaftung der Wälder ist der ökologischen Zielstellung der entscheidende Vorrang einzuräumen. Wir wollen, daß Umweltprobleme weder exportiert noch importiert werden können.

Wir orientieren auf weitgehende Erfassung und Verwertung von Altröhstoffen. Hier haben wir übrigens keine schlechte Ausgangsposition. Auch in Deutschland kann vielleicht SERO durchaus ein Markenzeichen später werden.

Wir sind für eine befristete Nutzung der Kernenergie bei Einhaltung der entsprechenden Sicherheitsanforderungen mit dem langfristigen Ziel des Ausstiegs zugunsten alternativer und natürlicher erneuerbarer Energieträger.

Verehrte Abgeordnete! Mich drängt es, ein Wort zu sagen an die Adresse unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger sorbischer Nationalität. Dieses Wort bitte ich noch zu richten.

Sie haben sich in einer bemerkenswerten Eigenständigkeit über viele Jahre ihre Selbständigkeit bewahren können. Nicht nur zu Ostern wird deutlich, daß die kirchliche und kulturelle Entwicklung im Land der Sorben von einmaliger und - ich füge hinzu - auch von bleibender Bedeutung ist.

Deshalb muß Schluß sein, daß sorbische Dörfer weggebaggert, devastiert werden, daß historische gewachsene Gemeinschaften zerrissen, in Jahrhunderten Verwurzeltes rücksichtslos gerodet und einer verfehlten Energiepolitik zum Opfer fallen wird.

(Beifall aller Fraktionen)

Wir denken bei der Gestaltung der deutschen Einheit auch an die

Probleme der sorbischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Danke schön.

(Beifall vorwiegend bei CDU/DA)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner :

Meine Damen und Herren! Im Interesse einer weiteren konzentrierten Aussprache bei den Kurzbeiträgen empfehle ich Ihnen jetzt eine Viertelstunde Kaffeepause. Die Sitzung fängt um 11.10 Uhr hier wieder an. Danke schön.

(Pause)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner :

Verehrte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Ich bin für Pünktlichkeit. Die Zeit ist nicht nur für die Regierungskoalition ein wichtiger und bedrängender Faktor. Das gilt auch für die Arbeit dieses Hauses. Ich bitte Sie darum, Platz zu nehmen, damit wir mit der Sitzung fortfahren können.

Wir kommen jetzt zum zweiten Teil der Aussprache zur Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten. Vorgesehen sind Redebeiträge von 5 Minuten. Die Zahl der Redner ist bestimmt worden nach dem Schlüssel gemäß der Fraktionsstärke, wobei wir im Präsidium einvernehmlich festgelegt haben, daß das Bündnis 90/Grüne und die PDS als Oppositionsparteien jeweils die Möglichkeit haben, einen Redner mehr zu stellen, als das der Fraktionsstärke entsprechen würde. Sie merken an dieser meiner Mitteilung, daß das Präsidium durchaus bemüht war - übrigens einvernehmlich -, den Ansprüchen der Opposition einigermaßen gerecht zu werden. Insofern ist nach der Beratung des Präsidiums der Vorwurf, der in den bisherigen Reden geäußert worden ist, nicht berechtigt.

(Vereinzelt Beifall)

Redezeit von 5 Minuten sind natürlich für die Redner sehr schnell vorbei, und darum habe ich hier einen kleinen Freund mitgebracht, der mir von einem Freund geschenkt worden ist. Es ist eine Glocke aus Afrika. Sie klingt ein bißchen freundlicher als diese hier neben mir.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich werde, wenn die 5 Minuten vorbei sind, zunächst dieses Holzglöckchen erklingen lassen, und wenn ich dann den Redner um den Abbruch seiner Rede wirklich bitte, werde ich zu etwas drastischeren Methoden greifen.

(Dr. Höppner läutet die Volkshammerglocke unter Heiterkeit und Beifall der Abgeordneten.)

Im übrigen: Es ist ein Geschenk aus Afrika. Und damit vom Präsidium ein besonderer Gruß an den Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

(Heiterkeit und Beifall)

Das Wort zum ersten Kurzbeitrag hat der Abgeordnete der CDU Hans-Ulrich Lubk.

Abg. Lubk (CDU/DA):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Kind eines Dorfes und als Landwirt - gelernt von der Pike auf - kenne ich die Entwicklung der Landwirtschaft in unserem Land. Aber ich weiß auch um die derzeitigen Sorgen, Nöte und Probleme der Bauern - ob nun im genossenschaftlichen Bereich oder in der individuellen Produktion.

Wir haben in der gesamten Landwirtschaft von der Primärproduktion bis hin zur Vermarktung und Verarbeitung derzeit einen unerträglichen Zustand. Volle Ställe mit schlachtreifen Tieren - zum Teil überfetteten -, Rückstau bis in die Aufzucht, teilweise keine Abnahme der Milch und wachsende Eierberge,

vor allem im Bereich der Kleinerzeuger, kennzeichnen unsere Situation.

Andererseits stehen wir vor allem in ländlichen Gebieten vor einem unzureichenden Angebot an eigenen agrarischen Produkten. Ohnmächtig sehen wir täglich, wie diese künstlichen Marktlücken durch unkontrollierte Einfuhr von EG-Produkten auf Kosten unserer Bauern gefüllt werden.

(Sehr richtig! bei der PDS)

Diese schwarzmarktähnlichen Praktiken sind durch ihre überhöhten Preise nicht nur Betrug am Kunden, nein, sie bedeuten auch Steuereinbußen für unseren Staat.

(Beifall)

Und das, meine Damen und Herren, meinen wir, ist nicht das Ergebnis der jungen Demokratie und unserer jetzigen Koalitionsregierung, wie uns das einige wohl einreden wollen. Herr Maleuda hat nun von der Regierung gefordert, was sofort zu tun sei. Meine Damen und Herren! Dieses Dilemma ist eindeutig das Ergebnis der verfehlten Agrarpolitik der SED/PDS und letztlich nun auch der DBD.

Wir fragen Sie, Herr Abgeordneter Watzek, was haben Sie als Minister im Kabinett von Herrn Modrow unternommen, um diese extreme Zuspitzung der Zustände zu verhindern, zumal Sie bereits am 19. Februar am Runden Tisch von unserer Partei darauf hingewiesen wurden? Nach unserer Auffassung erfordert die schnelle Lösung dieser Problematik ein Programm der Regierung, in dem folgende Punkte Beachtung finden müssen: Sofortiger Schutz unseres Marktes vor unkontrollierten Importen von Lebensmitteln, Nutzung aller Schlachtkapazitäten, auch unter Einbeziehung privater Fleischereien nun endlich zur Förderung eines breiteren Angebots bei hohem Frischegrad, sofortige Überprüfung von Exportmöglichkeiten nach Ost und West. Oder meinen Sie, wir brauchen wieder einen Herrn Schalck, der alles verschleudert? Mittelfristig, so sagen wir, sind die Verarbeitungskapazitäten zu erweitern und zu modernisieren, und soll, so meinen wir, ein Angebot sein, die Verarbeitungskapazitäten zu erweitern, an mittelständische Unternehmen sein, sich im ländlichen Bereich niederzulassen.

Mit der angestrebten Wettbewerbsfähigkeit auf dem EG-Markt, die heute so oft genannt wurde, eröffnet sich für unsere Landwirtschaft die Chance, aber auch die Notwendigkeit, den Absatz durch steigende Qualität der Primärprodukte zu sichern. Das sollte unseren Kollegen in der Praxis deutlich, oft und mit Nachdruck gesagt werden.

In der Übergangsphase der teilweisen Umgestaltung der Landwirtschaft müssen den Betrieben, die sich in für landwirtschaftliche Produktion ungeeigneten oder landschaftlich geschützten Gebieten befinden, echte Perspektiven bei wirtschaftlicher Hilfe aufgezeigt werden.

Die in der Regierungserklärung gemachten Ausführungen zum Eigentum und Bodenrecht werden von der CDU-Fraktion voll unterstützt. Das derzeit geltende LPG-Gesetz mit all seinen in der letzten Zeit zusammengeschusterten Ergänzungen ist damit für die Zukunft unbrauchbar. Wir stimmen im Ganzen den eindeutigen Aussagen unseres Herrn Ministerpräsidenten und seiner Regierungserklärung zu Fragen der Ernährung, der Land- und Forstwirtschaft vollinhaltlich zu. - Danke schön.

(Beifall vor allen bei CDU/DA)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner :

Als zweiter spricht der Vertreter der Fraktion der PDS, Dr. Klaus Steinitz.

Abg. Prof. Dr. Steinitz (PDS):

Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete! Übereilte, hektische Maßnahmen im Vereinigungsprozeß dürfen den an sich schon sehr komplizierten Übergang zu marktwirtschaftlichen Bedin-

ungen nicht durch unnötige soziale Spannungen, Betriebsstillegungen und dadurch verursachte Verluste von Arbeitsplätzen zusätzlich belasten. Hieraus erwächst die Frage, welche Möglichkeiten die Regierung der DDR nach der Währungsunion haben wird, die in der Erklärung begründeten Aufgaben tatsächlich umzusetzen, wenn der Spielraum für ein eigenständiges Handeln weitgehend aufgehoben und mit der Einführung der D-Mark wichtige Elemente der ökonomischen Souveränität aufgegeben werden.

Der in TAZ veröffentlichte Staatsvertrag, der eine sehr deutliche Sprache spricht, steht nicht zufällig unter der Überschrift „Unterwerfung der DDR“, und zeigt, glaube ich, die Problematik deutlich.

Wie soll die drohende Arbeitslosigkeit bekämpft werden? Was sagen wir zu den bisher 38 000 Arbeitslosen? Hinter dieser Zahl, die nur der Anfang ist, verbergen sich viele schlimme Schicksale. Die Lösung dieser Frage erfordert viele neue Überlegungen. Dazu reichen unseres Erachtens die Vorstellungen in der Regierungserklärung noch nicht aus. Der Erhaltung der Arbeitsplätze in all den Betrieben, die auch unter marktwirtschaftlichen Bedingungen überlebensfähig sind, und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen müßte unseres Erachtens höchste Priorität zukommen. Hierfür sind vielfältige Förderungsmaßnahmen notwendig, die von Steuererleichterungen bis zu zeitweiligen Schutzzöllen und Importkontingentierungen reichen müßten. Besonders wichtig ist dies auch für die Landwirtschaft. Die hierfür einzusetzenden Mittel des Staatshaushaltes - natürlich sind damit Ausfälle und zusätzliche Aufwendungen verbunden - werden auf jeden Fall perspektivisch geringer sein als die Mittel für die Arbeitslosenunterstützung bei sehr hohen Arbeitslosenzahlen, die auch von Wirtschaftsexperten der Bundesrepublik teilweise mit 2 oder 3 Millionen prognostiziert werden.

So würden beispielsweise die Mittel für Arbeitslosenunterstützung bei einer angenommenen Arbeitslosenzahl von 2 Millionen bedeuten - wenn wir 700 Mark monatlich zugrunde legen als Unterstützung -, daß sie im Verlaufe von zwei Jahren die Riesensumme von 35 Milliarden Mark umfassen. Wir halten es für wesentlich sinnvoller, diese Mittel vorrangig für die Erhaltung von Arbeitsplätzen, für die Neuschaffung von Arbeitsplätzen und für notwendige Umschulungsmaßnahmen einzusetzen.

Wir wollen nicht die Aufhebung des notwendigen Wettbewerbs zwischen den Unternehmen. Wir sind aber dafür, den lebensfähigen Betrieben in dieser komplizierten Übergangszeit auch eine echte Chance zum Überleben zu geben. Um die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft der DDR zu erhalten, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe wiederherzustellen, unterstützen wir die Ausarbeitung und Verabschiedung all der vorgeschlagenen Gesetze, die Leistungswillen, Innovations- und Risikobereitschaft wirksam fördern. Wir sind uns bewußt, nur durch kreative, verantwortungsvolle, aber auch harte Arbeit wird soziale Sicherheit dauerhaft verwirklicht werden können.

Wer meint, Marktwirtschaft und Gewinnstreben seien quasi von allein sozial, der irrt. Deshalb halten wir staatliche Rahmenbedingungen - keinesfalls zu verwechseln mit einer dirigistischen Planwirtschaft, von der wir uns verabschieden, - Maßnahmen zur Förderung struktureller Anpassungsprozesse sowie zur Unterstützung strukturschwacher Regionen für unabdingbar. Hierzu gehört auch die Demokratisierung der wirtschaftlichen und sozialen Prozesse auf allen Ebenen, dabei vor allem auch der realen Mitbestimmung der Werk tätigen in den Betrieben aller Eigentumsformen.

Leider wird hierzu in der Regierungserklärung wenig gesagt. Wir halten es nicht für ausreichend, einfach das Betriebsverfassungsgesetz der Bundesrepublik zu übernehmen. Wir müßten vielmehr bei der Bestimmung der Rechte der Betriebsräte einige Schritte weiter gehen. Starke, selbstbewußte Gewerkschaften sind eine unerläßliche Voraussetzung dafür, die Rechte der Werk tätigen, das heißt Menschenrechte, in den Betrieben wirksam vertreten und durchsetzen zu können.

Wir begrüßen die klaren Aussagen in der Regierungserklärung zu den Ergebnissen der Bodenreform und zur Erhaltung

unserer Landwirtschaft. Die Bauern unseres Landes und die Arbeiter in der Nahrungsgüterwirtschaft sind empört über die ungemessenen, unkontrollierten Importe von Nahrungsgütern. Wir fordern entsprechende Schutzzölle zur Erhaltung der Absatzfähigkeit. Hierzu ist schon einiges gesagt worden, was auch die Unterstützung unserer Fraktion findet.

Wir erwarten - ich komme damit zum Schluß -, daß die vorgesehenen Vereinbarungen zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion rasch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, ein klares Wort gesprochen wird, wie auch angesichts des forcierten Zeitdrucks die berechtigten Interessen der Bürger der DDR vertreten und durchgesetzt werden können. Hierfür wünschen wir der Regierung in den bevorstehenden Beratungen Beharrlichkeit und ein optimales Verhandlungsgeschick. Danke.

(Beifall)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Als nächstes spricht der Vertreter der Fraktion der CDU/DA, der Abgeordnete Nitsch.

Abg. Nitsch (CDU/DA):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten!

Trotz der fleißigen Arbeit unserer Menschen stehen wir nach vierzigjährigem Sozialismus-Versuch vor einem Scherbenhaufen. Es nützt jetzt nichts, Schönfärberei zu betreiben und gute Seiten in der DDR-Wirtschaft zu suchen. Wir übernehmen einen Staat mit einer Inlandsverschuldung von über 200 Milliarden Mark bei Abzug der 170 Milliarden Mark Spareinlagen. Wir übernehmen eine Auslandsverschuldung von über 30 Milliarden DM. Wir trinken vielerorts vergiftetes Wasser, und unser Abwasser ist der größte Skandal in Europa. Was wird uns noch an Überraschungen bevorstehen?

Ursache für all das ist das sozialistische Planwirtschaftssystem der SED.

(Beifall bei CDU/DA und DSU)

Wir stehen vor einer wirtschaftlichen Aufgabe, die historisch ohne Beispiel ist und wofür es keine Theorie gibt: den Übergang von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft in kürzester Frist zu gestalten. - Was ist zu tun? Was hat unsere Regierung zu tun?

1. Unsere Regierung und die Bundesregierung müssen sofort mit Verhandlungen zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion beginnen und dabei sicherstellen, daß die Zeche für die letzten 40 Jahre nicht noch einmal durch die Bevölkerung getragen wird.

(Beifall bei CDU/DA und DSU)

2. Das vordringlichste Problem zur Verhinderung von Massenarbeitslosigkeit und zur Überführung der Betriebe in die Marktwirtschaft ist das sofortige Wirksamwerden der Treuhandanstalten. Sie müssen beschleunigt personell in die Lage versetzt werden, die Umwandlung der VEB in Kapitalgesellschaften durchzuführen und dabei die Entflechtung der Kombinate und die Neuformierung von Firmen und deren Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen zu organisieren. Dabei ist jedem Bürger sein Anteil am sogenannten Volkseigentum zu sichern!

(Beifall besonders bei Bündnis 90/Grüne)

Bei den Treuhandverordnungen sollten noch einige Korrekturen angebracht werden. Es sind auch die Regelungen des Kartellgesetzes vorzuschreiben. Nicht alles, was eifrige General- oder Betriebsdirektoren schnell und eigenmächtig abgeschlossen haben, wird von Bestand sein.

(Beifall)

3. In diesem Zusammenhang ist es auch von hoher Dringlichkeit, das Betriebsverfassungsgesetz einzuführen und das Gewerkschaftsgesetz einschließlich der entsprechenden Verfassungsänderungen außer Kraft zu setzen und die Gewerkschaften wie alle Vereinigungen dem Vereinigungsgesetz zu unterstellen. Das Gleichgewicht der Kräfte in der Tarifautonomie ist zu sichern.

4. Besonders wichtig für den wirtschaftlichen Aufschwung ist die Förderung des Mittelstandes. Wir rufen alle jungen Meister und Ingenieure auf, die Marktanforderungen anzunehmen und sich selbständig zu machen und die vielfältigen Möglichkeiten der angebotenen Kredite von BRD-Banken und dem zukünftigen Bankensystem der DDR zu nutzen. Die Herausbildung des Mittelstandes bietet die Gewähr für sichere und ausreichende Arbeitsplätze, eine florierende Wirtschaft und sozialen Wohlstand.

Eine einfache, überschaubare Steuergesetzgebung und schnelle Bereitstellung von Gewerberäumen sind dabei wichtige Startmaßnahmen.

5. Laut Regierungserklärung sollen die mittleren und kleinen Einkommen steuerlich besser gestellt werden. Es ist anzustreben, bei den Ertragssteuern einen rein proportionalen Satz von 15% etwa bis zur Hälfte des doppelten Durchschnittseinkommens bzw. der Beitragsbemessungsgrenze und für die darüber hinausgehenden Beträge einen proportionalen Satz von 36% festzulegen. Mit dieser Besteuerung machen wir die DDR zu einem bevorzugten Investitionsstandort in der EG!

(Beifall besonders bei CDU/DA und DSU)

6. Die CDU-Fraktion unterstreicht die Feststellung des Ministerpräsidenten, daß das Bauwesen in unserem Land politische Priorität besitzen wird. Durch erhöhte Bauleistungen für die Infrastruktur, für Industrie, Handel und Gewerbe und Tourismus, für die Landwirtschaft und nicht zuletzt für Wohnungsbauten wird die Auftragslage gesichert, Arbeitsplätze und Kapazitäten werden erhalten und erweitert. Die vorbereiteten und begonnenen Wohnungsbaustandorte sind neu zu durchdenken. Dabei sollten die Fragen der städtebaulich-architektonischen Gestaltung, des Energieeinsatzes, der Ökologie und der Soziologie Berücksichtigung finden.

7. Der desolate Zustand im Verkehrs- und Transportwesen der DDR erschwert den wirtschaftlichen Aufschwung in besonderem Maße. Beim dringend notwendigen Ausbau des Verkehrswesens sind wegen der bisherigen Vernachlässigungen die Ost-West-Verbindungen überdurchschnittlich zu entwickeln. Hier ist eine umfassende Bestandsaufnahme erforderlich, die eine Entscheidungsgrundlage für das Finanzierungskonzept darstellen muß.

Zusammenfassend: Staatliche Politik der Wirtschaftsordnung und Finanzverfassung muß die Rahmenbedingungen schaffen, unter denen die Produktionsfaktoren und Ressourcen ihren Weg finden, um auf diese Weise aus knappen Mitteln bestmögliche Resultate zu erzielen. Die Marktkräfte können die Vielzahl der Entscheidungen viel besser organisieren als irgendein noch so ausgeklügeltes Planungssystem.

(Beifall bei der CDU/DA, vereinzelt bei der SPD)

Stellvertreter der Präsidenten Dr. Höppner:

Danke schön. - Als nächster spricht als Vertreter der Fraktion der SPD der Abgeordnete Ringstorff.

Abg. Dr. Ringstorff (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein Kernpunkt auf dem Weg zur deutschen Einheit ist das Zusammenwachsen der Volkswirtschaften.

Die Wirtschaft der DDR muß bei der notwendigen Umstellung auf marktwirtschaftliche Prinzipien im Zeitraffertempo einen umfassenden Strukturwandel vollziehen, um rasch wettbe-

werbsfähig zu werden und deutliche Verbesserungen des Lebensstandards zu ermöglichen. Das katastrophale Erbe der SED/PDS-Herrschaft ist dabei zu bewältigen. Die DDR-Bevölkerung hat in den letzten Jahren nur noch in einem Scheinwohlstand gelebt.

(Beifall, vor allem bei SPD und CDU/DA)

Die SED hat die Wirtschaft ohne Rücksicht auf Ressourcen, auf Umwelt und Menschen, gegen jede ökonomische Vernunft an den Rand des Ruins geführt, während die offizielle Propaganda das Potemkinsche Dorf von blühenden Verhältnissen malte.

Tatsächlich verlor die DDR seit Anfang der 80er Jahre zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit. Der Inlandsaufwand für eine Valutamark stieg von 2,90 Mark 1985 auf 4,40 Mark 1989. Die Exportquote sank, und 50 Prozent der Exporte kamen aus der Grundstoffindustrie. Die Exportstruktur bewegte sich in Richtung Entwicklungsland.

Gleichzeitig erhöhte sich die Inlandsverschuldung der Betriebe drastisch auf über 200 Milliarden Mark bei absolut und relativ sinkenden Investitionen sowie steigendem Durchschnittsalter der Grundmittel.

Vor der neuen Regierung steht also im Bereich Wirtschaft eine gewaltige Aufgabe. Im ausgehandelten Koalitionspapier zur Wirtschaftsentwicklung, das in weiten Teilen mit den wirtschaftspolitischen Zielstellungen der SPD übereinstimmt oder identisch ist, sind rasche ordnungspolitische Maßnahmen angekündigt, die zum Teil in der Regierungserklärung genannt wurden.

Gerne hätten wir und die Bevölkerung jedoch auch einige Worte zur Privatisierung von Volkseigentum und zur Vermögensbildung gehört, denn um diese Punkte wurde besonders hart gestritten.

Vereinbart wurde, daß nach Entflechtung der volkseigenen Wirtschaft und Überführung in geeignete Rechtsformen eine Treuhandgesellschaft die Vermögensrechte vorübergehend übernimmt.

Die Treuhandgesellschaft arbeitet nach dem Muster einer Unternahmensbeteiligungsgesellschaft und kann Aktien und Anteilscheine herausgeben. Berechtigung, Anteilscheine zu erwerben, haben DDR-Bürger und ehemalige DDR-Bürger, die zurückkehren. Abschläge vom Ausgabepreis werden in Höhe von 2 Prozent je Beschäftigungsjahr gewährt. Maximal sind 80 Prozent möglich. Wer das heutige Gebiet der DDR innerhalb von fünf Jahren verläßt, muß seine Anteilscheine zum Ausgabepreis an die Treuhandstelle zurückveräußern, und verkauft werden darf erst nach fünf Jahren, damit die zu erwartenden Kursgewinne auch von den Ersterwerbenden, nämlich den DDR-Bürgern, realisiert werden können.

Dieses Modell vereinigt also eine Treueprämie, eine Rückkehrprämie und eine Bleibeprämie.

Rasche gesetzgeberische Maßnahmen sind auf dem Gebiet Schadstoffrückhaltung, Abwasserbehandlung und Abfallwirtschaft notwendig. Entstaubung, Entschwefelung und Entstikung der Luft müssen in Angriff genommen werden, um das Waldsterben aufzuhalten und die Lebensbedingungen vor allem in den Energiebezirken zu verbessern. Die DDR hat als größter Energieverbraucher pro Kopf in Europa dabei große Energiesparreserven.

Ein Beitrag zur Verringerung von Umweltbelastungen kann auch durch die Verkehrspolitik geleistet werden. Vorrang der Schiene vor der Straße bei Güterferntransporten wurde dazu in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben. Das erfordert eine gezielte staatliche Förderung der Sanierung und Modernisierung der Reichsbahn. Ähnliche Überlegungen sprechen auch für die vereinbarte Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Die Schwierigkeit des Neubeginns in der DDR gilt auch für die Landwirtschaft, weil Altlasten übernommen werden müssen. Sie leiten sich aus einer jahrzehntelangen verfehlten zentralistischen Agrarpolitik her, für die sich auch die DBD vor dem Volk zu verantworten hat. Die Gesamtsituation ist gekennzeichnet durch die geringe Effektivität der Produktion und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, einen hohen Grad der Überalterung und des Verschleißes der baulichen und technischen Ausrüstungen, unzulängliche Entwicklung oder gar Zerstörung der Infrastruktur der Dörfer. Überspezialisierung und Gigantismus haben zur Störung der Stoffkreisläufe geführt. Die Landschaft wurde geschädigt und die Umwelt unerträglich belastet.

Die Positionen der SPD-Fraktion in der Koalition zur Landwirtschaft werden durch Aussagen bestimmt, für die im Hause ein breiter Konsens zu bestehen scheint.

Die einzelnen Punkte wurden schon vom Vorredner der CDU/DA weitgehend angesprochen. Sie entsprechen dem Standpunkt der SPD. Wir fordern ebenfalls wie die anderen Fraktionen Schutz für die Landwirtschaft und Unterstützungen beim Absatz der einheimischen Produkte. Danke.

(Beifall)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Als nächster spricht als Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Grüne der Abgeordnete Prof. Dr. Reich.

Abg. Prof. Dr. Reich (Bündnis 90/Grüne):

Herr Präsident! Wir haben Meinungsverschiedenheiten. Wenn bei uns in der Familie Streit ist, dann wird jeder Standpunkt mit gleichem Gewicht behandelt, und Mehrheitsbeschlüsse können erst, nachdem man sich das angehört hat, gefällt werden. Abstimmen also nach dem Anhören, und Almosen bei der Zuweisung von Redezeiten sind nicht ausreichend. These und Gegenthese müssen gleichgewichtig dargestellt werden und anschließend dann mit Beschlüssen usw. abgestimmt werden, nicht vorher bei der Zuweisung.

Zur Regierungserklärung: Erwarten Sie von der Opposition nun keine Freundlichkeiten. Wir haben die Aufgabe als Opposition, Schwachstellen und kritische Stellen herauszuarbeiten. Ich will das auf dem Gebiet der Wirtschaft tun und das in vier Fragen gestalten. Zwei Generationen haben dieses Land am Leben gehalten, haben es aus den Trümmern geholt und auf den Beinen gehalten. Die sozialistische Planwirtschaft verhinderte eine Vermögensbildung der Werktätigen. Alles, was sie haben, sind einige Ersparnisse und Habseligkeiten. Das eigentliche Vermögen, das, was noch da ist, ist das sogenannte Volkseigentum, pro Kopf hundertmal soviel wie die 2000 M Ersparnisse, um die wir jetzt dauernd so heftig in der Zeitung miteinander ringen. Unsere Frage: Was wird mit dem Volkseigentum? - Ich vermisse Aussagen dazu. Die Regierungserklärung spricht von geeigneten Rechtsformen in etwas nebliger Form. An einer Stelle werden die Produktionsmittel als Staatseigentum bezeichnet. Es ist kein Wort gesagt worden zur alliierten Rechtsprechung, obwohl das noch im Koalitionsabkommen drinsteht. Der Wirtschaftsminister hat gestern erklärt, daß die Treuhandschaft durch das Wirtschaftsministerium zu gestalten sei. Es wird von Schuldverschreibungen geredet. Welches ist das Modell der Vergabe? - Unserer Meinung nach keinesfalls Ankauf durch Werktätige, weil die Werktätigen sich das nicht leisten können. Die Kontrolle der Treuhandschaft ist nicht Angelegenheit der Exekutive, der Regierung, sondern muß Angelegenheit des Parlaments sein.

(Stellenweise Beifall)

2. Grund und Boden, soweit es Nationaleigentum betrifft: Die Regierungserklärung spricht nur von der Bodenreform. Im Koalitionspapier steht, daß Grund und Boden handelbar sein müssen, und der Wirtschaftsminister erklärte gestern, daß auf der grünen Wiese Land erwerbbar sein muß. Unsere Meinung dazu ist: Nationaler Grund und Boden in den Städten, Kommunen usw. darf nicht verkäuflich sein, nur verpachtbar.

(Stellenweise Beifall)

Wir fordern, daß hier die neue Regierung aus den Gründen, die ich nannte, der Benachteiligung der Werktätigen über Jahrzehnte sich an Vorbilder hält wie die englische Krone, die grundsätzlich kein Land verkauft, oder wie Wolfsburg, wo der Grund und Boden in den Städten nicht verkauft, nur verpachtet wird.

Nebenbei bemerkt, steht in der Regierungserklärung, daß die Bezirkstage, kurz gesagt, bald den Löffel abgeben sollen. Wir möchten dringend die Regierung auffordern, dabei zu beachten, daß nicht auch die Beschlüsse von Bezirkstagen über Bord gehen, daß jetzt keine Zersiedlungs- und Parzellierungswelle ohne staatliche Kontrolle in den einzelnen Bezirken stattfindet.

3. Inlandsschulden bei privatem und kooperativem Vermögen an Produktionsmitteln sollen gestrichen werden. Beim Volkseigentum stand im Koalitionspapier noch die Variante, sie auch zu streichen. Jetzt wird vom Umbewerten zu einem Kurs von 2:1 geredet. Unsere Frage: Wieso werden die volkseigenen Betriebe hier anders behandelt? Sie sind durch das alte System genauso gefesselt und geknebelt gewesen wie die anderen? Sie mußten in Produktionsfonds Abgaben leisten, bei vorgeschriebenen Preisen und bei Produkten, die ihnen vorgeschrieben waren vom Plan, die sie nicht aussuchen konnten, und ihre Gewinne wurden abgeführt. Jede Investition ging über Zwangskreditierung. Ich sehe nicht ein, daß, wenn jetzt die Fesseln gelöst werden, diese Zwangskreditierung sich in Schulden umwandelt und dann vielleicht über eine Kreditbank an die Deutsche Bank als Verbindlichkeit kommt. Dann müssen Zinsen gezahlt werden zu westlichen Zinssätzen, und eine große Zahl von Betrieben geht dann pleite. Wir sind dagegen. Ich danke Ihnen.

(Beifall, vor allem von Bündnis 90/Grüne, SPD und PDS)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Als nächster spricht als Vertreter der Fraktion der CDU der Abgeordnete Bechstein.

Abg. Bechstein (CDU/DA):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der katastrophale Zustand der Umwelt in unserem Land ist ein makabres Beispiel für die Folgen einer fast schrankenlosen Herrschaft des Menschen über die Natur, ausschließlich unter dem Gesichtspunkt ihrer Ausbeutung. Das SED-Regime hat uns in den 40 Jahren seiner angemaßten Macht nicht nur einen todkranken Wald, sterbende Flüsse, radioaktive Abraumhalden und nahezu unbewohnbare industrielle Ballungsgebiete hinterlassen, sondern in folgedessen auch eine ständig wachsende Zahl an Körper und Geist kranker Menschen. Chlorphenole im Trinkwasser, Schwefeldioxide in der Luft waren für uns die Vitamine des real existierenden Sozialismus,

(Heiterkeit, Beifall, vor allem bei CDU/DA und DSU)

und sie sind es als Erblast noch heute.

Dieser verantwortungslose Umgang mit Mensch und Natur muß gründlich und schnell beendet werden. Das sehen wir als eine politische Verantwortung an, für die wir als Christen durch unseren Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung motiviert sind. Wir gehen dabei von der Überzeugung aus, daß jedes Leben auf dieser Erde von Gott geschaffen und deshalb als wertvoll, einmalig und unverwechselbar zu erhalten ist. Das ist ein Standpunkt, für den sich viele Frauen und Männer in unserem Land, auch aus diesem Plenum, hier seit Jahren intensiv und engagiert einsetzen, z. B. in Umweltgruppen, im Netzwerk Arche und im Rahmen des konsistorialen Prozesses der Kirchen in der DDR.

Es nützt dieser Welt und es nützt diesem Land wenig, die Gefahr des Krieges für immer zu verbannen, wenn die Gefahr der ökologischen Selbstvernichtung nicht erkannt, wenn ihr nicht gebührend begegnet wird. Wir dürfen nicht die sterbenden Opfer eigener Maßlosigkeit werden.

(Beifall)

Stellen wir im Dienst der Sache unser gemeinsames Anliegen, die Bewahrung der Schöpfung, über Konfession und Parteizuge-

hörigkeit, respektieren wir uns als Gebende und Nehmende in einem Prozeß, von dessen Ausgang alles abhängt. Wir bieten Ihnen, meine Damen und Herren, als Arbeitsgruppe Umwelt der CDU-Fraktion dazu Herz und Hand. Lassen Sie uns zum Prinzip des verantwortlichen Umgangs mit unserer Umwelt umkehren. Wir sind herausgefordert zu einem Denken, das durch die vorrangige Beachtung der Ökologie bei allen wirtschaftlichen Entscheidungen bestimmt sein muß. Wir meinen, daß es notwendig ist, die Bewahrung der natürlichen Umwelt als Staatsziel in der Verfassung eines geeinten Deutschlands zu verankern.

(Beifall)

Wir müssen durch Aufklärung und Überzeugung bewirken, daß umweltbewußtes Verhalten nicht mitleidig belächeltes Außenseitertum bleibt, sondern in den Status einer selbstverständlichen und hochgeachteten Bürgertugend aufrückt.

(Vereinzelt Beifall)

Der Fortsetzung des Raubbaus an der Natur und ihre Zerstörung muß schnell und wirksam Einhalt geboten werden. Dafür sind neue Gesetze und Kontrollmechanismen ebenso notwendig, wie die daraus folgenden umfangreichen technischen Maßnahmen. Das alles kostet Geld, mehr, als wir jetzt und in naher Zukunft aus eigener Kraft aufbringen können. Das ist ein weiterer Grund, die Einheit unseres Vaterlandes schnell herbeizuführen; denn schnelle Hilfe tut not. Es verbietet sich von selbst, in einem langwierigen, eigenständigen Entwicklungsprozeß das Fortsetzen der Vergiftung dieses Landes und seiner Menschen zuzulassen. Sie dürfen, meine Damen und Herren, den Stolz über eine neu gewonnene Souveränität nicht über die Gesundheit der Menschen und ihrer Umwelt setzen. Genau damit haben unsere Vorgänger in diesem Hohen Hause dieses Land ruiniert. Ich möchte mit einem schlichten Liedvers abschließen, den einige von Ihnen kennen werden:

„Nach dieser Erde gäbe es keine, die eines Menschen Wohnung wär. Darum Menschen achtet und trachtet, daß sie es bleibt. Wem denn wäre sie ein Denkmal, wenn sie still die Sonn' umtreibt?“

Danke.

(Beifall)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Als nächster spricht als Vertreter der Fraktion DBD/DFD, die Abgeordnete Bencze.

Abg. Frau Bencze (DBD/DFD):

Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir als stellvertretende Fraktionsvorsitzende der DBD/DFD-Fraktion einige ergänzende Bemerkungen zur Stellungnahme unserer Fraktion. Die gestrige Regierungserklärung hat Selbstbewußtsein ausgestrahlt. Wichtig wird sein, daß diese Absichtserklärung im täglichen Leben durch unsere Regierung umgesetzt wird. Wir können nicht übersehen, daß das praktische Leben vor allem in den letzten Monaten insbesondere für die Frauen Probleme sichtbar gemacht hat. Sie tragen in erster Linie nicht nur die positiven Errungenschaften einer Marktwirtschaft. Sie bleiben auch als erste auf der Strecke. Deshalb erwarten wir von der Regierung, daß das Recht auf ökonomische Unabhängigkeit durch eigene Berufstätigkeit für die Frauen in Stadt und Land gewährleistet bleibt, tragfähige Arbeitsbeschaffungs- und Umschulungskonzepte schnellstmöglich entwickelt und realisiert werden.

Sehr positiv aufgenommen haben wir die Erklärung, daß flexible Arbeitszeiten und die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung in unserem Land durchgreifen sollen.

Bisher hatten wir ja das Prinzip der Vollbeschäftigung. Ich bin nie ein Verfechter der Vollbeschäftigung gewesen, aber, wie wir alle hier im Haus wissen, war es ja zu der Zeit auch gar nicht anders möglich und für viele Frauen notwendig.

Es kann aber nicht angehen, daß z. B. Frauen, die aus dem Babyjahr ins Berufsleben zurückkehren möchten, nicht wieder eingestellt werden. Dieses Problem habe ich ganz aktuell in meinem Wahlkreis, wo ich herkomme, aus dem Bezirk Halle.

Dem Bundesvorstand des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands liegt weiterhin die konkrete Information vor, daß Tausenden Frauen aus der Schuhindustrie das Aus droht, weil der Absatz ihrer Produkte durch den Großhandel nicht mehr gewährleistet ist.

Auch auf diesem Gebiet, wie in der Konsumgüterindustrie generell, ist der Schutz des Binnenmarktes dringend erforderlich, so wie es unsere Fraktion bereits in bezug auf die Land- und Nahverkehrswirtschaft gesagt hat. Den überwiegend weiblichen Beschäftigten darf es nicht so gehen, wie den 350 Arbeiterinnen und Arbeitern von „Elbflorenz“.

Verehrte Abgeordnete! Die in der Regierungserklärung gemachten Ausführungen zum Gesundheitswesen finden unsere Unterstützung, bedürfen jedoch einer Ergänzung hinsichtlich des wachsenden Systems von Polikliniken und Gesundheitseinrichtungen. Auch hier gibt es bereits willkürliche Entscheidungen zuungunsten der Bevölkerung.

So besteht in der Stadt Leipzig die Gefahr, daß durch Schließung von Außenstellen der Polikliniken die Mütterberatung und die medizinische Betreuung der Kinder in Kindereinrichtungen wegfallen soll. Das muß verhindert werden.

Weiterhin dürfen betriebliche Kindereinrichtungen aus rein ökonomischen Gründen nicht geschlossen werden wie es der PRISMA-Beitrag vom 12. April 1990, ebenfalls aus der Stadt Leipzig, erschreckend deutlich gemacht hat. Dieser Beitrag kam übrigens auf Initiative und unter Mitarbeit des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands zustande.

Die Bewahrung der Kindereinrichtungen und anderer sozialer Leistungen ist eine elementare Voraussetzung dafür, daß Frauen und Männer, Mütter und Väter gleichberechtigt und gleichverpflichtet Verantwortung in der Familie, in einer Lebensgemeinschaft oder anderen Formen des Zusammenlebens sowie für die Erziehung der Kinder wahrnehmen können.

Jene Überlegungen, den Frauen wieder bevorzugt einen Platz in Haus und Küche zuzuweisen, können von uns ebenso wenig akzeptiert werden, wie jene, die persönliche Entscheidungsfreiheit der Frauen darüber, wann sie ein Kind zur Welt bringen möchten, einzuschränken.

Nicht zuletzt könnte das auch positive Ausstrahlung auf die Lage der Frauen in der Bundesrepublik haben und wäre ein wertvoller Beitrag, den die DDR selbstbewußt und mit Würde in die deutsche Vereinigung einbrächte.

Wir sind der Auffassung, daß sich mit diesen Fragen nicht nur die Regierung, sondern auch der Ausschuß für Familie und Frauen grundsätzlich und vorrangig beschäftigen muß und hier möchte ich sagen, unsere Fraktion hat mich persönlich als stellvertretende Ausschußvorsitzende für diesen Ausschuß vorschlagen, und ich hoffe und wünsche eine sachliche Zusammenarbeit, speziell auch mit unserer Ministerin, und mit der Regierung insgesamt eine konstruktive Zusammenarbeit, die manchmal hier im Hohen Hause zu vermissen ist.

(Beifall vor allem bei DBD/DFD und PDS)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Danke schön. Als nächster spricht für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Dr. Altmann.

Abg. Dr. Altmann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir sind im Ohr die Klagen des behinderten Abgeordneten von gestern, der auf seinem Faltfahrer nicht mal einen Tisch hat. Er fühlt sich am Rande. Ich habe in dem großen Haus mit den 1 000 Zimmern da

drüben vier Wochen nach der Wahl keinen Tisch, keinen Stuhl, kein Zimmer, nichts, auch nicht einmal einen Zugang natürlich zu einer Werkstatt, sonst würde ich hingehen, ihm einen Tisch dort zu basteln.

Gegenwärtig, allgegenwärtig ist dort immer noch die PDS mit riesigen Anlagen. Sie ist doch jetzt der Anwalt der Schwachen. Sie kann doch wohl mal einen Tisch basteln für den Kollegen Abgeordneten.

(Beifall vor allem bei CDU/DA und SPD)

Ich habe überlegt, fände ich auf der Autobahn irgendwo eine Toilette für Behinderte, wenn, dann höchstens in wohlgepflegten Anlagen für Transitreisende, wo harte D-Mark kullern über das FORUM-Tischchen welcher Partei gleich?

(Beifall vor allem bei CDU/DA und SPD)

Wir haben einen Beauftragten für die Fragen der Gleichstellung von Mann und Frau eingerichtet. Unsere Fraktion schlägt vor, auch einen Beauftragten für Behinderte zu ernennen, der sich um solche Dinge kümmern muß.

(Beifall)

Auf der Suche nach dem Verfassungsentwurf des Runden Tisches im „Neuen Deutschland“ traf ich erst auf so ein schönes Bild von den frischgeborenen Drillingen in Leipzig und dann - sinnigerweise - eine Seite weiter auf einen Artikel über das Recht auf Abtreibung. „Grenzenloses Unbehagen“ steht darüber. Fettgedruckt: Wir befürchten, daß eine von der CDU geführte Regierung dieses Recht abschaffen wird und daß der Schwangerschaftsabbruch zum Gegenstand strafrechtlicher Verfolgung nach § 218 westdeutsches Strafgesetzbuch wird.

Die CDU-Regierung beabsichtigt nicht, diese Verordnung zu ändern. Aber wir wollen das grenzenlose Unbehagen vieler Gynäkologen über das ausdrücken, was in den gynäkologischen Kliniken der DDR im Schutze dieser Verordnung passiert. Keine Beratung, kein Hinweis auf die möglichen Folgen einer Interruptio. Wenn jede vierte Schwangerschaft unterbrochen wird, bedeutet das, daß neben Pille und Kondom das eben auch als ein gängiges Mittel der Familienplanung benutzt wird, und ich denke, das ist ein schwerer Mißbrauch.

(Beifall)

Das alles geschieht vor dem Hintergrund einer negativen Bevölkerungsbilanz. Nicht nur, weil Hunderttausende wegrennen, ist sie negativ, sondern es fehlen die ungeborenen Kinder.

Ich denke, daß das ein Thema ist, das möglichst nicht zum Streitpunkt zwischen den Fraktionen werden sollte. Ich lade Sie ein zum Mitdenken an dieser Stelle - soweit Sie dazu bereit und in der Lage sind.

(Unmutsäußerungen im Saal, Beifall bei CDU/DA)

Hier heißt es: Die Entscheidungsfreiheit über den eigenen Körper. - Bitte denken Sie mit. Es geht doch genau genommen dabei um das Recht auf die Tötung des ungeborenen Lebens.

(Beifall vor allem bei CDU/DA und DSU)

Und mit diesem Recht wird ein Arzt, der geschworen hat, unter allen Umständen Leben zu erhalten, beginnendes Leben töten. Denn es ist menschliches Leben. Nach 18 Wochen ist der Kopf voll erkennbar, das Herz schlägt, die Ärmchen bewegen sich schon. Und hinterher liegt da etwas Blutiges und bewegt sich nicht mehr.

In allen anderen Bereichen gilt es doch, daß mein Recht durch das Recht des anderen eingeschränkt wird. Warum nicht an dieser Stelle?

Ich denke, es muß so weitergehen, wie es in einem Absatz dieses Artikels heißt:

„Es helfen nur Maßnahmen und Konzepte, die Bedingungen schaffen, besser als bisher Kinder großzuziehen.“

Das ist das Zitat aus diesem Artikel. Dem können wir zustimmen. Ich will das an ein paar Punkten erläutern, wie das Konzept der CDU aussieht: Es geht nicht kurzatmig um Abbruch oder nicht,

(Die afrikanische Glocke des Vizepräsidenten ertönt)

- der Afrikaner klappert -, sondern es geht um eine umfassende Lösung. Die zentrale Rolle der Familie muß wieder sichtbar werden.

Nun nur noch Stichworte: Die Familie ist der Elementarbereich, in dem soziale Verantwortung und menschliche Geborgenheit erlebt und erfahren wird. Fehlt diese Erfahrung, entsteht ein lebensgefährlicher Defekt für lange Zeit. Die Familie - wir wissen es -, die ersten drei Lebensjahre bilden alle entscheidende Verhaltensmuster für das künftige Leben aus. Ich denke, die Pflege von Kindern muß als eine soziale Leistung wieder neu gesehen, anerkannt und entsprechend honoriert werden.

(Beifall vor allem bei CDU/DA, DSU und SPD)

Also etwa ein Familieneinkommen, das nicht beide Elternteile zugleich zwingt, zu arbeiten. Wir brauchen Wohnungen, in denen Kinder groß werden können - keine Arbeiterintensivhaltung.

(Zuruf von der PDS: keine Arbeitslosigkeit!)

Und ob so ein Thema für eine Demo am Sonntag hier geeignet ist, wage ich zu bezweifeln.

(Beifall vor allem bei CDU/DA und DSU)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Verehrte Abgeordnete! Ich gehe davon aus, daß das Wort „Afrikaner“ die Hochachtung ausdrückt, die einem Präsidenten dieses Hauses gebührt.

(Beifall)

Als nächste spricht für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Barbe.

Abg. Frau Barbe (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu dem Vorredner würde ich am liebsten gleich sprechen. Ich spare mir das auf. Ich habe das ohnehin vorgesehen.

Die Glaubwürdigkeit der Regierungserklärung wird von unseren Bürgerinnen und Bürgern in der Zukunft daran gemessen werden, wie die Regierung und wir, das Parlament, in die Tat umsetzen werden, was den Bürgerinnen und Bürgern versprochen worden ist. Gleichzeitig wird es darauf ankommen, ob und wie ernst die Bundesregierung die Regierung der DDR nehmen wird. Deshalb wird der Staatsvertrag der Bundesregierung, der uns gerade auf den Tisch flatterte, Gradmesser dafür, ob uns das Selbstbestimmungsrecht, verbal zugestanden, auch tatsächlich vertragsrechtlich eingeräumt wird.

Ich hole mir gern Blasen in den neuen, rechtsfesten Schuhen, aus denen nach wenigen Tagen Hornhaut werden kann, als aus den alten, vom Recht durchlöcherten Schuhen, gleich in moderne westliche Schuhe zu schlüpfen; denn, damit sie mir passen, möchte ich mir vorher nicht Hacken und Fersen abhacken müssen wie Aschenputtels Schwestern.

(Beifall vor allem bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Ich möchte noch einen Zusatz zu Debattenrednern machen. Es war mir schmerzlich, wie sich CDU- und DSU-Vertreter hier

vorn als die neuen Saubermänner der neuen deutschen DDR-Geschichte präsentierten,

(Beifall vor allem bei der PDS und Bündnis 90/Grüne)

ohne ein Wort der Mitschuld zu verlieren. Ich gebe Ihnen den dringenden Rat, Mitscherlichs „Die Unfähigkeit zu trauern“ zu lesen und zu verinnerlichen; denn Verdrängung trägt nicht zu Ihrer Glaubwürdigkeit bei, meine Herren.

(Beifall vor allem bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit Nachdruck möchte ich folgende Punkte hervorheben, die meiner Meinung nach in der Regierungserklärung einen zu geringen Stellenwert bekommen haben: Erstens muß die Finanzierung der Arbeitsförderung unbedingten Vorrang bekommen vor der Finanzierung der Arbeitslosigkeit.

(Beifall vor allem bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Es ist völlig unverständlich, daß Betriebsdirektoren jetzt ihre Berufsbildungseinrichtungen abstoßen. An diesen Stätten muß die Qualifizierung erfolgen. Diese Verhaltensweisen täuschen nur eine kurzfristige Rentabilität vor und beweisen, daß solchen Leitern Verantwortungsbewußtsein völlig fehlt, die Interessen ihrer Mitarbeiter ihnen völlig egal sind, wenn sie nur ihre Posten halten können.

(Beifall)

Zweitens: Es reicht nicht, wenn wir eine offene Jugendarbeit anstreben. Ich kann nur das unterstreichen, was Marianne Birthler hier sagte und möchte nichts wiederholen. Aber es geht darum, der Jugend die Mitbestimmung zu garantieren; denn es ist ihre Zukunft, über die wir heute in der Gesellschaft und im Parlament Entscheidungen fällen werden.

(Beifall vor allem bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Dazu gehört die parlamentarische Unterstützung ihrer Interessen. Das Problem der Finanzierung von Jugendklubs muß uns ein sofortiges, dringliches Anliegen sein.

Kommunikationszentren sind Orte des menschlichen Zueinanderfindens und gleichzeitig Orte der politischen Bildung und der offenen friedlichen Auseinandersetzung. Es sind notwendige Voraussetzungen für Demokratie, die wir nach 40 Jahren Heuchelei bitter nötig haben. Die Kultur des friedlichen politischen Streites muß im Dialog erlernt werden können, und dabei sollte es selbstverständlich sein, daß auch behinderte Jugendliche und junge ausländische Mitbürger Zugang zu diesen Orten der Begegnung haben.

(Beifall vor allem bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Auch die Fraktion der SPD wird den Antrag in das Parlament einbringen, einen Behindertenbeauftragten und einen Ausländerbeauftragten zu bestätigen, Dr. Altmann.

Ein Satz noch zum Sport, verehrte Abgeordnete, der mir aufgetragen wurde. Es muß nämlich eine völlige Loslösung des Sportes von staatlicher Bindung und Bevormundung erfolgen.

(Schwacher Beifall)

Drittens: Es gehört auch zur Lebensqualität unserer älteren Bürger, neben spürbar erhöhten Renten, daß sie am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, wenn sie nicht mehr berufstätig sind. Dazu ist unser Mitdenken erforderlich, denn es war diese Generation, die in schwerer Arbeit den Neuaufbau nach dem Krieg bewerkstelligte und dann 40 Jahre lang um den Ertrag ihrer Arbeit betrogen wurde. Kommunikationszentren, Möglichkeiten der Bildung, altersgerechte Pflegemöglichkeiten in der eigenen Wohnung, altersgerechter Wohnraum - das sind notwendige Voraussetzungen dafür, um im Alter nicht einsam

sein zu müssen, sondern die wertvollen Lebenserfahrungen in unsere Gesellschaft einbringen zu können.

(Glockenzeichen des Stellvertreters des Präsidenten
Dr. Höppner)

Mir liegen noch zwei Dinge besonders am Herzen, und ich bitte darum, daß ich dazu sprechen darf. Es darf nicht sein, daß bei der Schnelligkeit der wirtschaftlichen Umstellung menschliche, soziale und ökologische Gesichtspunkte unberücksichtigt bleiben, nur weil sie angeblich die Effektivität beeinträchtigen. Es muß das Wohl unserer Kinder ein oberster Entscheidungsfaktor sein. Den kindgerechten Umbau der Industriegesellschaft sollten wir als Stück unserer bitteren DDR-Erfahrung in den Einigungsprozeß einbringen und in der neuen DDR-Verfassung als Staatsziel verankern.

(Beifall vor allem bei SPD, PDS und Bündnis 90/Grüne)

Die Kinderbetreuungseinrichtungen wollen wir unbedingt erhalten, aber das soziale Niveau muß sich deutlich verbessern. Und das kostet Geld, denn es geht bei den sozialen Vorhaben auch um die Verteilung von Geld. Hierbei wird sich erweisen, welchen Parteien und Gruppierungen das Wohl der Gemeinschaft mehr am Herzen liegt als die Durchsetzung ihrer eigenen, gruppenegoistischen Interessen. Die Fraktion der SPD wird den Antrag einbringen, einen Kinderbeauftragten vom Parlament bestätigen zu lassen.

(Beifall. Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:
Tut mir leid, aber ich muß Sie hier unterbrechen.
Zustimmungs- und Ablehnungsrufe)

Ich bitte darum, noch zum Schwangerschaftsabbruch sprechen zu dürfen. Ich bin eine von den drei Frauen, die hier sprechen durften. Ich bitte darum, meine Redezeit zu verlängern.

(Beifall bei SPD und PDS.)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner: Tut mir
• leid; das geht nur um den Preis, daß ein anderer Sprecher
der Fraktion der SPD sich entsprechend kürzer faßt. Ist die
Fraktion damit einverstanden?)

Wäre auch jemand von der CDU bereit, mir etwas abzugeben?

(Unruhe. Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner: Tut mir
leid, damit können wir nicht anfangen. Dann wird jetzt
hier unterbrochen, wenn die Redner, die von der SPD dran
sind, sich einigen, sich fünf Minuten zu teilen und Sie noch
einmal zu Wort kommen zu lassen.)

Es geht nur um einen Punkt, eine Minute zum Schwangerschaftsabbruch.

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Tut mir leid. Sonst kriege ich die Debatte jetzt bei jedem weiteren Redner. Es ist schade, es ist aber nun gerade meine Fraktion, und da muß ich besonders konsequent sein.

(Beifall)

Als nächster hat das Wort die Vertreterin der Fraktion der PDS, die Abgeordnete Deneke.

Abg. Frau Deneke (PDS):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die in der Regierungserklärung gemachten Aussagen zur Frauen- und Familienpolitik finden unsere Unterstützung, aber unzureichend sind unserer Meinung nach konkrete Darlegungen zum Wie und zur Umsetzung. Kritisch sind jedoch die in den letzten Wochen vertretenen konservativen Standpunkte zur Frauenpolitik durch die Koalitionsparteien in außerparlamentarischen Erklärungen.

Es gibt keine gegenteilige Auffassung dazu, daß es nicht um die Verteilung von Almosen gehen kann, sondern um einklagba-

re Rechtsansprüche. In diesem Sinne halten wir vom Bürger ein- klagbare Rechtsansprüche für erforderlich, vor allem die, die Gleichstellung von Frau und Mann auf dem Arbeitsmarkt ge- währleisten, die Schwangere, Alleinerziehende, Familien mit ge- schädigten Kindern sowie Frauen im Vorrentenalter sozial si- chern, die bezahlte Umschulungsprogramme während der Ar- beitszeit für Erwerbstätige mit Kindern sichern, die materielle und finanzielle Mittel staatlicher und betrieblicher Kinderein- richtungen durch einen Sozialfonds sichern, aber auch Mecha- nismen für steuerrechtliche Regelungen für Betriebe mit und ohne Kindereinrichtungen schaffen.

Die Möglichkeit zur Nutzung von Kindereinrichtungen muß für alle Eltern, die das wünschen, zu einem kostengünstigen, er- schwinglichen Beitrag gegeben sein.

Fraueninteressen müssen als gesellschaftliche Interessen in konkrete Politik umgesetzt werden, in eine Politik, die die reale Gleichstellung von Frau und Mann in der Gesellschaft garanti- ert. Wir erkennen in der Regierungserklärung die Absicht zur Gleichstellung der Frau, müssen die Regierung aber fragen, warum der mehrheitlich gefaßte Beschluß des Zentralen Run- den Tisches, ein Ministerium für Gleichstellung von Frauen und Männern zu bilden, keine Berücksichtigung fand; denn der Ein- satz von Beauftragten ohne konkrete Befugnisse ist unserer Meinung nach völlig unzureichend.

Der Schutz des ungeborenen Lebens ist und muß Anliegen einer jeden Gesellschaft sein.

(Beifall besonders bei CDU/DA und DSU)

Wir unterstützen individuelle Beratungen und soziale Sicher- stellung der Familien, um die verantwortungsbewußte Selbstbe- stimmung der Frau zu fördern, und die Ärzte - das möchte ich hier noch einmal sagen - hatten und haben die Pflicht der Bera- tung, und sie müssen in die Lage versetzt werden, dies auch durchzusetzen. Dennoch muß der durch die Frau selbstbe- stimmte kostenlose Schwangerschaftsabbruch gesetzlich veran- kert bleiben.

(Beifall besonders bei der PDS)

Er sollte auch im Interesse - das möchte ich auch noch einmal hervorheben - der Frauen in der BRD in den Vereinigungspro- zeß eingebracht werden.

Bezüglich der Kinder- und Jugendpolitik möchte ich der Re- gierung nicht unterstellen, daß sie ihr analog der sparsam getrof- fenen Aussagen zu unseren Kindern und Jugendlichen einen un- tergeordneten Stellenwert in ihrer Regierungspolitik zuordnen wird, zumal gerade junge Menschen einen wesentlichen Anteil an der Wende in unserem Lande hatten und haben. Grundsätz- lich muß die Jugend als Subjekt gesellschaftlicher Veränderun- gen begriffen werden. Dies vermessen wir in der Regierungser- klärung.

Jugendliche müssen für sich selbst politische und moralische Verantwortung übernehmen können. Die Regierung steht in der Verantwortung, einklagbare Rechte für Kinder und Jugendliche - wie das Recht auf politische Selbst- und Mitbestimmung, das Recht auf Arbeit und Bildung, das Recht auf Individualität, auf Freizeit und Erholung sowie das Recht auf Leben in Frieden und gesunder Umwelt - zu erarbeiten.

Es muß einerseits gesichert werden, daß begabte Kinder und Jugendliche besonders gefördert werden, aber auch Chancen- gleichheit und Mitwirkung für sozial schwache, kranke und ge- fährdete Kinder und Jugendliche sowie junge Menschen mit Be- hinderung garantiert werden. Zur Chancengleichheit gehört auch, daß der Zugang zur Bildung, Freizeitgestaltung, zum Sport usw. nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig gemacht werden darf. Staatliche Jugendpolitik muß ausgehen von Selbst- und Mitbestimmung junger Leute und die dafür erforderlichen rechtlichen, materiellen, finanziellen usw. Rahmenbedingungen schaffen. Nicht länger dürfen über die Köpfe der Kinder und Ju- gendlichen hinweg Fragen entschieden werden, die ihr Leben und ihre Zukunft mitentscheiden. Kritisch vermerken wir, daß

in der Regierungserklärung das Bekenntnis zur Ratifizierung der UNO-Konvention über die Rechte der Kinder fehlt sowie ebenfalls klare Aussagen zum Schutz der Kinder und Jugendli- chen vor neuen Risiken.

Wesentlich für viele Bürger wäre der Standpunkt der Regie- rung zum Schutz, zur Rechtssicherheit und Achtung aller For- men der Lebensgemeinschaft, auch unter gleichgeschlechtli- chen Partnern. So, wie kein Paragraph 218 des bürgerlichen Strafgesetzbuches Einzug halten darf, muß das auch für den § 175 zutreffen. - Danke.

(Beifall besonders bei der Fraktion der PDS)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Als nächster spricht als Vertreter der CDU-Fraktion der Abge- ordnete Dr. Douffet.

Abg. Dr. Douffet (CDU/DA):

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! 40 Jahre Kulturpolitik der SED haben nicht vermocht, die Einheit der deutschen und europäischen Kultur zu zerstören, wohl aber, die Bevölkerung von wesentlichen Bereichen der nationalen und Weltkultur abzuscheiden. Bedeutende Kulturwerte wur- den vernichtet. Ich will nur an die Sprengung der Leipziger Universitätskirche erinnern. Kulturhistorisch wertvolle Städte - genannt werden sollen stellvertretend Bautzen, Görlitz, Qued- linburg und Stralsund, aber auch Grimma - wurden zu Trüm- merstädten. Kunstschatze wurden verantwortungslos zur Devi- senbeschaffung verschachert, Künstler außer Landes vertrie- ben, ihre Werke unterdrückt und verboten, Kunstkritiker mundtot gemacht.

Dieser Zerstörungsprozeß findet nun ein Ende. Den Reichtum unserer kulturellen Überlieferungen gilt es zu bewahren und in seiner Vielfalt neu zu erschließen.

Auch hier eine Erinnerung: 35 Jahre nach ihrer Rückgabe durch die Sowjetunion ist ein großer Teil der Dresdener Kunst- schätze noch magaziniert. Bewährte kulturelle Strukturen sind unbedingt zu erhalten und durch finanzielle Stützung zu för- dern.

Eine hohe Bedeutung hat für uns die volkskünstlerische Betä- tigung, die künftig in einem breiten Vereinswesen eingebunden sein muß. Große Aufmerksamkeit muß dem Erhalt und der wei- teren Gestaltung der Jugendklubs geschenkt werden.

Der Pluralität kultureller Prozesse entspricht es, diesen Be- reich unseres gesellschaftlichen Lebens einer Länderhoheit zu unterstellen. Damit werden auf der Grundlage einer gesamtge- gesellschaftlichen Kulturverantwortung Möglichkeiten geschaf- fen, regionale Besonderheiten zu pflegen und zu fördern.

Die durch eine rücksichtslose Territorialpolitik geschädigten Kulturlandschaften sind, soweit das überhaupt noch möglich ist, wiederherzustellen. Denkmalspflege, Landschafts- und Städte- gestaltung gilt ein besonderes Augenmerk.

Kunst und Kultur sind nicht Zugabe, sondern Kennzeichen menschlicher Existenz. Humanistische jüdische und christliche Traditionen sind wesentlicher Bestandteil europäischer Kultur. Sie zu bewahren und weiterzugeben, ist unsere hohe Verpflich- tung.

Die Stärkung der Forschung gehört zu den wichtigsten Zu- kunftsinvestitionen. Grundlagenforschung, angewandte For- schung, technologische Entwicklung sind zum Teil katastrophal zurückgeblieben. Sie müssen aus ihrer Isolation befreit und zu einer internationalen Zusammenarbeit geführt werden.

Durch Zuwendungen aus dem Haushalt sind besonders For- schungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes zu fördern. Neue Technologien sind ökologisch abzusichern und den Normen so- wie Standards des EG-Raumes anzupassen.

Die Bildungsbedingungen im Gebiet der DDR sind so zu gestalten, daß unsere Jugendlichen hier in unserem Land ihre Perspektive sehen. Das Ausbildungsprofil muß paßfähig zu dem der Bundesrepublik und des EG-Raumes gestaltet werden. Das gilt besonders für die Entwicklung von technischen Fachschulen bzw. Ingenieurschulen zu Fachhochschulen.

Beim personellen Neuanfang in Unterricht und Lehre ist rechtsstaatlich zu sichern, daß die SED-Strukturen zerschlagen werden. Denken wir zurück, welchem politischen Psychoterror unsere Kinder und Jugendlichen oft ausgesetzt waren. Künftig muß beim Ausüben eines Lehramtes ausschließlich Fachkompetenz und moralische Integrität entscheidend sein.

(Schwacher Beifall bei CDU/DA)

Alte Berufungen und Beförderungen sind zu überprüfen, laufende zu stoppen. Das schließt eine sofortige Einführung des Beamtenrechts im Bildungswesen aus.

(Beifall bei SPD und CDU/DA)

Die Fraktion der CDU und des Demokratischen Aufbruchs fordert, daß die auf dem Gebiet des Bildungswesens gegenwärtig vorgenommenen Personalentscheidungen bis zur Verabschiedung eines Bildungs- und Hochschulrahmengesetzes nur als Interimslösung zu sehen sind. - Danke schön.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA und SPD)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Als nächster spricht als Vertreter der SPD der Abgeordnete Elmer. Ich stelle dabei übrigens fest, daß ich aufgrund der Zettel, die ich hatte, mit den Titeln nicht korrekt umgegangen bin. Ich bitte alle diejenigen um Entschuldigung, bei denen ich die akademischen Grade weggelassen habe.

(Abg. Prof. Dr. Heuer, PDS: Die sollen ja alle überprüft werden! Heiterkeit)

Abg. Dr. Elmer (SPD):

Hochverehrter Herr Präsident! Ist es möglich, wenn ich mich kurz fasse, daß die Restzeit unserer Rednerin zukommt?

(Stellvertreter des Präsidenten, Dr. Höppner:
Das ist möglich. Beifall)

Ich möchte am Anfang ganz kurz meinem Kollegen Dr. Altmann zurufen: Es gibt in meinen Augen nicht nur ein abstraktes Recht auf Leben, sondern vor allem ein konkretes Recht des Kindes auf die Liebe der Mutter, und die läßt sich eben durch kein Gesetz erzwingen, sondern Gesetze sind hier eher hinderlich. Deswegen, denke ich, muß die Letztentscheidung nach aller Beratung, die wir forcieren müssen, bei der Mutter bleiben.

(Beifall)

Mein eigentliches Anliegen aber ist es, die gestrigen Ausführungen unseres Ministerpräsidenten durch ein paar sozialdemokratische Akzente im Bereich der Bildungspolitik zu unterstreichen. Viele Eltern wollen wissen, wie es konkret mit ihren Kindern in der Schule weitergeht. Unsere Antwort lautet: Das sollen die Eltern wirklich selber mitbestimmen können. Die demokratisch legitimierte Elternschaft soll mitentscheiden, was aus der Schule werden soll, in die jetzt ihre Kinder gehen. Soll die Schule zergliedert werden, so daß die Kinder wie in alten Zeiten schon relativ früh - je nach Begabung - in getrennte Schulen gehen, oder sollen unsere Kinder über die Unterstufenzeit hinaus länger beieinander bleiben, freilich so, daß sie dabei dennoch ihren Begabungen entsprechend differenziert gefördert werden? Wir Sozialdemokraten halten das letztere, die differenzierte Gesamtschule, für den geeigneteren Weg, nicht nur, um den Kindern möglichst lange ihr ursprüngliches soziales Umfeld zu erhalten, sondern vor allem um der Chancengleichheit willen. Wir möchten die Kinder in der Schule differenziert fördern statt auslesen.

Ein Schulsystem, das sich der Demokratie verpflichtet weiß, wird nicht nur einseitig auf die klassischen Lernleistungen blicken, sondern das gemeinsame Lernen sehr unterschiedlich veranlagter Kinder als Chance für soziale und politische Bildung begreifen. Damit die leistungsstarken Kinder hier nicht etwa unterfordert sind, wird es in einer solchen Gesamtschule für sie besondere zusätzliche Angebote geben. Außerdem werden für die Schüler, zwar nicht generell, aber für bestimmte Fächer wie Mathematik und Fremdsprachen, ab der 7. Klasse Grund- und Leistungskurse geschaffen. Vom Besuch dieser Leistungskurse aus führt der Weg zur gymnasialen Oberstufe und zum Abitur. Durch besondere Förderstunden sollen aber auch die leistungsschwächeren Schüler ihre Chance bekommen. So hilft die Gesamtschule vor allem dem einen oder anderen Spätentwickler, seinen Weg zum Abitur zu finden. Für uns Sozialdemokraten bedeutet Chancengleichheit nicht nur, daß man die gleiche Chance bekommt, etwas zu leisten, sondern auch daß man die gleiche Chance bekommt, etwas leisten zu können. Selbst bei gleicher natürlicher Begabung gibt es im Bildungsgrad des Elternhauses von dorthin Unterschiede bei den Kindern, die die Schule durch gezielte Förderung weitgehend auszugleichen hat. Natürlich ist nicht jedes Kind zum Abitur begabt, und nicht jeder, der dazu begabt ist, nutzt die eigenen Fähigkeiten. Aber jeder, der dazu begabt ist und den Willen dazu hat, soll bei uns die gleiche Chance zum Abitur bekommen.

(Beifall)

Die Bevorzugung von Kindern auf Grund einer bestimmten politisch-ideologischen Orientierung ist vorüber. Es darf nun aber nicht zur Bevorteilung von Kindern einer bestimmten sozialen und ökonomischen Schicht kommen. Darum bleibt die gezielte Förderung von Kindern auf Grund unterschiedlicher Startchancen im Elternhaus eine von unseren Schulen immer wieder neu zu bewältigende Aufgabe. Unsere Schulen werden diese Aufgabe nur erfüllen können, wenn in ihnen demokratisch gesinnte Pädagogen tätig sind und wenn Eltern und Schüler ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten ergreifen.

(Beifall)

Abg. Frau Barbe (SPD):

Ich beweise damit, daß ich es ernst meine und ihn schneller vortragen werde.

Also fünftens, den Satz, es fehlen die ungeborenen Kinder, hatten wir schon einmal. Damit sind im Mittelalter Hexen verbrannt worden, weil die nämlich die Praxis des Abbruchs beherrscht haben und es damals auch Kirchenfürsten nicht paßte, als Kinder fehlten.

Die Frage des Schwangerschaftsabbruchs entwickelt sich nämlich zu einem frauenpolitisch beherrschenden Thema der kommenden Bundestagswahl und auch der Vorbereitung der deutschen Einheit. Wie der Regensburger Staatsrechtler Prof. Udo Steiner erklärte, wäre bei einem Anschluß der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes die in der DDR geltende Fristenlösung verfassungswidrig. Und da tut sich doch eine Frage auf. Uns fehlte die deutliche Aussage, die wir im Koalitionspapier vereinbart haben, gestern in der Regierungserklärung. Und in dem vorgelegten neuen Verfassungsentwurf gibt es im Artikel 4 Abs. 3 einen Lösungsvorschlag, den wir unbedingt verteidigen werden. Zitat:

„Frauen haben das Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft. Der Staat schützt das ungeborene Leben durch das Angebot sozialer Hilfen.“

In diesem Artikel 4 ist das Recht auf Leben so formuliert, daß eine auf dieser Verfassung beruhende Verfassungsgerichtsbarkeit nicht mehr die unwürdigen Prozeduren der Indikationsregelung rechtfertigen kann. Zu diesem Punkt noch eine persönliche Aussage: Eine Frau, die in dieser Entscheidung nicht unter staatlich verordnetem Druck steht, entscheidet verantwortungsbewußter.

(Vereinzelt Beifall)

Dazu gehört aber auch, daß Frauen die Erfahrung machen können, daß ihnen bei der Entscheidung für das Kind geholfen wird. Ich denke an die zunehmenden Abtreibungen in Krankenhäusern zur Zeit, und zwar deshalb, weil Frauen verlassen werden von Männern und sie in dieser ungewissen Zeit nicht wissen, wie sie diese ihre gewollten Kinder auch aufziehen können,

(Stellenweise Beifall, vor allem PDS, Bündnis 90/Grüne, SPD)

Kindererziehung braucht den Schutz der Gesellschaft. Wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind verpflichtet, Anwälte nicht nur des ungeborenen, sondern vor allem des geborenen Lebens zu sein.

(Beifall, vor allem bei PDS, Bündnis 90/Grüne, SPD)

Wir alle wissen um das unwürdige Aufwachsen von Kindern in Heimen und bedauerlicherweise auch in Familien. Die Fraktion der SPD wird deshalb auch den Antrag einbringen, einen Gleichstellungsausschuß im Parlament einzurichten. Alle Beauftragten werden dafür Sorge tragen, daß die von uns verabschiedeten Gesetze auch die Konsequenzen für die betroffenen Personengruppen - und das sind keine Minderheiten - aufzeigen. Ich danke Ihnen.

(Beifall, vor allem bei SPD, PDS, Bündnis 90/Grüne)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner :

Ich danke allen Abgeordneten für ihre Toleranz, die hier nötig war, um diese Zeit zuzugeben. Aber es redet noch eine Frau, und das ist auch ganz schön. Es sind nicht so wenige, wie es bisher klang. Für Bündnis 90/Grüne redet jetzt die Abgeordnete Wollenberger.

Abg. Frau Wollenberger (Bündnis 90/Grüne):

Herr Ministerpräsident! Verehrte Abgeordnete! Herr Ministerpräsident, an Ihrer Regierungserklärung ist uns angenehm aufgefallen, daß sich im Gegensatz zur Koalitionsvereinbarung das ökologische Motiv wie ein roter Faden durch die gesamte Rede zog. Sie können sich unserer Unterstützung sicher sein, wenn es gilt, eine lebenswerte Umwelt zu gewährleisten, damit - ich zitiere - in letzter Stunde eine überlebensfähige Welt entsteht.

Um dieses Anliegen zu befördern, erlauben Sie mir nun bitte einige kritische Bemerkungen. Die von Ihnen getroffene Aussage, daß aus steigender Wirtschaftskraft die Möglichkeiten zur Finanzierung der nicht billigen Umweltschutzmaßnahmen wachsen soll und daß eine leistungsfähige Umweltindustrie aufzubauen ist, weisen auf die altbekannte Reparaturstrategie hin: Erst Schäden durch Wirtschaftswachstum verursachen, anschließend reparieren. Unserer Auffassung nach müßte stattdessen im Umweltschutz konsequent das Vermeidungsprinzip angewandt werden.

Ich möchte das an einem Beispiel erläutern. Sie nennen als Ziel Ihrer Energiepolitik eine umweltfreundliche Energieerzeugung und Energieverwendung durch Ersatz von Braunkohle durch Erdöl, Erdgas und Steinkohle. Für uns ist das ein umweltpolitischer Holzweg, wenn nicht zuallererst die Energieverschwendung drastisch abgebaut wird. Dies könnte sofort durch die Einführung einer Energiesteuer geschehen. Vor allem brauchen wir aber ein nationales Energiesparprogramm, das mit Mitteln ausgestattet werden sollte, die bisher in den Ausbau der Kernenergie fließen.

Täglich werden in Stendal zwei Millionen Mark verbaut. Für die ersten zwei Blöcke sind bisher fünf Milliarden ausgegeben worden, 18 Milliarden wird es mindestens kosten. Mit diesen Mitteln ließe sich zum Beispiel etwa ein Viertel unseres gesamten Wohnungsbestandes wärmetechnisch sanieren, daß heißt dauerhaft große Energiemengen sparen.

Darüber hinaus meinen wir, daß Entscheidungen über risikoreiche Anlagen wie Kernkraftwerke nicht allein von Gutachtern und zentralen Stellen getroffen werden können, sondern die Ak-

zeptanz der betroffenen Bevölkerung muß Bedingung jeder Entscheidung sein.

Wie will Ihre Regierung in Zukunft mit Bürgerinitiativen gegen die Atomkraft umgehen? An welche Form der Bürgerbeteiligung an solchen wichtigen Entscheidungen ist gedacht? Warum soll überhaupt an der Atomenergie festgehalten werden, wenn sie in der DDR nur drei Prozent der Primärenergie liefert, aber etwa 50 Prozent der gegenwärtig verbrauchten Energie einsparbar sind?

Wir denken dabei auch an die Ablösung solcher stromfressenden und naturzerstörenden Produktionen wie die Aluminiumherstellung, die Chlor-Alkali-Elektrolyse und die Karbidherstellung. Natürlich müßten in diesem Fall Konzeptionen entwickelt werden, wie die frei werdenden Arbeitskräfte eingesetzt werden könnten, z. B. im Bereich der Energieeinsparung und der Umweltsanierung in hochbelasteten Industriegebieten.

Woher soll das Geld für den Umweltschutz kommen? Die Fraktion Bündnis 90/Grüne meint: vor allem aus dem Militärhaushalt, der in der DDR kurzfristig um mindestens 50 % reduziert werden sollte.

Herr Ministerpräsident, Ihre gestrigen Ausführungen ließen erkennen, daß Ihre Regierung beim Abrüstungsprozeß eine Vorreiterrolle übernehmen möchte. Auch dabei können Sie unserer Unterstützung sicher sein. Es ergeben sich aber mehrere Fragen. Ihre Regierungserklärung umgeht die Kernfrage, welcher Militärrallianz die NVA in der Übergangsphase angehören soll. In der Koalitionsvereinbarung wird die NATO-Mitgliedschaft der DDR erwogen, aber in Ihrer Erklärung nicht erwähnt. Heißt das, daß Sie die NATO-Mitgliedschaft ausschließen oder daß die NATO-Mitgliedschaft schon beschlossene Sache ist? Sie sagen, daß die Ablösung der Militärbündnisse angestrebt wird, aber wie soll das geschehen? Die NVA ist geschaffen als Allianzarmee. Können Sie sich vorstellen, daß die integrierte Streitkräftestruktur der NVA im Rahmen des Warschauer Vertrages aufgelöst werden kann? Ihre Bemerkung, daß ein schrittweiser Abbau der bisherigen militärischen Verpflichtung der DDR angestrebt werden soll, läßt darauf schließen. Er läßt aber auch den Schluß zu, daß dies nur geschehen soll, um den Rücken frei zu haben für neue militärische Verpflichtungen in der NATO. Sie möchten den Prozeß der Ablösung der Militärbündnisse mittels bündnisübergreifender Strukturen als Beginn eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems fördern. Welche Fristen sind dafür vorgesehen, und was konkret soll der Beitrag der DDR dabei sein?

Sie setzen sich für eine Erweiterung des Sicherheitsbegriffes ein, haben aber die Notwendigkeit eines ökologischen Sicherheitssystems, das wir für überlebensnotwendig halten, nicht erwähnt. Was verstehen Sie unter drastischer Reduzierung der NVA? Was soll die NVA in der DDR vor wem schützen? Die Militärexperten sind sich längst einig, daß ein mitteleuropäisches Land nicht mit militärischen Mitteln verteidigt werden kann, und Ihre Regierung wird kaum meinen, daß eine Bedrohung der DDR von ihren östlichen Nachbarn ausginge.

Die Fraktion Bündnis 90/Grüne hält in diesem Zusammenhang die rasche Senkung der Präsenzstärke der NVA auf unter 100 000 Mann durch den sofortigen Verzicht auf die Neueinberufung von Wehrpflichtigen für unverzichtbar.

(Beifall)

Für unverzichtbar halten wir auch die sofortige und bedingungslose Einstellung der Rüstungsexporte, auch weil Rüstungsexporte in Krisengebiete über Strohmänner schwer zu verhindern sind.

Die Fraktion Bündnis 90/Grüne tritt, um diesen Punkt abzuschließen, dafür ein, daß ein vereintes Deutschland weder eine neutrale Militärmacht ist noch militärisch in die NATO integriert wird, sondern daß Elemente einer neuen europäischen Friedensordnung auch die Übergangszeit schon bestimmen. Politisch sollte die DDR Mitglied in NATO und Warschauer Vertrag sein. Damit würde sie ihrer viel beschworenen Brückenkopff-

funktion zwischen Ost und West am besten gerecht. Danke schön.

(Beifall)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Für die Fraktion der Liberalen spricht der Abgeordnete Krause.

Abg. Helmut Krause (Liberal):

Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete! Die Zeit der Unsicherheit, die Zeit der Angst, die Zeit, wo sich täglich Tausende von Menschen aus dem Land getrieben fühlten, diese Zeit, die ist vorbei. Und wir aus den verschiedenen Fraktionen, die wir bereits Jahrzehnte dem staatlichen Machtapparat sowohl subversive Opposition gewesen als auch mittelbare Stützen dieses Staates waren, wir, wir sind jetzt hier vom Volk gewählt in diesem Haus. Und der Ministerpräsident hat uns seine Regierungserklärung vorgelegt. Die große Koalition, zu der wir Liberale als verlässliche Partner gehören, trägt diese Regierungserklärung. Wir sind ein kleiner Teil in der Koalition. Die Koalition besteht aus verschiedenen, je nach Zählung, 5 bis 8. Da kommen verschiedene Meinungen zusammen. Diese verschiedenen Meinungen sind zusammen gebunden. Sie sind jetzt wirklich tragfähig, und ich denke, daß es wichtig ist, daß wir jetzt uns nicht innerparlamentarisch als auch außerparlamentarisch so schwer belasten lassen, daß die Koalition in Frage gestellt sein könnte.

Es ist nicht gut, wenn hier im Hause und somit in der Öffentlichkeit von der Vorläuferin der PDS und PDS selbst und anderen da sozusagen gehebelt wird und Erfolge erwartet werden. Diese Erfolge, denke ich, sind ein Irrtum, sie zu erwarten.

(Heiterkeit bei Bündnis 90/Grüne und PDS)

Ich habe vorhin gehört, heute vor der Pause, als jemand sprach und das Bild von dem Gerichtssaal benutzte, daß die Täter in den Gerichtssaal gehören. Ich will hoffen, daß alle, die da Beifall bekundet hatten, daß die auch wirklich meinen: die Anklagebank. Es gibt ja noch andere Orte im Gerichtssaal.

(Bewegung bei der PDS)

Es ist schlimm, wenn in der Jetztzeit jetzt schon vergangene Zeiten glorifiziert werden, wenn jetzt schon wieder das Geschäft mit der Angst betrieben wird, und es gibt mir schwer zu denken, wenn - ich vermute, in Unwissenheit, was da so passiert - da wirklich demokratische Kräfte in diesem Stil mitbenutzt werden.

(Unmutsäußerungen bei PDS und Bündnis 90/Grüne)
(Zuruf eines PDS-Abgeordneten: Was wird das, wenn es fertig ist?)

Noch etwas?

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)
(Zuruf eines Abgeordneten von Bündnis 90/Grüne:
Worum geht es?)

Es geht darum, daß dieses Wort „Haltet den Dieb“ ja eine tiefe Bedeutung hat.

(Heiterkeit bei PDS und Bündnis 90/Grüne und Beifall)

Und ich denke da, um das zu verdeutlichen, ein kleines Beispiel:

(Zuruf eines Abgeordneten von Bündnis 90/Grüne:
Was will ich damit sagen?)

Es waren eben Menschen, die bisher Macht gehabt haben und immer noch haben, die dann sich drei- bis vier-, fünfmal Begrüßungsgeld haben geben lassen.

(Bewegung im Saal)

Ich möchte, daß dieses Geschäft so nach der Methode „Haltet den Dieb!“ nicht weiter betrieben wird, denn wenn jetzt so gesprochen wird und in Bildern gesprochen wird,

(Unmutsäußerungen und vereinzelt Heiterkeit bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

wenn in Bildern gesprochen wird, so lassen Sie mich als letztes einfach dieses schon mehrfach strapazierte Bild von den Füßen und dem Schuh bringen.

(Heiterkeit bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Wenn da dieser Aschenputtelvergleich aufgebracht wurde, dann zeigt es doch, daß die Bisherigen dann auf zu großem Fuß gelebt haben und der Fuß abgeschnitten werden muß.

(Beifall)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Als nächster für die Fraktion der PDS der Abgeordnete Dr. Heuer.

Abg. Prof. Dr. Heuer (PDS):

Herr Präsident! Herr Ministerpräsident! Meine Damen und Herren! Die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten drückte für mich den Willen aus, die Interessen des Volkes der DDR selbstbewußt zu vertreten. Nach meiner Auffassung haben alle Fraktionen dieses Hohen Hauses die gemeinsame Verantwortung, allen Schichten und Gruppen unseres Volkes materiell und auch ideell den aufrechten Weg in die deutsche Einheit zu ermöglichen.

Es geht dabei vor allem um drei Fragen, auf welchem Weg der Schutz der Interessen und Rechte der Bürger der DDR am besten gewährleistet ist, wie wir sichern, daß der entstehende gemeinsame deutsche Staat die besten Züge beider deutscher Staaten vereint, und auf welchem Wege die Einbettung dieses Prozesses in die gesamteuropäische Entwicklung, vor allem in die Herstellung einer europäischen Sicherheitsordnung am besten gewährleistet ist.

Wir sollten gemeinsam versuchen, nicht nur durch Abstimmung, sondern auch durch Argumente diesen Weg zu bestimmen. Ein besonders wichtiges Feld ist dabei das Recht. Die von uns zu beschließenden Rechtsnormen sollten in hohem Grade gemeinsam akzeptierbar sein. Das Recht gilt für alle. Der Rechtsstaat muß als Staat aller empfunden werden. Die PDS ist deshalb bereit, an allen hier vorgeschlagenen Gesetzen bis hin zur Justizreform konstruktiv mitzuarbeiten.

Von einigen Vertretern der Koalition wurde hier alles an der Schnelligkeit der Herstellung der Einheit gemessen. Ich möchte demgegenüber den Satz aus der Regierungserklärung anmahnen: Wir werden uns auch in Zukunft Zeit zum verantwortlichen Nachdenken nehmen.

Wenn die Rahmenbedingungen so gut, so vernünftig und so zukunftsfähig sein sollen wie nötig, dann muß daran seriös gearbeitet werden, und zwar für die Öffentlichkeit einsichtig und verstehbar. Ich meine, daß es hier ernsthafte Widersprüche im Auftreten der Regierungskoalition gibt. So ist - um ein Beispiel zu nennen - in der Regierungserklärung einiges gesagt worden zu Schutzmechanismen - etwa für die Betriebe: So wie für Griechenland, Portugal oder Spanien mehrjährige Übergangsregelungen zum Schutz ihrer eigenen Wirtschaft gelten, werden wir vergleichbare Schutzmechanismen mit der Bundesregierung vereinbaren müssen. Gestern Abend aber hat Wirtschaftsminister Pohl sich gegen Schutzgehege für Betriebe oder Branchen ausgesprochen, wenn die D-Mark hier eingeführt wird. Was keinem einzigen EG-Land zugemutet wird, was auch nicht den Werften in der BRD zugemutet wurde, was ihren Bauern nicht zugemutet wird, soll hier mit den Brüdern und Schwestern in der DDR vollzogen werden.

Hier ist eben noch einmal von den Angstmachern gesprochen worden. Ich meine, daß solche Bemerkungen, zur Nichterrichtung von Schutzgeboten Angst machen müssen. Im übrigen handelt es sich nicht um Tiere, sondern um Menschen, um Arbeiter, auch um die Wähler der Regierungsparteien, auch um die Wähler der Partei von Herrn Minister Pohl.

(Zurufe)

Ich weiß, daß Arbeiter Ihre Partei gewählt haben.

In der Regierungserklärung wurde gesagt, daß die stärkste Macht - der Staat - sich im freien Spiel der Kräfte zum Anwalt der Schwächeren machen soll. Es geht aber hier in der Realität unseres Landes auch noch um eine ganz andere Kraft, um die Macht großer Konzerne, um die Macht des Kapitals. Zu ihrer Eingrenzung benötigen wir Regelungen, beispielsweise eine Mitbestimmungsregelung, von der in der Regierungserklärung überhaupt nicht die Rede war. Ich möchte voll - ich denke, auch im Namen meiner Fraktion zu sprechen - das unterstützen, was hier Kollege Reich zur Sicherung des Gemeineigentums gesagt hat. Wir wollen kein staatliches Eigentum im alten Sinne. Aber wir müssen ernsthaft die Frage stellen: Brauchen wir nicht auch Gemeineigentum, demokratisch kontrolliertes Gemeineigentum in unserer Wirtschaft? Das ist eine Frage, der wir uns unbedingt stellen müssen. In der Regierungserklärung ist diese Frage nicht eindeutig beantwortet worden. In der Koalitionsvereinbarung heißt es: Es soll vor allem in Privathand überführt werden. Die Regierungserklärung hat sich dazu nicht geäußert. Ich möchte das so interpretieren, daß die Frage des Gemeineigentums noch einmal ernsthaft gestellt werden sollte.

(Beifall vor allem bei der PDS und Bündnis 90/Grüne)

Das entscheidende Problem und die entscheidende Gefahr für die Verwirklichung der Regierungserklärung sehe ich in dem angekündigten Bonner Staatsvertrag. Wir alle kennen diesen Staatsvertrag nicht. Aus Indiskretionen entnehmen wir, daß schon ein Vertrag von 50 Seiten vorliegt, mit 33 Seiten Rechtsvorschriften. Ich darf ganz kurz auf einige Punkte aufmerksam machen.

In dem Staatsvertrag steht - nach der heutigen TAZ, wir sind auf die Zeitung angewiesen -, daß die Deutsche Bundesbank das Recht haben soll, ihre Befugnisse bei uns auszuüben. Die DDR soll sich zum Grundgesetz bekennen. Es steht drin, daß unsere Regierung ihre Politik mit der Bonner Regierung abstimmen muß, die Regierung der Bundesrepublik dagegen braucht unsere Regierung nur zu unterrichten. Es ist kein gleichwertiger Vertrag, es ist - wie gesagt wurde - ein Vertrag der Unterwerfung der DDR.

Ich bin der Meinung, wir müssen diesen Staatsvertrag in diesem Hause, in unseren Ausschüssen sehr, sehr sorgfältig abklopfen, damit hier nicht Unvertretbares für unser Land, für die Interessen unserer Bürger geschieht, damit wir den Weg in die Einheit gehen können im Interesse unserer Bürger, in Verteidigung der Rechte unserer Bürger.

(Beifall vor allem bei der PDS)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner :

Für die Fraktion der CDU/DA spricht als nächster der Abgeordnete Krziskewitz.

Abg. Krziskewitz (CDU/DA):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Einführung einer sozialen und ökologisch orientierten Marktwirtschaft bedarf grundlegender finanz- und währungspolitischer Veränderungen in unserem Land. Die CDU-Fraktion unterstützt deshalb die in der Erklärung des Ministerpräsidenten enthaltenen Absichten, eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zu einem für beide deutsche Staaten gleichermaßen günstigen Zeitpunkt herzustellen.

Dabei übersehen wir nicht, daß auch im Blick auf die Erhö-

hung der Verantwortung der Kommunen eine neue Finanzverfassung geschaffen werden muß, die auf der Grundlage eines am Steuersystem der Bundesrepublik orientierten Finanzierungsmodells auch günstige Startbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen sichert. Diese neue Finanzverfassung muß mit den künftigen föderalen und Länderstrukturen in Übereinstimmung stehen und den Möglichkeiten der Finanzverwaltung der DDR entsprechend vereinfacht werden, z. B. bei Pauschalisierung und Selbstveranlagung.

Wenn die CDU-Fraktion davon ausgeht, daß die monetäre Vereinigung möglichst schnell vollzogen werden sollte, dann sehen wir darin erstens einen unabdingbaren Beitrag für den Fortgang der Wirtschaftsunion. Ohne eine durch die D-Mark garantierte monetäre Stabilität ist auch eine politische Stabilität und, damit verbunden, die Integration in das europäische Währungssystem nur schwer zu erreichen.

Zweitens: Die DDR wäre als Handelspartner und Kreditnehmer vom ersten Tage der Währungsgemeinschaft an eine erste Adresse. Wir sind uns dessen bewußt, daß die Währungsgemeinschaft auch im Verbund mit einer Sozialgemeinschaft zur Erhaltung der Spar- und Geldvermögen in der DDR beitragen und gleichzeitig den Grundbestand und den Ausbau eines breiten Mittelstandes garantieren muß.

Die CDU stimmt mit dem Anliegen überein, den notwendigen Fremdkapital- und Zuschußbedarf für die Wirtschaft der DDR zu minimieren, ihn nicht über die Zunahme der Verschuldung des Bundeshaushaltes zu finanzieren und die dafür nötigen Ressourcen durch Inanspruchnahme der Kapitalmärkte zu realisieren. Unser Ziel ist es, das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft zu stärken und einen schnellen Anschluß der Unternehmen an die Weltmärkte zu erreichen.

Dem entspricht auch der vorgesehene Umtausch der Sparguthaben von einer Mark zu einer D-Mark, wobei wir es bedauern, daß im Vorfeld der gestrigen Regierungserklärung unterschiedlichste Größen für die Höhe des Erstumtauschbetrages in der Presse gehandelt worden sind. Wir befürworten die Limitierung des Erstumtausches vor allem unter Berücksichtigung echter sozialer Interessen, z. B. der Guthaben der Rentner. Gerade sie müssen unter Beachtung der nur allmählichen Anhebung des D-Mark-Rentenbetrages die Möglichkeit erhalten, schneller auf ihre Sparguthaben zurückgreifen zu können. Wir treten dafür ein, daß die auf den Sparkonten angelegten Mittel unabhängig von Befristung und Limitierung für Betriebsgründungen, -erweiterungen und -erneuerungen verfügbar sind. In der gleichen Weise müßte verfahren werden, wenn Sparguthaben für den Erwerb von Anteilscheinen an Unternehmensbeteiligungsgesellschaften oder für den Kauf weiterer Immobilien, wie Wohnungen, verwandt werden sollen.

Die Umstellung von Löhnen, Gehältern und sonstigen Einnahmen im Verhältnis 1 : 1 ist in einem unmittelbaren Zusammenhang mit einer Pro-Kopf-Zulage, die aus dem Wegfall von bisherigen Produkt- und Leistungssubventionen entsteht, dann auch sozial gerecht und für die Erreichung des westdeutschen Produktivitätsniveaus leistungsfördernd.

So wird nach der Umstellung zu den genannten Bedingungen das National- als auch das Realeinkommen nicht geschmälert, sondern sich allmählich erhöhen.

Lassen Sie mich abschließend noch auf die besondere Problematik der Umbewertung der Forderungen und Verbindlichkeiten nicht nur der VEB, sondern aller Betriebe und Unternehmen hinweisen. Wir sind der Auffassung, daß seitens des Finanzministeriums hier wohlgedachte und differenzierte Kriterien erarbeitet werden müssen, denn das halten wir vor allem im Zusammenhang mit der notwendigen Erstellung der D-Mark-Eröffnungsbilanzen aller Unternehmen für wichtig.

(Beifall bei CDU/DA und DSU)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner :

Als nächster spricht für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Hacker.

Abg. Hacker (SPD):

Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Mit Befriedigung stellt die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei den breiten Gleichklang im Wortlaut der Koalitionsvereinbarung und in der Regierungserklärung vom gestrigen Tage auf den Gebieten der Innen- und Rechtspolitik fest, dies um so mehr, als darin sozialdemokratische Programmatik deutlich zu erkennen ist.

Es ist ein Gebot der geschichtlichen Verantwortung, vor der die erste demokratisch gebildete Regierung in der DDR steht, wenn in der Regierungserklärung die Rechtsstaatlichkeit zur Regierungspolitik erhoben wird. Wir begrüßen das in der Regierungserklärung abgegebene Bekenntnis zur Rehabilitierung politisch Verfolgter des SED-Regimes und die vorgesehenen Maßnahmen zur Demokratisierung des Justizwesens.

(Vereinzelter Beifall)

Mit dem eindeutigen Bekenntnis zum Verzicht auf eine Geheimpolizei, wie immer sie heißen mag, stellt sich die Regierung der hunderttausendfachen Forderung des Herbstes des vorigen Jahres nach Rechtssicherheit statt Staatssicherheit. Die Regierung wird jedoch in Zukunft nicht an den verbalen Erklärungen, sondern am konkreten Handeln zu messen sein. Ein erster Prüfstein auf innenpolitischem Gebiet scheint die Frage der Einbeziehung der Bürgerkomitees zur Auflösung des MfS bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit zu werden.

(Schwacher Beifall bei der SPD)

Diese Komitees haben in den zurückliegenden Wochen und Monaten eine unermessliche Arbeit geleistet, einzelne Mitglieder sind bedroht und angefeindet worden. Die Bürgerkomitees haben jedoch auch durch intensive Arbeit in einem morastigen Bereich einen Erfahrungsschatz gesammelt, der im Interesse der von den Bürgern geforderten zügigen Auflösung dieser Dienststelle benutzt werden muß und nicht verloren gehen darf. Wir fordern daher vom Minister für Innere Angelegenheiten, Herrn Dr. Diestel, der Grundforderung nach Dezentralisierung der Macht und bürgernaher Politik gerecht zu werden und bei den weiteren Entscheidungen dies zu beachten.

Insofern begrüßen wir die Erklärung in der BZ vom heutigen Tage, in der ein Dementi enthalten ist, das darauf eingeht, daß die gestrige Mitteilung, wonach die Rechte der Bürgerkomitees degradiert werden sollen und die Bürgerkomitees und ihre Tätigkeit in Frage gestellt werden sollen, nicht mehr aufrechterhalten wird.

Die Mitglieder der Bürgerkomitees waren es doch, die im Herbst 1989 gemeinsam mit Ihnen, Herr Minister, auf der Straße waren und die Forderung nach der Auflösung der Stasi stellten. Die Bewältigung der SED-Vergangenheit, zu der in besonderem Maße die Strukturaufklärung und Auflösung des MfS bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit gehören, erfordern gerade jetzt die Nutzung des Sachverständnisses der Mitglieder der Bürgerkomitees. Die Fragen der Abarbeitung dieses Teils der Vergangenheit gehören auf den Tisch der Öffentlichkeit und nicht unter den Teppich - der hat bereits Falten genug.

(Vereinzelt Beifall bei der Fraktion der SPD)

Auch in Zukunft wird die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei dieser Altlast der DDR-Geschichte ein waches Augenmerk schenken. Ein Sportler würde sagen, das bleibt für uns ein Schwergewichtproblem, und wir warnen davor, sich daran zu verheben.

In der Regierungserklärung fehlte ein klares Wort zu den Rechtsgeschäften über staatliche Grundstücke, die insbesondere nach dem 7. Oktober abgewickelt wurden. Auch wenn hierzu bzw. gerade weil seitens der Übergangsregierung Modrow Regelungen erlassen wurden, ist dieses Kapitel für die Fraktion der SPD nicht erledigt. Die Bürgerinnen und Bürger haben den Kampf gegen die Diktatur gewonnen. Jetzt müssen wir die Demokratie sichern und für die Menschen erlebbar werden lassen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Rechtsstaatlichkeit, auf

die in der Regierungserklärung Bezug genommen wird, bedeutet Anerkennung und Durchsetzung der geltenden Gesetze, sowohl die derzeitige Verfassung mit all ihren Lasten aus der Vergangenheit, aber genauso auch die Respektierung des Arbeitsrechts in der DDR, das uneingeschränkt gilt. Die Sozialdemokratische Fraktion fordert die Regierung auf, Rechtsbeugungen durch staatliche Leiter, die vor Monaten Sachwalter der Staatspartei waren, einen Riegel vorzuschieben.

(Beifall)

Hier wollen sich sozialistische Funktionärskader zu neuen Managern mausern. Ich bedanke mich.

(Lebhafter Beifall)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Als nächster spricht für die Fraktion der DSU der Abgeordnete Nowack!

Abg. Nowack (DSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Über Marktwirtschaft ist natürlich heute viel geredet worden, aber wenn man hört, was die Vorredner - insbesondere der PDS - hier gesagt haben, dann haben wir nur jetzt den Eindruck, daß ein großes Verhängnis über unser Volk hereinbricht mit der Einführung der sozialen Marktwirtschaft.

Und dann ist vom neuen Geist die Rede gewesen, dem neuen Geist, den ich leider nach wie vor vermisse, denn im Zusammenhang mit dem Neuen, mit der sozialen Marktwirtschaft verteilen sie bereits - obwohl die Marktwirtschaft noch nicht eingeführt ist, obwohl sie noch nicht funktioniert - schon lustig Leistungen, die noch gar nicht erbracht worden sind.

(Beifall)

Das ist etwas, was sie schon früher auch gemacht haben!

(Lebhafter Beifall)

Das ist der alte Stil, es muß erst was erarbeitet werden, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es muß, damit die soziale Marktwirtschaft sozial sein kann, diese erst einmal funktionieren! Das wissen Sie, das wissen Sie genauso gut wie alle anderen, bloß: Sie sagen es nicht, Sie wollen es verhindern.

(Beifall vor allem bei den Fraktionen der CDU/DA und DSU)

Und die Probleme, die die PDS mit der DSU hat, hat die DSU vielleicht mit der PDS,

(Heiterkeit)

und die resultieren wohl daraus, daß Sie mit Ihrer eigenen Metamorphose große Schwierigkeiten haben.

(Heiterkeit, Beifall)

Der Abgeordnete Gysi sprach heute darüber, daß er wohl Verständnis dafür habe, daß die SPD mit der DSU nicht so wollte. Herr Gysi, Sie haben gegenüber Fraktionsfreunden der DSU geäußert, daß Sie sich eine Zusammenarbeit mit der DSU durchaus vorstellen können und die einer Zusammenarbeit mit der SPD vorziehen würden.

(Heiterkeit)

Das ist ein recht sonderbarer Vorgang.

Und dann etwas zu den christlichen und sozialistischen Idealen: Wissen Sie, es ist so eigenartig wie in der Vergangenheit. Sie haben doch von sozialistischer Moral gesprochen! Kein Mensch in unserem Lande wußte eigentlich, was das ist.

(Heiterkeit und Beifall, vor allem bei der DSU)

Da bleiben wir doch lieber beim Christentum. Damit wissen wir etwas anzufangen.

Und dann etwas zur Moral, weil das ja so häufig hier besprochen worden ist.

Wir haben eine fatale Geschichte hinter uns. 1945 brach das Dritte Reich zusammen. Der Nationalsozialismus hatte die Welt zerstört, hatte Millionen Opfer hervorgebracht, die Menschen in KZs gesteckt, hat alle politischen Gegner verfolgt und sogar verrietet.

Die moralische Konsequenz aus dieser Geschichte muß doch sein, unter allen Umständen - und da haben wir eben nichts verdrängt, überhaupt nichts verdrängt - unter allen Umständen Gewaltanwendung - und das ist die Lehre aus dem Dritten Reich - unter allen Umständen Gewaltanwendung zu vermeiden und zu verhindern.

Und da frage ich Sie, was haben Sie denn in den letzten vierzig Jahren gemacht? Sie haben die Lehren aus dem Dritten Reich nicht gezogen! Denn dann hätten sie das überhaupt nicht fertig-kriegen können!

(Beifall, vor allem bei der CDU und der DSU)

Dann kommt das allergrößte Stück. Sie stellen sich hier hin vor das deutsche Volk nach 40 Jahren katastrophaler Politik, nach Verbrechen, wie sie nach dem Dritten Reich nur noch in dieser Zeit stattgefunden haben auf deutschem Boden,

(Zwischenruf vom Bündnis 90/Grüne:
Zur Regierungserklärung bitte!)

und nachdem Sie das Land heruntergewirtschaftet haben, stellen Sie sich hin und sagen: Nun entschuldigt mal. Keine Entschuldigung, wir entschuldigen uns vor dem deutschen Volk. Das ist ein einmaliger Vorgang, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das hat es in der deutschen Geschichte noch nicht gegeben, denn dann könnten wir ja Herrn Goebbels einräumen, daß er sich dreimal entschuldigen darf, und die ganze Angelegenheit ist erledigt.

(Erregte Zwischenrufe aus mehreren Fraktionen

- Zuruf: Jetzt reicht es aber! Schwacher Beifall bei der DSU und der CDU/DA. Die meisten Mitglieder der PDS-Fraktion verlassen aus Protest den Plenarsaal

- Zuruf aus der PDS-Fraktion: Anstand haben Sie überhaupt nicht! Und: Bringen Sie doch ein Gesetz ein, daß sie uns erschießen sollen! - Glocke des Präsidenten -
- Zuruf aus der Fraktion Bündnis 90/Grüne:
Daß paßt doch nicht zur Regierungserklärung!)

Ja, ich höre gerne zu. Etwas zu der Währungsunion, meine sehr verehrten Damen und Herren. Da ist hier die Rede davon gewesen, daß der Bundeskanzler Kohl ein abnehmendes Interesse an der Einheit des Vaterlandes zeigt. Das ist eine Unterstellung.

(Glocke des Präsidenten)

Daß läßt sich nicht nachvollziehen. Das ist eine Behauptung.

(Zuruf: Aufhören!)

(Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß. Zwischenruf: Dazu hätte es mindestens einen Ordnungsruf geben müssen.)

Meine Damen und Herren, noch etwas zum Artikel 23. Der Artikel 23 ist ein Rechtsanspruch gegenüber unserem Volk und kein Gnadenakt.

(Erneut Glocke des Präsidenten)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner :

Als nächster spricht für die Fraktion der CDU/DA der Abgeordnete von Essen.

Abg. Dr. von Essen (CDU/DA):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete! In der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß dieses Parlament wie jedes andere frei gewählte Parlament die Verpflichtung hat, den Willen des Volkes zu erfüllen. Schade, meine Damen und Herren, daß die Herren hier aus der Mitte jetzt nicht da sind und es hören. In den Herbsttagen des vergangenen Jahres wurde durch Hunderttausende dieser Wille tausendfach deutlich zum Ausdruck gebracht. Er lautet: Nie wieder Sozialismus, nie wieder SED! Die Bevölkerung der DDR will nach 40jähriger Bevormundung und Unterdrückung endlich wieder in einem vereinten Deutschland leben. Das Volk will die deutsche Einheit nicht nur wegen der D-Mark, sondern weil dieses Land von der SED in den Ruin getrieben wurde. Die D-Mark ist nur Ausdruck einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik.

(Die Abgeordneten der PDS-Fraktion nehmen wieder ihre Plätze im Plenarsaal ein.)

40 Jahre lang hat diese Partei ein ganzes Volk systematisch unterdrückt und ausgebeutet.

(Beifall bei der CDU/DA-Fraktion und der SPD-Fraktion.
Zwischenruf: Wie steht es mit der Schuld der CDU?
Wie sehen Sie Ihre eigene Schuld?)

Wissen Sie, Sie können sich erkundigen, wie lange ich dieser neuen CDU angehöre, und dann dürften Sie mit mir darüber reden.

(Beifall bei der CDU/DA-Fraktion)

Die ökonomische Schwäche der DDR ist Ausdruck einer total verfehlten Wirtschaftspolitik. Unsere Betriebe sind nicht konkurrenzfähig. Unsere Landwirtschaft ist durch Kollektivierung und Dirigismus einer freien Wirtschaft nicht gewachsen. Wer trägt die Schuld an dieser verfehlten Politik? Herr Krenz hat es uns noch am 1. 11. 1989 auf einer Pressekonferenz in Moskau gesagt. Er sagte: Alles, was sich in der DDR vollzogen hat, ist die Arbeit des Politbüros und der Partei. Na, bitte. Diese Partei hat unser deutsches Volk in zwei feindliche Lager gespalten. Sie hat gewachsene Strukturen, Straßen und Bahnlinien willkürlich zerstört. Sie hat Milliarden ausgegeben, um eine Todesgrenze quer durch Deutschland zu errichten. Wer hat den Stacheldraht und die Schandmauer bezahlt? Wer hat die Kosten für die zig tausend Grenzbewacher, für elektronische Sicherheitseinrichtungen, für Minen und Bluthunde getragen? Wer hat die Kosten für zerstörte Wohnhäuser, für Kirchen und Betriebe, die im Grenzgebiet lagen und um ein freies Schußfeld zu bekommen, dem Erdboden gleichgemacht? Wer trug die Kosten für den Staatssicherheitsdienst, die Spitzelorganisation, die Schild und Schwert der Partei war?

Meine sehr verehrten Abgeordneten! Nicht nur daß dieses alles gegen unseren Willen geschah, wir sollen es auch noch bezahlen. Das, meine verehrten Abgeordneten, darf nicht sein. Wer dafür die Verantwortung trägt, muß auch nach dem Verursacherprinzip zur Kasse gebeten werden.

(Beifall bei CDU/DA und SPD)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner :

Ich bin nach der Geschäftsordnung verpflichtet, den Redner zu ermahnen, beim Thema zu bleiben. Es geht um die Regierungserklärung. Wenn die Verbindung deutlicher wäre, wäre es dem Hause hilfreich ...

Dr. von Essen (CDU/DA):

... Ich bemühe mich, ich sehe das aber als einen Teil der Deutschlandpolitik.

(Zuruf: Propagandarede!)

Ja, so kennen Sie es. Die alte SED existiert nicht mehr, und das ist gut so. Eigentlich hätten Sie eben mit applaudieren können.

Wir sind es aber unserem Volk schuldig, sofort wenigstens einen Teil des angerichteten Schadens durch das Vermögen der alten SED begleichen zu lassen.

(Beifall bei der CDU/DA-Fraktion und der SPD-Fraktion)

Nicht die Arbeiter in den Betrieben, nicht die Bauern auf dem Lande und nicht die Rentner tragen die Schuld an dem desolaten Zustand unserer Volkswirtschaft. Sie dürfen nicht noch einmal betrogen werden. Ihnen darf man die Lasten nicht ein weiteres Mal aufbürden.

(Zuruf: Hoffentlich vergessen Sie das nicht.)

So wird es sein. Arbeiter haben mir vor einigen Tagen gesagt: „Holen wir uns von denen die notwendigen Mittel, die sie uns 40 Jahre lang entwendet haben!“

(Bravo, Beifall von CDU/DA DSU, SPD)

Sie haben weiter gesagt: „Nicht Almosen wollen wir haben. Wir wollen das haben, was uns zusteht.“ - Und das, meine Damen und Herren, ist der Wille des Volkes.

(Glocke des Präsidenten)

Mit diesen Mitteln können wir dann wenigstens einen kleinen Teil unserer Betriebe rekonstruieren und die dringendsten Nöte im Gesundheitswesen zu lindern versuchen. Damit können wir sozialen Nöten begegnen und unseren Rentnern das geben, was sie nach einem arbeits- und entbehrungsreichen Leben verdient haben. Ich muß leider aufhören. Danke schön.

(Beifall, vor allem von CDU/DA, DSU)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner :

Als nächster spricht für die Fraktion der PDS der Abgeordnete Höpcke.

Abg. Höpcke (PDS):

Herr Präsident! Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete! In der Regierungserklärung ist das Verhältnis zwischen Vereinigung der beiden deutschen Staaten und Ablösung der Militärbündnisse mittels bündnisübergreifender Strukturen als Beginn eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems berührt worden. Ich nehme an, Sie, Herr Ministerpräsident de Maizière, haben die Minister Meckel und Eppelmann gebeten, die Untersuchungen und Überlegungen zu diesem Thema weiterzuführen. Auch einige Ausschüsse dieses Hohen Hauses, darunter der Koordinierungsausschuß für deutsche Einheit, dem anzugehören ich die Ehre haben soll,

(Zuruf von der SPD: Ach, der Chefzensor!)

könnten sich damit beschäftigen.

Lesarten gibt es zu Geschriebenem, Lesarten gibt es auch zu Weggelassenem. Daß in der Regierungserklärung das Vorhaben, die NATO um die DDR zu erweitern, weggelassen wurde, lese ich als Ausdruck einer wichtigen Erkenntnis, der Erkenntnis nämlich, daß eine solche Operation die Ausgewogenheit der internationalen Folgen der Vereinigung der beiden deutschen Staaten verletzen würde. Von einer Wahrung der Sicherheitsinteressen unserer Nachbarn und der UdSSR könnte stimmige Rede oder, um es auch moralisch zu sagen, ehrliche Rede nicht mehr sein.

Für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten wird von der Regierung eine sehr kurze Zeit ins Auge gefaßt. Nun ist die Frage, wie sie genutzt wird, die Konfrontation der Staatsgruppierungen abzubauen. Von einem solchen Denkansatz her gelangt man, unvoreingenommene Folgerungsbereitschaft vorausgesetzt, nicht zum abwegigen Einfall, die eine der Organisationen auf Kosten der anderen zu stärken, sondern zu dem Vorschlag, die Vereinigung der deutschen Staaten mit der Schaffung neuer europäischer Sicherheitsstrukturen zu verbinden, ja

letztere zu einem Bestandteil ersterer zu machen, und zwar so, daß beide nur miteinander, nicht nacheinander oder gar ohne einander bzw. gegeneinander funktionieren.

In der in Bonn erscheinenden Halbmonatsschrift „Europa-Archiv“ sind kürzlich in Heft 6 vom 25. März 1990 von Prof. Dr. Manfred Müller, Potsdam, einige Vorstellungen darüber erläutert worden, welche Elemente zweckmäßigerweise zu neuen europäischen Sicherheitsstrukturen gehören könnten. Bei den politischen Rahmenbedingungen betont er die Notwendigkeit eines Systems politischer Konfliktverhütung und obligatorischer Streitbeilegung einschließlich der Schaffung entsprechender Mechanismen. Im militärischen Bereich tritt er für eine integrative Struktur der Streitkräfte ein. Dazu könnten regionale Gruppierungen geschaffen werden, die nicht mit den nationalen Grenzen identisch sein müssen. Auch sind internationale Verbände denkbar. Einem Ministerkomitee sollte die oberste Verantwortung übertragen werden, schlägt Prof. Müller vor.

Die deutschen Truppen rät er zunächst auf 200 000 Bundeswehrangehörige und 50 000 Angehörige der Nationalen Volksarmee zu reduzieren. Damit entspräche die Truppenstärke Deutschlands ungefähr jener, die einige seiner Nachbarn - Frankreich, Italien und Polen - jeweils besitzen. Ein erster spürbarer Schritt zur Entmilitarisierung wäre getan. Die zeitweilig auf deutschem Boden verbleibenden Truppen der UdSSR und der USA könnten je 50 000 Mann umfassen.

Wichtig wäre auch, daß Deutschland sich zum dauerhaften Nichtbesitz und zur Nichtstationierung von Massenvernichtungswaffen verpflichtet und auf eigene Kernwaffenträger verzichtet. Hinzu kommen offene Berichterstattung, Begrenzung von Übungen sowie weitere Maßnahmen der Vertrauensbildung und Kontrolle für alle Teilnehmerstaaten.

Weiterführende Abrüstungsmaßnahmen sollen unter anderem auf die Halbierung der Streitkräfte aller europäischen Staaten bis zum Ende des Jahrzehnts und auf die Beseitigung aller Kernwaffen vom europäischen Kontinent orientiert sein.

Ich finde es wohlthuend, wenn Politiker in Bonn wie in Berlin bei der Formulierung, daß statt eines deutschen Europas ein europäisches Deutschland anzustreben sei, sich gleichermaßen auf Thomas Mann berufen. Da seine Worte gelegentlich in allzu bruchstückhafter Verknappung zitiert wurden, erlaube ich mir, Ihnen die authentische Fassung vorzutragen:

„Es war“, schrieb er, „das Europäische auf deutsch, was ich in ihnen“, er spricht von den deutschen Dichtern, „fand, ein europäisches Deutschland, welches immer das Ziel meiner Wünsche und Bedürfnisse bildete, sehr im Gegensatz zu dem ‚deutschen Europa‘, dieser Schreckensinspiration des deutschen Nationalismus, die mir von je ein Grauen war und die mich aus Deutschland vertrieb.“

Die Minute zwischen dem freundlichen Holzglöckchen aus Afrika und dem metallischen Schlußzeichen benutze ich, um zwei Sachen zu sagen: Erstens hätten wir uns gefreut, wenn seitens eines der Redner aus der sozialdemokratischen Fraktion heute die Nachricht gekommen wäre, daß diese Schalck-Story eine Erfindung war. Jugendradio DT 64 informierte, daß der in der Volkskammer verlesene Brief durch eine Münchener Satirezeitschrift an mehrere Bürgermeister gerichtet worden war, um festzustellen, wie weit man mit der Marktwirtschaft gehen kann. Und ich füge hinzu, offensichtlich hatten sie nicht noch mit eingerechnet, wie weit man auch mit einem noch nicht so geübten Parlament gehen kann.

Was die Anwürfe angeht, die vom letzten und vorletzten Redner gekommen sind, möchte ich nur daran erinnern, daß wir in der politischen Geschichte der jüngsten Zeit schon mal mit einem Vergleich zu tun hatten, den nämlich Kanzler Kohl über Gorbatschow und Goebbels gemacht hat, und das tut nicht gut in der politischen Kultur.

(Beifall bei PDS und SPD)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Danke schön. - Die Anspielung auf diesen letzten Vorgang in unserem Parlament gibt mir Gelegenheit zu sagen: Ich habe dies aus Zurückhaltung nicht gerügt. Wir werden im Präsidium über die Frage solcher Vorgänge und wie wir sie behandeln wollen und auch im Zusammenhang mit der Erarbeitung unserer endgültigen Geschäftsordnung zu reden haben.

(Beifall)

Als nächster spricht für die Fraktion der CDU Dr. Wiczorek.

Abg. Dr. Wiczorek (CDU/DA):

Herr Vizepräsident! Herr Ministerpräsident! Meine Damen und Herren! Ich erlaube mir als CDU-Mitglied einen lieben Gast in diesem Hause zu begrüßen - Herrn Hans-Jochen Vogel, Parteivorsitzender der SPD in der Bundesrepublik. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Danke schön, daß Sie mir das abgenommen haben, ich wollte in keiner Weise Parteiinteressen aufkommen lassen und habe darauf verzichtet.

(Beifall)

Abg. Dr. Wiczorek:

Vielleicht klingt es von mir glaubwürdiger.

Meine Damen und Herren! Mit der Bildung eines Ministeriums für Abrüstung und Verteidigung in einem hochindustrialisierten Staat im Herzen Europas, dessen Streitkräfte noch vor kurzem zu den exponiertesten Gruppierungen der beiden stärksten Militärkoalitionen der Gegenwart gehörten, wurde ein deutliches Signal in Richtung auf militärische Entspannung und Abrüstung, auf eine friedliche Welt ohne Kriegsgefahr und Kriegsfurcht gesetzt.

Es ist auch kein Zufall, sondern Absicht, ich möchte sagen: Programm, wenn die Reihenfolge im Namen dieses Ministeriums Abrüstung und Verteidigung lautet und nicht anders. Die erste Aufgabe dieses Ministeriums soll darin bestehen, die Nationale Volksarmee in Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Wiener Verhandlungen und des KSZE-Prozesses zu reduzieren und in Ausrüstung, Ausbildung und Dislozierung streng defensiv auszurichten, wie das 1987 bereits eingeleitet wurde. Die Regierung der DDR hält es für erstrebenswert, ja für lebenswichtig, gerade für unser deutsches Volk, für die Menschen östlich und westlich von Elbe und Werra, daß die beiden Bündnisse, denen sie heute und wahrscheinlich noch geraume Zeit angehören, aus vorrangig militärisch geprägten zu vorwiegend politisch orientierten Koalitionen werden.

Nicht mehr die Angst voreinander, sondern das Vertrauen zueinander soll die Völker Europas erfüllen, wurzelnd in der Erkenntnis, daß Sicherheit nur noch gemeinsam zu erlangen ist durch das ehrliche Aufdecken und Beseitigen der gegenseitigen Bedrohungen und das beiderseitige Herunterrüsten angriffsfähiger Militärpotentiale.

Das ist besonders dringlich in einer Zeit, in der die Ergebnisse der friedlichen Revolution in der DDR, das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten mit den Sicherheitsbedürfnissen nicht nur der Deutschen in Ost und West, sondern aller europäischen Nachbarn in Übereinstimmung gebracht werden müssen.

Die Völker der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei, Frankreichs, der Beneluxstaaten und Skandinaviens haben ein vitales Interesse daran, daß hier im Zentrum Europas keine Destabilisierung erfolgt. Weil diese Staaten zwei bisher konträren Militärpakten angehören, deren Gleichgewicht und deren Beziehung zu Stabilität und Sicherheit beitragen, muß das Aufeinan-

derzugehen der deutschen Staaten so erfolgen, daß diese Stabilität nicht aus den Fugen gerät.

Darum darf es zwischen Elbe und Oder weder NATO-Truppen noch Bundeswehrsoldaten geben.

(Beifall vorwiegend bei SPD)

Im Gegenteil! Solange die beiden Bündnisse mit militärischen Kapazitäten bestehen, solange die Staaten um uns herum Armeen unterhalten, solange wird auch unsere NVA ihre Verteidigungsfähigkeit aufrechtzuerhalten, ihren Auftrag zum äußeren Schutz und exakt bestimmte Bündnispflichten zu erfüllen haben. Allerdings wird sie mehr und mehr fest eingebunden im europäischen Abrüstungsprozeß ganz spezifische Beiträge zur Vertrauensbildung, zur Kontrolle von Abrüstungsschritten und Truppenbewegungen zu leisten haben. Durch eigene konsequente Schritte zur Reduzierung des Personals und der Rüstungen, durch Offenlegung der Strukturen und der Bewaffnung, durch vielfältige Zusammenarbeit mit anderen Armeen beider Bündnisse und neutraler Staaten können und sollten beide deutschen Armeen darauf hinarbeiten, Vorurteile und alte Feindbilder abzubauen.

Aber auch aus der Sicht der Gefahren, die allein schon von hochexplosiven Waffen hervorgerufen werden, sehe ich in der Abrüstung und Konversion eine der wichtigsten Aufgaben des Ministeriums für Abrüstung und Verteidigung, ja der gesamten Regierungspolitik.

Zu bedenken haben wir dabei: Die Abrüstung muß durch eine gediegene und friedensfördernde Art und Weise gestaltet werden. Sie kann nicht ohne die im militärischen Bereich tätigen Menschen erfolgen.

Abrüstung und Konversion - das lehren die Erfahrungen - sind mit nicht geringen Kosten verbunden. Abrüstung heißt auch, zahlreiche soziale Fragen zu lösen und zwar als Anliegen der Gesellschaft.

(Zeichen zum Einhalten der Redezeit.)

Es wird jetzt etwas schwierig für mich, weil ich Ihnen erstmals vor diesem Hohen Haus auch mal einige Zahlen zur Stärkung der Nationalen Volksarmee bekanntgeben würde, um das auch für Sie alle, für uns alle durchschaubar zu machen, aber wenn die Zeit vorbei ist, nur soviel:

Reduzierung der Streitkräfte und Abrüstung sind also nicht zum Nulltarif zu haben. Personelle, finanzielle und materielle Konsequenzen sind zu bedenken, realistische Zeiträume abzumessen. Es geht bitte in der NVA gegenwärtig um 3 130 Technikarten. Dahinter stecken Beschaffungskosten von ca. 86 Milliarden Mark.

Sehr belastet ist die NVA durch die Übernahme von Schützenpanzern, Schützenwaffen und Munition aus dem ehemaligen Amt für Nationale Verteidigung und von den Grenztruppen. In meinem Verständnis reicht heute das Umschmieden der Schwerter zu Flugscharen allein nicht mehr aus. Es gilt, daß die Männer und auch die Frauen, die das Schwert führten, wieder pflügen lernen, und es gilt, mit ihnen zusammen den Acker zu bebauen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Als letzter spricht als Vertreter der SPD-Fraktion der Abgeordnete Misselwitz.

Abg. Dr. Misselwitz (SPD):

Herr Präsident! Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte die letzte Gelegenheit hier nutzen, Herrn Kollegen Höpcke das Bedauern der Fraktion über die Verwechslung von

Realität und Satire auszudrücken. Allerdings kommt das vor, wenn beides so nahe liegt.

(Beifall der SPD)

Die außenpolitischen Grundsätze der neuen Regierung stehen am Ende der Regierungserklärung wie nun auch dieser Debatte und damit, so will ich es sehen, auch an besonders hervorgehobener Stelle.

Angesichts der ungeheuren Aufgaben der Umgestaltung unserer 40 Jahre lang beschädigten Gesellschaft, angesichts des klaren Auftrages der Wähler für eine zügige Gestaltung der deutschen Einheit scheint gelegentlich der Blick der Öffentlichkeit auf markige deutsche Sorgen verengt. Deshalb ist es heilsam, wenn wir uns daran erinnern, daß die Revolution des Herbstes 1989 eher am Ende eines Prozesses, eines revolutionären Prozesses in Osteuropa stand, nach der Solidarität in Polen, nach den Gorbatschowschen Reformen, der ungarischen Öffnung des Eisernen Vorhangs und ganz sicher nach dem langjährigen standhaften Zeugnis eines Mannes wie Vaclav Havel.

Deutsche Selbstbezogenheit oder gar Selbstgerechtigkeit, und, meine Damen und Herren, das trifft auch auf die Ecke zu, wo sie sich revolutionär dünkt - beide sind fehl am Platze. Der wirklich geschichtliche Prozeß geht über Deutsch-Deutsches hinaus und weist auf eine Vision, ein freies Europa, auf die Gestaltung einer europäischen Ordnung des Friedens und der Zusammenarbeit zum Segen der Welt.

Die Regierungserklärung nimmt dieses auf, indem sie die deutsche Einigung eindeutig in den Zusammenhang der weltweiten Entspannung und des Endes des Ost-West-Konfliktes stellt. Es war und ist das Ziel der SPD, den deutschen Einigungsprozeß von Anfang an im europäischen Kontext zu gestalten, nicht allein zur Absicherung dieses Prozesses und zur Vermeidung von Risiken, sondern vor allem zur Einlösung einer Aufgabe, die die Deutschen Europa und der Welt schulden. Die Sozialdemokratische Fraktion gibt dieser Aufgabe neben der Interessenvertretung der Bevölkerung in unserem Land im Einigungsprozeß höchste Priorität.

Wir sind mit unserer Initiative zu den Erklärungen der Volkskammer über den Holocaust, zu Polen, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion in dieses Parlament eingetreten, und wir danken für den Konsens, den wir in dieser Sache hier fanden. Es wird Aufgabe der neuen Regierung sein, in der Außenpolitik nicht nur Akzente zu setzen, sondern vor: Anfang an weitgehende Ziele in den Blick zu nehmen. Ich will hier nur zu drei Aspekten dieser politischen Verantwortung sprechen.

Erster Aspekt: Wie soll der Einigungsprozeß so in den europäischen Prozeß eingebettet werden, daß er die europäische Einigung fördert? Dazu nur soviel: Ich denke, wir haben eine besondere Verantwortung hier in der DDR für das Mitnehmen unserer

osteuropäischen Partnerländer, dieser jungen Demokratien - und keinesfalls stabilen Demokratien - und der Sowjetunion, die auch heute in einer schwierigen Situation steht. Es wäre ein nicht wiedergutzumachendes Versagen, wenn wir uns dieser Herausforderung europäischer Geschichte nicht stellten und die Trennlinie in Europa lediglich von der Elbe an die Oder verlagerten.

Zweitens, nur ganz kurz: Die Frage der Bündniszugehörigkeit ist eine sekundäre oder untergeordnete Frage. Bündnisse können ein Instrument sein, um den europäischen Prozeß zu befördern. Da wollen wir sie hin haben. Wir wollen nicht zurück zu Bündnissen, sondern vorwärts und heraus aus Bündnissen. Und ich denke, dafür ist auch die Regierungserklärung Beleg. Dafür soll hier Politik gemacht werden.

Und zum letzten Punkt. Das betrifft den Artikel 23. Ich möchte das hier auch noch einmal aufnehmen. Die Sozialdemokraten haben diesen Artikel nie bevorzugt. Wir akzeptieren ihn unter der Bedingung, daß wir sagen: Aus ihm darf kein Herausschleichen der DDR aus internationalen Verpflichtungen - um jetzt in diesem außenpolitischen Kontext zu reden - passieren.

Ich denke, da liegt das Hauptargument der Sowjetunion. Wir werden das zu berücksichtigen haben, um Schaden vom deutschen Einigungsprozeß abzuwenden.

(Beifall vor allem bei der SPD)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Ich danke schön. Die Aussprache über die Regierungserklärung ist damit beendet.

Ich möchte Ihnen mitteilen, daß in Abstimmung mit dem Ministerpräsidenten auf der nächsten Volkskammersitzung für den Ministerrat Gelegenheit sein wird, auf die eine oder andere der hier aufgeworfenen Fragen noch zu reagieren. Wir halten es für sachgemäß, das jetzt nicht noch an diese Debatte anzuschließen.

Die nächste Tagung der Volkskammer wird am nächsten Donnerstag stattfinden und um 10.00 Uhr beginnen. Einzelheiten der Tagesordnung werden Ihnen über die Fraktionen mitgeteilt.

Ich möchte die Geschäftsführer der Fraktionen daran erinnern, daß gemäß Beschluß des Präsidiums der Volkskammer heute bis 14.00 Uhr die Namen der Vorsitzenden, der Stellvertreter und der Mitglieder der Ausschüsse im Tagungsbüro, Zimmer 1514, eingereicht werden sollten. Das ist wichtig, damit die Ausschüsse in der nächsten Woche mit ihrer Arbeit beginnen können und die entsprechenden Unterlagen haben.

Die Tagung der Volkskammer ist damit geschlossen.

(Ende der Tagung gegen 13.35 Uhr)